

Wien, am Dienstag, den 2. November 1926.

den 4. November  
Entfallende Sprechstunde. Am Donnerstag/entfällt die Sprechstunde beim  
städtischen Wohlfahrtsreferenten.

ENTSCHEIDUNG DES VERWALTUNGSGERICHTSHOFES.

Oesterreichisch-orientalische Handelskammer.

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich heute zum ersten Mal mit der Beschwerde in einer Parifikationssache zu befassen. Die österreichisch-orientalische Handelskammer hatte eine Anzahl von Räumlichkeiten in der Hofburg gemietet, die vom Magistrat auf Grund des Mietwertfeststellungsverfahrens mit K 28.957 bewertet wurden. Die gegen die Mietwertfeststellung eingebrachte Beschwerde hat die Beschwerdekommision abgewiesen. Beim Verwaltungsgerichtshof machte die Beschwerdeführerin geltend, dass das Parifikationsverfahren mit Rücksicht auf das gleichzeitig bei der Schlichtungsstelle wegen Festsetzung des 1914er Zinses anhängige Verfahren ungesetzlich sei und dass das Parifikationsverfahren selbst an Mängeln leide, insbesondere hinsichtlich der Festsetzung von Zuschlägen und der Auswahl der Vergleichsobjekte.

Der Verwaltungsgerichtshof hat diese Beschwerde in der am 29. Oktober dieses Jahres stattgefundenen öffentlichen mündlichen Verhandlung mit folgender Begründung abgewiesen: Dass die Bemessungsbehörde die Pflicht gehabt hätte, die Entscheidung der Schlichtungsstelle abzuwarten, ist im Wohnbausteuerergesetz nicht begründet. Bei Zutreffen des Paragraph 4, Absatz 3 des Wohnbausteuerergesetzes war die Mietwert vom Magistrat festzustellen. Die Vergleichsobjekte wurden der Partei bekanntgegeben und die dagegen erhobenen Einwendungen wurden in der Beschwerde gegen die Mietwertfeststellung nicht wiederholt, sodass die Beschwerdekommision keinen Anlass hatte, darauf einzugehen. Es sind daher Einwendungen nach dieser Richtung vor dem Verwaltungsgerichtshof gemäß Paragraph 5 und Paragraph 6/über den Verwaltungsgerichtshof nicht mehr zulässig. Unbegründet sei, dass bei der Bewertung der Prunkräume auf deren tatsächliche Verwendung zu Bürozwcken Bedacht zu nehmen gewesen wäre, die Behörde hat das Gesetz richtig angewendet, wenn sie allein den objektiven Wert dieser Räumlichkeiten in Betracht zog, denn sie hatte den objektiven Nutzwert festzustellen und dieser ist der gleiche, ob nun das Objekt zu diesem oder jenen Zwecken benützt wird.

Die Beschwerdekommision war in dieser Verhandlung vertreten durch Obermagistratsrat Dr. Franz Urban.

Einzelbrauseabteilung im städtischen Volksbad XVIII., Kloostergasse.

Im städtischen Volksbad Wien XVIII., Kloostergasse 27 gelangt am heutigen Tage um ein Uhr mittags die neue errichtete Einzelbrauseabteilung zur Eröffnung.

Lehrbefähigungsprüfungen Vom Stadtschulrat für Wien wird verlautbart: Vor kurzem gingen Mitteilungen über sogenannte "Lehrbefähigungsprüfungen" aus rhythmischer Gymnastik, ferner aus/Spiel auf Gitarre, Mandoline, Laute, Zither und verwandten Instrumenten durch verschiedene Tagesblätter und Fachzeitschriften, die nicht auf richtigen Informationen beruhten. Es handelt sich dabei lediglich um informative Prüfungen, die vom Stadtschulrate für Wien nur solange vorgenommen werden, bis vom Bundesministerium für Unterricht eigene Prüfungskommissionen für die betreffenden Unterrichtszweige eingerichtet sind. Nach den bestehenden Vorschriften ist die Erteilung der Bewilligung zur Errichtung von Privatschulen und zur Erteilung des Unterrichtes an die Befähigung hiezu geknüpft. Um sich von den Vorhandensein dieser Voraussetzungen zu überzeugen, wurden diese Prüfungen eingeführt. Bei diesen wird neben rein fachlichen Wissen auch die Kenntnis wenigstens der Grundelemente der Erziehungs- und Unterrichtslehre und ein Mindestmass allgemeiner Bildung gefordert. An den Prüfungs-

gen beteiligten sich Fachorgane des Stadtschulrates und Fachleute des betreffende Gegenstandes. Den interessierten Berufsverbänden ist Gelegenheit geboten, Vertreter dieser Prüfungen anzuordnen zu lassen.

Wien, am Mittwoch, den 3. November 1926.

"Massenskiunterricht", ein Lichtbildervortrag für Lehrpersonen. Die Sektion "Wiener Lehrer" des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines veranstaltet am 10. November dieses Jahres im Elektrischen Institut Wien IV., Gusshausstrasse 25, Hörsaal 3, um sieben Uhr abends einen Lichtbildervortrag unter dem Titel "Massenskiunterricht". Der vorerwähnte Vortrag wird über Einladung der gefertigten Sektion von dem Altmeister der Skitechnik Mathias Zdarsky dem Schöpfer der Lilienfeldertechnik und der Lilienfelderbindung, der nicht nur in Oesterreich, sondern auch im Auslande als einer der grössten und bedeutendsten Skimeister gilt, gehalten. Der Wiener Stadtschulrat macht die Lehrerschaft besonders auf diesen Vortrag aufmerksam.

Die Abfindung des ehemaligen Generaldirektors Alexander Weiner. Vor dem Verwaltungsgerichtshof hat am 2. November unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Schuster eine interessante Verhandlung stattgefunden. Gegenstand des Streites war die Frage, ob die von der Allgemeinen Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt in Wien an ihren ehemaligen Generaldirektor Alexander Weiner ausgezahlte Abfindung von 100.000 Dollar der Fürsorgeabgabe unterliegt. Der Magistrat hatte den Standpunkt eingenommen, dass die Steuerpflicht gegeben sei, weil Generaldirektor Weiner von der Boden-Credit-Anstalt noch eine jährliche Pension von 25.375 Dollar beziehe, weshalb die 100.000 Dollar nicht als eine Abfertigung, sondern als eine der Fürsorgeabgabe unterworfenen Entlohnung aufzufassen sei. In der öffentlichen mündlichen Verhandlung führte der Vertreter der Boden-Credit-Anstalt Dr. Ernst Schlesinger aus, dass Generaldirektor Weiner als Mitglied des Verwaltungsrates bei einer Reihe von Unternehmen, die der Boden-Credit-Anstalt nahestehen, die kommerzielle Tätigkeit und geschäftliche Gebahrung zu kontrollieren hatte. Bei seinem Ausscheiden aus der Boden-Credit-Anstalt sei ihm für den Entgang des Einkommens aus den vertraglich gewährleisteten Verwaltungsratsstellen eine angemessene Entschädigung geboten worden. Die Abfindungssumme von 100.000 Dollar (700.000 Schilling) sei daher keine Entlohnung für eine Tätigkeit, sondern vielmehr die Ablösung für die Unterlassung dieser Tätigkeit in der Zukunft. Nach dem Gesetze über die Fürsorgeabgabe sei es unzulässig, das Entgelt für die Nichtausübung einer Tätigkeit als steuerpflichtig zu erklären. Der Vertreter der Gemeinde Wien, Obermagistratsrat Dr. Maly erwiderte, dass auch die Bezüge der Verwaltungsräte einer Aktiengesellschaft abgabepflichtig seien, da die Verwaltungsräte bei dem selbstständigen Bestande des Gesellschaftsvermögens diesem gegenüber als fremde Arbeitskräfte zu betrachten seien. Die Abfindungssumme könne aber auch nicht als Abfertigung gewertet werden. Dazu mangelte ihr der Zweck, die Existenzmöglichkeit zu sichern. In dieser Beziehung sei schon durch die dem Generaldirektor Weiner gewährte hohe Jahrespension von 25.375 Dollar (177.625 Schilling) vorgesorgt. Die weitere Zahlung von 100.000

Dollar könne also nur den Charakter eines abgabepflichtigen Lohnes haben. Daran vermog auch der Umstand nichts zu ändern, dass die Unternehmung auf die bezahlte Arbeitskraft freiwillig verzichtet. Schliesslich bleibe ja auch der während desurlaubes ausbezahlte Gehalt abgabepflichtig. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde der Boden-Credit-Anstalt gegen die Vorschreibung der Fürsorgeabgabe abgewiesen und in der Begründung folgendes hervorgehoben: "Nach dem sozialen Zwecke des Fürsorgeabgabegesetzes sind alle Vergütungen an fremde Arbeitskräfte der Abgabe zu unterziehen, ohne Rücksicht darauf, ob von der Unternehmung über die Arbeitskraft positiv oder negativ verfügt wird. Wenn daher die beschwerdeführende Firma es für geboten erachtet hat, den Generaldirektor im Interesse ihres Erwerbsunternehmens aus seinem Wirkungskreis zu entfernen, seine Arbeitskraft daher stille zu legen, so sind auch solche Verfügungen über die Arbeitskraft und müssen die hierfür ausbezahlten Beträge der Abgabe unterzogen werden. Von einer abgabefreien Abfertigung kann im Beschwerdefalle nicht die Rede sein, da sie nicht die Existenzmöglichkeit des Generaldirektors sicherstellen soll, wofür durch ausreichende Pensionsbezüge vorgesorgt wurde. Der einmalige Vergütungsbetrag verfolgt aber einen ganz anderen Zweck, nämlich ein Entgelt dafür zu sein, dass dem Generaldirektor Weiner gewisse Bezüge als Verwaltungsrat bei den Konzernunternehmungen entgehen, auf die er auf Grund des Dienstvertrages Anspruch hatte". Diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ist von grosser prinzipieller Bedeutung und bewirkt im vorliegenden Einzelfalle für die Gemeinde eine Einnahme von 59.500 Schilling.

Entfallende Sprechstunde. Am Donnerstag, den 4. November entfällt die Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten Stadtrat Professor Dr. Tandler.

Wien, am Donnerstag, den 4. November 1926.

Weitere Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe dieser Woche werden folgende Strassen an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung, die elektrische Beleuchtung erhalten. In der Leopoldstadt die Nordbahnstrasse, auf der Landstrasse die Apostelgasse, in Mariahilf die Mittelgasse und Magdalenenstrasse, in der Brigittenau die Danustraße und in Floridsdorf die Erzherzog Karl Strasse.

Die Sterblichkeit in Wien. Im September starben in Wien 1849 Personen, davon waren 121 Fremde. Gegenüber dem Monat August ist die Zahl der Todesfälle um 99 gestiegen. Im September 1925 starben 1864 Personen, so dass im September 1926 ein Rückgang um 15 Sterbefälle zu verzeichnen ist. Der Tagesdurchschnitt der Sterblichkeit war im September auf der gleichen Höhe wie im Septemburdurchschnitt der letzten vier Jahre. Die Zahl der Lebendgeburtens betrug 1748, die der Totgeburtens 204. In den Wiener Kranken- und Humanitätsanstalten wurden im September 27.676 Personen behandelt.

Die Kaffeesieder bei Stadtrat Breitner. Unter Führung des Vorstehers der Genossenschaft der Kaffeesieder Kommerzialrat Egkher sprach heute eine aus den Herren Josef Blau, Fromm, Körner und Spiegl bestehende Abordnung beim städtischen Finanzreferenten vor, um ihm die schwierige Lage des Gewerbes zu schildern und eine Erleichterung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe nachzuklagen. Cafétier Spiegl verwies darauf, dass gegenüber dem Vorjahre ein Rückgang im Konsum um rund dreissig Prozent zu verzeichnen sei, während die Regien keine Verminderung erfahren hätten. Die Kaffeehäuser müssten daher als Mindestanspruch verlangen, dass auch die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe um dreissig Prozent vermindert werde. Die vielfach bereits sehr namhaften Rückstände an Steuern seien der Beweis des grossen Notstandes im Gewerbe, das dem sicheren Untergang entgegengehe, wenn nicht rasch und ausgiebig Abhilfe geschaffen werde. Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe stehe ja als Steuer nicht allein, sondern es kommt dazu noch eine ganze Reihe von staatlichen und städtischen Abgaben. Auch die Ausgaben, die für Instandhaltung und den Betrieb an den Hausbesitzer zu zahlen sind, machen trotz Mieterschutz sehr viel aus. Die übrigen Mitglieder der Abordnung schlossen sich nachdrücklich diesen Ausführungen an.

Stadtrat Breitner legte demgegenüber dar, dass die Gemeindeverwaltung gegenwärtig nicht in der Lage sei, auf Einnahmen zu verzichten. Bei rein mechanischer Auffassung müsste der Standpunkt eingenommen werden, dass gerade infolge des rückgängigen Konsums durch eine Erhöhung des Steuersatzes der gleiche Ertrag wie im Vorjahre herauszuholen sei, zumal ja die von der Gemeinde zu vollziehenden ungeheuren Leistungen keine Verringerung erfahren. In solcher fiskalischen und vor allem unklugen Weise werde nicht vorgegangen. Ganz im Gegenteil sei in einer ganzen Reihe von Einzelfällen, die den Gegenstand unausgesetzter Interventionen der Vorstehung der Kaffeesiedergenossenschaft bilden, eine Ermässigung vorgenommen worden. In Wien gibt es gegenwärtig 1168 auf Grund von Kaffeesieder- und Kaffeeschänkerkonzessionen geführte Betriebe. Davon sind 347 eingereiht. Nicht einmal also jenes volle Drittel, wie dies nach dem Gesetze zulässig wäre. Es sei ferner unrichtig, wenn von einer fünfzehnprozentigen Abgabe gesprochen wird. Sieht man von den Kon-

zertkaffeehäusern ab, so gibt es in ganz Wien nur drei Lokale, die in der höchsten Abgabenstufe eingereiht sind. Zu vierzehn Prozent überhaupt keines. Zu dreizehn Prozent zwei, zu zwölf Prozent sieben, zu elfeinviertel Prozent zwei, zu elf Prozent eines, zu zehn Prozent eines, zu neun Prozent neun. Die grosse Masse der Betriebe aber, nämlich volle 195 von den insgesamt eingereihten 347 zählt Prozentsätze von zwei bis fünf. 25 Betriebe sind mit zwei Prozent, neun mit zweieinhalb Prozent, 69 mit drei Prozent, neun mit dreieinhalb Prozent, 41 mit vier Prozent, sechs mit viereinhalb Prozent, <sup>36</sup> mit fünf Prozent eingereiht. Die durchschnittliche Belastung kann also gewiss nicht höher als mit etwa rund vier, höchstens fünf Prozent angenommen werden. Die Gemeinde hat auf die gewaltigen Einnahmen aus den Mietzinssteuern, auf die Verzehrungssteuer, auf die sehr leicht zu erzielenden Ueberschüsse aus den städtischen Monopolen verzichtet, kann aber die Verwaltung selbstverständlich nicht ohne Einnahmen führen. Wenn die Kaffeesieder sich die Mühe nehmen, Elektrizitäts- und Gasrechnungen des Friedens herauszusuchen, so werden sie finden, dass das elektrische Licht wenig mehr als die Hälfte kostet, das Gas um ein Viertel billiger ist als im Jahr 1914. Für das Wasser rechnet die Gemeinde den Kaffeehäusern vier Groschen für tausend Liter. Hingegen sind die Ausgaben der Gemeinde auf allen Gebieten gestiegen, insbesondere auch nach der Richtung hin, die Stadt durch Verbesserung der Beleuchtung, der Strassenpflege, der Gartenanlagen u. s. w. anziehender zu gestalten. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um den Fremdenverkehr zu heben und es ist heuer schon ein wirklich fühlbarer Erfolg zu verzeichnen gewesen. Von irgendeiner Feindseligkeit gegen das Gewerbe könne gar keine Rede sein. Die Gemeindeverwaltung legt vielmehr das grösste Gewicht darauf, mit der Genossenschaftsvorstehung im Einvernehmen zu bleiben und die immer wieder auftauchenden Einzelwünsche im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu erfüllen. Ebenso wird in Bezug auf Stundungen das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. So wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Oktober von 2423 Stundungs- und Ratenansuchen nicht weniger als 2298 bewilligt und nur 125 abgewiesen, wobei es sich aber auch in diesen Fällen um Betriebe handelt, die vereinbarte Abkommen wiederholt nicht eingehalten haben. Was die vorgebrachten Verzögerungszuschläge anlangt, sei festzustellen, dass der Magistrat den Standpunkt einnimmt, dass ein Steuerträger, der seine Verpflichtung termingemäss nicht zu erfüllen vermag, was sich unter den gegenwärtig schwierigen Verhältnissen gewiss leicht ereignen kann, sich doch wenigstens die Mühe nehmen muss, rechtzeitig um eine Stundung anzusuchen. Aber selbst wenn der Verzögerungszuschlag schon in Kraft erwachsen ist, besteht noch die Möglichkeit eines Nachsichtgesuches an die Beschwerdekommission. Wie wenig hart deren Praxis ist, geht aus der Tatsache hervor, dass in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Oktober 1926 von 1356 eingebrachten Ansuchen nur drei abgewiesen worden sind. Dem von der Abordnung vorgebrachten Wunsch nach einer allgemeinen Herabsetzung oder gar Abschaffung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe könne jedoch nicht entsprochen werden.

Die Abordnung erklärte nach einer fast zweistündigen Auseinandersetzung, dass sie die Darlegungen des städtischen Finanzreferenten ihrer Kollegenschaft mitteilen werde, dass sie aber nach wie vor die Gemeindeverwaltung dringendst auf den Notstand der Kaffeesieder aufmerksam mache.

Wien, Freitag, den 5. November 1926.

Die Leistung der Strassenbahnen zu Allerheiligen. Im Vergleich zum Vorjahr kann heuer eine allgemeine Steigerung des Friedhofsbesuches festgestellt werden. Dies kommt auch in der Benützung der Strassenbahn zu Allerheiligen zum Ausdruck. Am Sonntag und Montag sind zum oder vom Zentralfriedhof nicht weniger als 650.000 Personen gefahren. Am Allerheiligentag wurden an die Strassenbahn ganz besondere Anforderungen gestellt. Sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag sind in den Stunden der stärksten Hin- und Rückfahrt nicht weniger als 180 Zugfahrten mit 445 Wagenfahrten stündlich zum und vom Zentralfriedhof geleistet worden. Diese Leistung entspricht einer Beförderung von ungefähr 35.000 Personen in der Stunde. Am Allerheiligentag haben die städtischen Strassenbahnen 2965 Wagen im Gesamtverkehr verwendet; davon 1266 Trieb- und 1699 Beiwagen. Davon dienten allein dem Verkehr zum Zentralfriedhof 816 Wagen. Interessant sind auch die Zahlen über die an diesem Tag für den Fahrdienst herangezogenen Mannschaften. Es wurden 8871 Bedienstete verwendet; davon waren 6189 Schaffner und 2682 Fahrer. Allein für den Zentralfriedhofsverkehr waren 1873 Fahrer und Schaffner notwendig. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die klaglose Abwicklung dieses Riesenverkehrs, die insbesondere der mustergültigen Arbeit aller Bediensteten der Strassenbahn zu danken ist.

Vereinfachung bei der Steuerzahlung. Der Wiener Magistrat teilt mit, dass die Gemeinde ein Konto bei der Nationalbank und beim Wiener Giro- und Kassenverein eingerichtet hat. Auf dieses Konto können sowohl sämtliche Gemeindesteuern, als auch alle staatlichen Abgaben, mit deren Einhebung die Gemeinde Wien betraut ist, eingezahlt werden. Es sind dies vor allem die Einkommen-, die Erwerb-, die Körperschafts- und die Rentensteuer. Selbstverständlich kann auch nach wie vor die Postsparkasse für Steuerzahlungen benützt werden. Es wäre wünschenswert, wenn diese weitere Ausgestaltung des bargeldlosen Verkehrs dazu beitragen würde, den zeitraubenden direkten Zahlungsverkehr zu verdrängen.

Absperrung der Industriestrasse. Im ausserordentlichen Investitionsprogramm der Gemeinde Wien ist auch der Bau einer Anlage zur Vermeidung von Überschwemmungen bei Hochwasser im Gebiet der Alten Donau enthalten. Mit dem Bau dieser Anlage wurde bereits begonnen und ist damit auch die Absperrung der Industriestrasse in Floridsdorf nächst den Homewerken und des längs des linken Ufers der unteren Alten Donau führenden Weges für den Fuhrwerksverkehr verbunden. Die Absperrung erfolgt am 8. November und dürfte ungefähr bis Ende Dezember dauern. Der Fussgängerverkehr wird durch die Absperrung nicht gehindert.

Vereine und Veranstaltungen an den Wiener Schulen. Der Stadtschulrat für Wien hat an alle Leitungen der Unterrichtsanstalten Weisungen ergehen lassen, nach denen alle Versuche, in den Schulen Vereine welcher Art immer oder einzelne Veranstaltungen zu propagieren, mit Entschiedenheit abzuwehren sind. Ueber solche Versuche hat die Schulleitung den Stadtschulrat zu berichten. Ausnahmen sind nur hinsichtlich der vom Stadtschulrat bereits kundgemachten Fälle (Elternvereine) und jener Fälle zulässig, für die in Hinkunft eine besondere schulbehördliche Bewilligung erfolgt.

Bezirksvertretung Margareten. Am Montag, den 8. November um 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Margareten eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, am Samstag, den 6. November 1926.

.....  
Die Verlegung der Brigittabrücke keine Gefahr für den Prater. Bei der Eröffnung der Friedensbrücke hat Bürgermeister Seitz mitgeteilt, dass das Tragwerk der alten Brigittabrücke an einer anderen Stelle verwendet werden wird. Die Gemeindeverwaltung will nun die Brücke für einen neuen Donaukanalübergang nächst den Simmeringer Elektrizitätswerken verwenden. Diese Arbeit wurde in das neue grosse Investitionsprogramm aufgenommen und hat insbesondere bei den Industrieunternehmungen und den Gewerbetreibenden in Simmering und Favoriten lebhaften Anklang gefunden. Der neue Verkehrsweg wird nämlich die Gütertransporte zum Handelskai und den Mineralölländen am Donaustrom wesentlich abkürzen. Nun sind bezüglich der Strassenführung Bedenken aufgetaucht, weil angeblich der Prater darunter leiden würde. Das ist ganz unrichtig. Wohl wäre die zweckmässigste Linienführung für eine Strasse zweifellos die möglichst gerade Verbindung ihrer beiden Endpunkte. Von diesem rein technischen Gesichtspunkt hat sich aber die Gemeindeverwaltung nicht leiten lassen, weil ihr die Erhaltung des Praters als Erholungsstätte für die Bevölkerung naturgemäss sehr am Herzen liegt. Die Gemeinde hat deshalb die neue Strasse hinter den Eisenbahndamm gelegt, der den Prater an seinem südöstlichen Ende durchschneidet. Diese Eisenbahnlinie trennt den Prater in zwei Teile. Stadtseitig liegt das grosse, der Erholung der Wiener gewidmete Gebiet. Es wird unberührt erhalten bleiben. Oestlich vom Bahndamm ist die "Prateridylle" schon vor Jahrzehnten durch die Abzweigung der Eisenbahn zur Freudenau, durch den Betrieb der Rennbahn und die Errichtung der Kopfstationen der Strassenbahn gestört worden. Der Ausflügler findet zwischen Rennbahn und Hafenzufahrtsstrasse kein lohnendes Ziel mehr, da ja bald die Anschüttungen erreicht werden, die im Hafengelände hergestellt wurden. Ueberdies ist diese kleine Au vom Prater durch die Aspernallee abgeschnitten. Diese Allee wird jetzt schon von Fuhrwerken benützt. Der Verkehr auf der neuen, über den sogenannten Gärtnerweg (Jägerzeile) um den Lusthausplatz herum durch die Aspernallee zum Handelskai führenden Strasse wird die dem Stadtbewohner so notwendige Ruhe im Prater nicht beeinträchtigen. Diese Strasse führt weit abseits von den beliebten Erholungsorten und ist ausserdem noch durch den Eisenbahndamm getrennt. Die Gemeinde wird den neuen Strassenzug ausserhalb der vom Praterverkehr beanspruchten Verkehrszone hinter dem Lusthaus herumführen. Dadurch wird vermieden, dass die in der Hauptallee zum Lusthaus fahrenden Wagen mit dem Lastenverkehr auf der neuen Strasse in Berührung kommen. Es ist auch geplant, durch Anpflanzung von Alleebäumen und Strauchwerk die neue Strasse zu maskieren. Die Gemeindeverwaltung hat also gewiss keinen Angriff gegen den Naturpark vor; sie will ihrem Bestreben, die Verkehrsverhältnisse der Stadt zu verbessern, derart entsprechen, dass jeder Unvoreingenommene daraus die Rücksichtnahme auf die Erhaltung des eigentlichen Praters erkennen muss.

Von der Absicht geleitet, die Verkehrswege zu verkürzen, konnte die Gemeindeverwaltung den ihr vom Ministerium für Handel und Verkehr gemachten Vorschlag, die neue Strasse statt über den Lusthausplatz um die Freudenauer Rennbahn herumzuführen, nicht ernst nehmen. Es ist geradezu widersinnig, die neue Strasse, die eine direkte Verbindung Simmering-Donaustrom und eine Entlastung der Franzensbrücke und des Pratersterns bezwecken soll, mit einem Umweg von zweieinhalb Kilometer anzulegen und obendrein noch Rampen über den Freudenauer Hochwasserdamm zu führen. Ganz abgesehen davon, dass diese Lösung keinen Vorteil gegenüber den bestehenden Zustand brächte, entstehen auch noch höhere Kosten. Es müsste nämlich eine neue Strasse angelegt werden, während bei dem von der Gemeinde geplanten Strassenzug nur bereits vorhandene Wege strassenmässig auszugestalten wären.

Wien, am Montag, den 8. November 1926.

.....  
Keine Gemeinderatssitzung. Wegen des Staatsfeiertages wird am Freitag keine Gemeinderatssitzung abgehalten. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab.  
 .....

.....  
Vergrößerung des Fünfhausener Volksbades. Im städtischen Volksbad XV. Reithofferplatz 4 wurde eine Einzelbrauseabteilung neu errichtet. Die Abteilung ist modernst ausgestaltet und wird am Mittwoch um 1 Uhr mittags eröffnet.  
 .....

.....  
Jubilare der Ehe. Am Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter folgenden Ehepaaren anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien: Lazar und Beila Atlass, Jakob und Anna Dufek, Franz und Johanna Hejny, Josef und Marie Kolar, Heinrich und Konsuela Kollmann, Anton und Katharina Michalek, XV., Wenzel und Pauline Paulinek, XIII., Alois und Maria Pitzl, Johann und Josefa Strondi, und Emmerich und Wilhelmine Weisz,  
 .....

.....  
Grosse Arbeitsvergebungen durch die Gemeinde Wien. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in den Monaten September und Oktober für rund vierzehn Millionen Schilling Arbeitsaufträge an private Unternehmungen vergeben. Wie seinerzeit berichtet, hat der Bürgermeister verfügt, dass alle städtischen Arbeiten mit der grössten Beschleunigung vergeben werden müssen, um so der Industrie und dem Gewerbe die erwünschte Arbeitsmöglichkeit zu bieten und der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Naturgemäss entfällt der grösste Teil der Bestellungen auf die grossen kommunalen Wohnhausbauten. Hervorzuheben sind Lieferungen von 280.000 Kilogramm Gas- und Wasserleitungsrohren für die städtischen Wohnhausbauten um den Betrag von 300.000 S von Maschinen für die zentrale Waschküchen- und Badeanlage in der Wohnhausgruppe Wienerbergstrasse mit einem Kostenaufwand von 320.000 Schilling, von elektrischen Licht- und Blitzableiteranlagen für kommunale Wohnhausanlagen, von 53.000 Stück Coloniakübeln für den Hauskehricht mit einem Aufwand von 1'7 Millionen Schilling, von Fensterüberlagen für die im Jahre 1927 zur Ausführung kommenden Wohnhausbauten mit einem Betrag von 222.000 Schilling, von fünftausend Stück Spülapparaten für die Wohnhausanlagen mit einem Aufwand von 200.000 Schilling, von einer Kesselanlage für das städtische Volksbad Rudolfshaus um den Betrag von 86.000 Schilling, von gusseisernen Rohren und Formstücken für den Ausbau der Wasserleitungsanlagen mit einem Kostenaufwand von 450.000 Schilling und grosse Aufträge für Schlossereien, die elektrotechnische Industrie, die Holzindustrie und die keramische Industrie. Sehr umfangreich waren auch die Vergebungen von Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für städtische Wohnhausbauten. Auch der Ausbau der Strassen erforderte grosse Bestellungen von verschiedenen Baumaterialien. Die Vergebung der Eisenbetonarbeiten für die Errichtung einer Müllumleerstation in Favoriten ergab einen Auftrag von 350.000 Schilling. Für Kanalbauten in Floridsdorf wurden 170.000 Schilling bewilligt. Nicht unbedeutende Arbeitsaufträge ergaben sich auch infolge der ständigen Erweiterung der öffentlichen Strassenbeleuchtung.  
 In dem Betrag von vierzehn Millionen Schilling sind die gleichfalls sehr umfangreichen Aufträge der städtischen Unternehmungen nicht enthalten.  
 .....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 255  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 9. November 1926.

Samstag schulfrei. Der Stadtschulrat für Wien teilt amtlich mit, dass auf Grund einer Ermächtigung des Bundesministeriums für Unterricht am Samstag, den 13. November kein Unterricht erteilt wird. Ueber die Einbringung der versäumten Unterrichtsstunden wird eine weitere Verfügung erlassen werden. Diese Verlautbarung gilt auch für die dem Wiener Fortbildungsschulrat unterstehenden Schulen. Der nächste Unterricht an den Wiener Schulen wird am Dienstag, den 16. November erteilt werden.

Festbeleuchtung des Rathauses, am Staatsfeiertag. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass am Freitag (Staatsfeiertag) das Rathaus festlich zu beleuchten ist. Die Beleuchtung wird von 8 bis 9 Uhr abends dauern. Die städtischen Schulen, Amtsgebäude usw. werden am Staatsfeiertag mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt.

Die Zahl der Einäscherungen steigt. Im Oktober wurden im Krematorium der Stadt Wien 177 Verstorbene eingeäschert. Davon waren 96 Männer und 81 Frauen. Von den Verstorbenen gehörten 105 der römisch-katholischen-, 21 der mosaischen-, 18 der evangelischen-, fünf der altkatholischen und zwei der griechisch-orientalischen Kirche an. Konfessionslos waren 26 von den Verstorbenen. Einsegnungen wurden 46 nach altkatholischen und 21 nach evangelischem Ritus abgehalten. Gegenüber den früheren Jahren ist im Oktober die Zahl der Einäscherungen gestiegen. Im Oktober 1924 wurden 121 Leichen eingeäschert; im Oktober 1925 betrug die Zahl der Einäscherungen 160.

Vergrößerung des städtischen Volksbades Fünfhaus. Am Mittwoch um 1 Uhr mittag wird die neue Einzelbrauseabteilung im städtischen Volksbad am Reithofferplatz eröffnet werden.

Eröffnung von drei Wohnhausbauten am Sonntag. Die bereits seit einiger Zeit bezogenen städtischen Wohnhausbauten in der Josefstadt und am Neubau werden am Sonntag von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet werden. Die Eröffnungsfeier der Wohnhausanlage in der Pfeilgasse beginnt um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr vormittag, die Eröffnungen der Wohnhausbauten in der Bernardgasse und Neustiftgasse werden um 11 Uhr und um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr vorgenommen.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Neubau hält am Donnerstag um 5 Uhr nachmittag eine öffentliche Sitzung ab. Am selben Tag findet auch eine Sitzung der Bezirksvertretung Meidling statt, die um 6 Uhr abends beginnt.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

356

Wien, Mittwoch, den 10. November 1926.

.....  
Das Wiener Jugendhilfswerk. Anfangs November hielt der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes, Magistratsrat Dr. Breunlich in Chemnitz zwei Vorträge über die Tätigkeit dieser Einrichtung. Die Veranstaltung erfolgte auf Wunsch des Chemnitzer Volksbildungsausschusses. Der Vortragende zeigte in einem Vortrag vor mehreren hundert Kindern in vielen schönen Lichtbildern, was die Stadt Wien für ihre erholungsbedürftigen Kinder leistet. In einem zweiten Vortrag behandelte Dr. Breunlich vor einem Kreis von Fachmännern die Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien im allgemeinen und die kommunale Kinderfürsorge im besonderen, wobei ebenfalls zahlreiche Lichtbilder diese Tätigkeit veranschaulichten. 2

.....  
Der sechzigste Geburtstag des Vizebürgermeisters Hoss. Anlässlich des sechzigsten Geburtstages hat Vizebürgermeister Hoss eine so grosse Zahl von Glückwünschen aus allen Kreisen der Bevölkerung erhalten, dass er ausser stande ist sie einzeln zu beantworten. Vizebürgermeister Hoss bittet daher auf diesem Weg den herzlichsten Dank für die besondere Aufmerksamkeit entgegenzunehmen. 3

.....  
Entdeckung einer vorgeschichtlichen Wohngrube. Anlässlich der Legung einer Gasrohrleitung auf dem Mariahilfergürtel wurde vom Fachlehrer Karl Kriegler stadtwärts der Station Gumpendorferstrasse der elektrischen Stadtbahn unmittelbar unter der Strassendecke eine vorgeschichtliche Wohngrube entdeckt. Die von den Städtischen Sammlungen durch Dr. Wanschura gemeinsam mit Fachlehrer Kriegler vorgenommenen Grabungen zeigten, dass es sich um eine vorgeschichtliche Wohngrube handelte, die ein ziemlich reichliches Inventar an Feuersteinwerkzeugen, bearbeitenden Knochen, Topfscherben und Maßzeitreste barg. Eine genaue Bestimmung kann erst nach vorgenommener Präparierung der Fundgegenstände erfolgen. Voraussichtlich handelt es sich um die Ueberreste der Behausung eines Steinzeitmenschen, der vor ungefähr viertausend Jahren an diesem Platz gelebt hat. Die Gegenstände wurde in das Römische Museum der Stadt Wien gebracht.

.....  
Strassenbahnfahrpreis am Staatsfeiertag. Am Freitag (Staatsfeiertag) wird auf den städtischen Strassenbahnen der Sonntagsfahrpreis eingehoben. Es können daher die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrtscheine nicht benützt werden. Am Montag, (Feiertag) wird der Werktagsfahrpreis eingehoben und es gelten daher an diesem Tage auch die oben erwähnten Fahrtscheingattungen.

.....  
Die Abgabenteilung und der Städtebund. Am Donnerstag um zehn Uhr vormittag hält der Grosse Ausschuss des Städtebundes im Wiener Rathaus eine Sitzung ab, in der Abgeordneter Dr. Danneberg über den derzeitigen Stand der fünften Abgabenteilungsnovelle berichten wird. Der Städtebund hat sich bekanntlich wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Es handelt sich insbesondere um die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung und die Frage der Inkamerierung der Getränkesteuern. An die Sitzung wird sich eine Vorsprache beim Bundesfinanzminister Dr. Kienböck anschliessen. 4



Wien, Donnerstag, den 11. November 1926.

Die Getränkesteuern und die Städte. Im Wiener Rathaus wurde heute vormittags eine Sitzung des Grossen Ausschusses des Städtebundes abgehalten, in der der Präsident des Wiener Landtages Abgeordneter Dr. Danneberg ein eingehendes Referat über den gegenwärtigen Stand der Deckung der Kosten der Arbeitslosenversicherung und über das Bundesgesetz zur Ermächtigung der Einhebung einer Landessteuer auf Bier und Wein erstattete. Die Verhandlungen leitete der Obmann des Städtebundes Bürgermeister Seitz. Es wurde folgende vom Referenten vorgeschlagene Entschliessung einstimmig angenommen: Der Grosse Ausschuss des Städtebundes stellt mit Genugtuung fest, dass die Bundesregierung davon abgekommen ist, den Gemeinden eine höhere Last zur Deckung der Kosten für die Arbeitslosenversicherung aufzuerlegen als bisher. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass der Gedanke der Inkamerierung der Bundes-Bier- und Bundes-Weinsteuer aufgegeben wurde. Er kann sich aber nicht damit einverstanden erklären, dass den Ländern durch Bundesgesetz die Ermächtigung zur Einhebung einer Landessteuer auf Bier und Wein erteilt werden soll, die ein Vielfaches von dem bringen wird, was die neuen Kosten der Länder für die Arbeitslosenversicherung betragen, ohne dass der Anspruch der Gemeinden auf eine Beteiligung an diesen neuen Steuerquellen befriedigt wird. Der Grosse Ausschuss des Städtebundes verlangt daher, dass das Bundesgesetz über die Einführung einer Landes-Bier- und Landes-Weinsteuer mindestens grundsätzlich ausspricht, dass die Gemeinden an dem Ertrag dieser Steuern zu beteiligen sind. Der Grosse Ausschuss erneuert seine Forderung, dass die Vermögensteuer, die schon ab 1926 eine geteilte Steuer ist, tatsächlich geteilt werde und das hierzu erforderliche Bundesgesetz ehestens erlassen werde.

Es wurde sodann beschlossen, dass eine Abordnung diese Entschliessung dem Bundesfinanzminister Dr. Kienböck überreichen soll, wobei auf Antrag des Vizebürgermeisters Rückl (Graz) der Minister darauf aufmerksam zu machen ist, dass eine Beitragsleistung der Gemeinden zur Arbeitslosenversicherung grundsätzlich abgelehnt wird.

Bürgermeister Bercht (Klagenfurt) teilt mit, dass der Klagenfurter Gemeinderat einen Antrag auf Subventionierung des dortigen Stadttheaters durch den Bund angenommen hat. Nach einer Aussprache, an der sich Bürgermeister Dametz (Linz), Vizebürgermeister Rückl (Graz), Vizebürgermeister Emmerling und Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten) beteiligen, wird beschlossen, den Bundesfinanzminister zu ersuchen in den Voranschlag für das Jahr 1927 eine Beitragsleistung der Bundesregierung für die notleidenden Provinzbühnen aufzunehmen. Ebenso sei eine Leistung der Bundesregierung für den Flugverkehr anzustreben.

Festbeleuchtung des Rathauses und des Leuchtbrunnens. Auf Weisung des Bürgermeisters wird am Staatsfeiertag das Rathaus von 8 bis 9 Uhr abends festlich beleuchtet werden. Der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird von 7 bis 8 Uhr abends seine farbigen Wasserkünste zeigen. Die städtischen Schulen, Amtsgebäude u. s. w. werden am Staatsfeiertag mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt werden.

Körperliche Ertüchtigung der Lehrlinge. Der Wiener Fortbildungsschulrat hat neuer vorgeschrieben, dass allen Lehrlingen und Lehrlinginnen an den ihm unterstellten Schulen der Besuch eines Winterschwimmbades unentgeltlich ermöglicht wird. Im städtischen Jörgerbad und im Margaretenbad erhalten die Lehrlinge und Lehrlinginnen auch unentgeltlichen Schwimmunterricht. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Schülerausweisarten vorzuweisen sind. Der Fortbildungsschulrat hat alle Schulleitungen angewiesen, auf die Schüler und Schülerinnen einzuwirken damit der Besuch der Schwimmkurse und der Schwimmbäder möglichst reger ist.

Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien. Für die sechsmonatigen Hausgehilfinnenkurse für Weissnähen und Kleidermachen an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule sind noch einige Plätze frei. Die Kurse werden einmal wöchentlich von 6 bis 8 Uhr abends abgehalten. Anmeldungen in der Schulkanzlei in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3.

Unveränderte Kanalrömnungsgebühren. Für November bleiben die Gebühren für die Kanalrömnung unverändert. Sie betragen das Dreifache des Mietzinses, der für August 1926 bezahlt worden ist.

Oesterreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege. Mittwoch, den 17. November um 7 Uhr abends spricht Sektionschef Ingenieur Karl Hauck im Hörsaal des hygienischen Institutes, IX., Kinderspitalgasse 15, über "Zusammenarbeiten von sanitären und technischen Sachverständigen". Gäste willkommen.

Amerikanische Urteile über die Wiener Gemeindeverwaltung. Amerikanische Zeitungen der zweiten Oktoberhälfte veröffentlichen einen Bericht der Associated Press, der unter verschiedenen Titeln gebracht wird, und wie folgt lautet: Innerhalb weniger als Jahresfrist ist Wien zu einer europäischen Musterstadt geworden. Die Sozialdemokratische Stadtverwaltung hat dreissigtausend moderne Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung, sowie eine Anzahl grosser Badeanstalten, Spitäler, Krippen, Kindergärten, Schulen, Spielplätzen, Turnanstalten, Gewerbeschulen, Bibliotheken und Zahnkliniken errichtet. Strassenzüge in Wien und Umgebung in mehr als 250 Meilen Gesamtlänge wurden ausgebessert. In der ganzen Stadt wurde elektrische Beleuchtung eingeführt und ein grosses Elektrizitätswerk (Wasserkraftwerk) errichtet.

Wien, am Samstag, den 13. November 1926.

Weitere Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am Mittwoch beschlossen abermals eine Reihe von Strassen elektrisch zu beleuchten. Es wird in der nächsten Zeit mit den Installationsarbeiten für die öffentliche elektrische Beleuchtung in der Schönbrunnerallee, vor und unter dem Südbahnviadukt bei der Triesterstrasse, in Fünfhaus in der Löhrigasse von der Märzstrasse bis Hütteldorferstrasse, in der Hütteldorferstrasse von der Beimgasse bis Löhrigasse, in der Zinkgasse von der Märzstrasse bis zur Hütteldorferstrasse und in der Karl Marxstrasse, in der Brigittenau in der Traisengasse und in der Hellwagstrasse begonnen werden.

Sitzung des Wiener Stadtsenates. Am Mittwoch um zehn Uhr vormittags findet eine Sitzung des Wiener Stadtsenates statt.

Ungerechtfertigte Angriffe auf die Wiener Schulverwaltung. Am Dienstag teilte Präsident Glöckel in der Sitzung des Stadtschulrates die Anwürfe mit, die das Mitglied des Brigittenauer Ortschaftsrates Krippner gegen die Wiener Schulverwaltung in einer öffentlichen Versammlung erhoben hat. Ortschaftsratsmitglied Krippner behauptete nach dem Bericht einer Wiener Tageszeitung, "dass in einer Reihe von Schulen gegen das Gesetz der Religionsunterricht auf den Nachmittag verlegt wurde, trotzdem man minder wichtige Gegenstände, zum Beispiel das Singen auf den Vormittag verlegt habe."

Dem gegenüber stellte Präsident Glöckel fest, dass nur in einigen wenigen Fällen der katholische Religionsunterricht auf den Nachmittag verlegt wurde. Es handelt sich hier um unüberwindliche Stundenplanschwierigkeiten. In einigen Fällen geschah die Verlegung des Religionsunterrichtes auf ausdrücklichen Wunsch und in vielen Fällen mit Zustimmung des zuständigen Katecheten. Dazu muss auch festgestellt werden, dass seit jeher der Unterricht in der evangelischen und mosaischen Religion fast ausschliesslich am Nachmittag erfolgt.

Ortschaftsrat Krippner behauptete ferner, "dass in der Mädchen-Bürgerschule in der Neumayergasse die Kinder durch Obstruktion den Religionsunterricht verhindert und den Katecheten in der grössten Art beschimpft haben." Die amtlichen Erhebungen ergaben, dass diese Angaben den Tatsachen absolut nicht entsprechen. Ein einziges Kind, das sich gegenüber dem Katecheten ungehörig benommen hatte, wurde zur Rechenschaft gezogen. Der Katechet erklärte sich damit vollkommen befriedigt. Von einer "Obstruktion" im Religionsunterricht ist keine Rede.

Krippner behauptete weiter: "In der Knaben-Volksschule Bebelplatz empfiehlt der Oberlehrer den Kindern, die Tafel so hoch zu schieben, damit das Christusbild verborgen bleibe, über der Tür wird ein Strick befestigt und als der Katechet fragt, was das zu bedeuten habe, rufen ihm die Kinder zu: Der gehört für Ihna!" Der gesamte Lehrkörper, einschliesslich des Katecheten, erklärten in amtlichen Protokollen, diese Behauptung als "unwahr und verleumderisch", ferner als "vollkommen aus der Luft gegriffen".

Präsident Glöckel erklärte, dass es sich hier um einen schweren Fall gewissenloser Verhetzung der Öffentlichkeit handelt, der umso mehr bedrücklicher ist, als ein Mitglied einer Schulbehörde, das sich leicht von dem wirklichen Tatbestand hätte überzeugen können, sich nicht scheute, hemmungslos seiner Abneigung gegen die Schulerneuerung Ausdruck zu verleihen. Der Stadtschulrat beschloss die Veröffentlichung dieses Teiles des Sitzungsprotokolles.

Wien, am Samstag, den 13. November 1926. Zweite Ausgabe

Schaustellung von gotischer Architektur im Wiener Rathaus. Infolge des andauernden Interesses wird die im Historischen Museum der Stadt Wien (Neues Rathaus, Feststiege II) als Ergänzung der Ausstellung "Gotik in Oesterreich" veranstaltete Schaustellung von gotischer Architektur hervorragender Wiener Bauwerke in malerischer Darstellung bis einschliesslich Sonntag, den 21. November verlängert.

Eröffnung von drei städtischen Wohnbauten. Morgen Sonntag wird Bürgermeister Seitz am Neubau und in der Josefstadt drei bereits seit einiger Zeit bezogene Gemeindebauten eröffnen. Um 11 Uhr vormittags wird die Wohnhausanlage in der Pfeilgasse eröffnet werden. Dieses Volkswohnhaus enthält 72 Wohnungen, ein Magazin, vier Waschküchen und acht Trockenböden. Die städtische Strassensäuberung hat dort grössere Räume, wobei auf die zweckentsprechende Einrichtung der Aufenthaltsräume für die Bediensteten, denen auch Bäder und besondere Waschräume zur Verfügung stehen, verwiesen sei. Die Baustelle war 1542 Quadratmeter gross; davon wurden nur 970 Quadratmeter verbaut. Für den Gartenhof, der reichlich mit Sitzgelegenheiten für die Erwachsenen und Spielplätzen für die Kleinen ausgestattet wurde, verblieben 572 Quadratmeter. Ein vorhandener alter schöner Baum, den man für den Gartenhof erhalten hatte, bot dem Architekten die Möglichkeit zur Schaffung eines Wandbrunnens. Die Pläne für diese Anlage stammen von dem Architekten Professor M. O. Kuntschik. Der äussere Schmuck des Hauses, die Fassade, ist durch farbigen Edelputz, durch ornamentale Plastik und nicht zuletzt durch starke horizontale Gliederung, wie Gesimse, Verdachungen, besonders betont. Auffallend ist das kräftige, modern gegliederte Hauptgesimse. Das Volkswohnhaus in der Bernardgasse wird um 11 Uhr vormittags eröffnet. Auch hier sind Räume für die städtische Strassensäuberung untergebracht. Das Haus enthält dreissig Wohnungen und ein Geschäftslokal. Von der Gesamtfläche von 756 Quadratmeter wurden nur 339 Quadratmeter verbaut. Mehr als fünfundfünfzig Prozent, nämlich 417 Quadratmeter, verblieben für den Gartenhof. Die Pläne für diesen Bau hat Architekt Leo Kammel entworfen. Der Bildhauer Heinrich Krippel hat vier interessante Kinderkopfplastiken aus grauem Muschelkalkstein hergestellt, sie heben sich von der aus rötlichem Edelverputz bestehenden Fassade sehr lebhaft ab. Um 12 Uhr wird dann der städtische Wohnhausbau in der Neustiftgasse eröffnet werden. Von dem Baugrund wurden vierzig Prozent für einen Gartenhof verwendet. Es sind insgesamt 45 Wohnungen und ein Geschäftslokal geschaffen worden. Der Plan wurde vom Architekten Ingenieur Georg Rupprecht entworfen. Die Gassenfassade ist von künstlerischer Wirkung. Die Grösse und Form der Öffnungen im Parterre, die Architektur, die Art der Ornamente, sowie die Wahl der Farbe des Edelputzes, verraten das feine Empfinden des Architekten.

Geehrte Redaktion!

Beiliegend übermitteln wir Ihnen eine Einladung zu der am Mittwoch, den 17. November, um vier Uhr nachmittags stattfindenden besonderen Besichtigung des neuen Fortbildungsschulgebäudes. Wir ersuchen um bestimmte Entsendung eines Vertreters.

Eröffnung von drei städtischen WohnhausbautenAuf dem Neubau und in der Josefstadt

Die Gemeindeverwaltung versucht auch in den inneren Bezirken die Wohnverhältnisse durch die Errichtung von neuen Häusern zu verbessern. Leider scheitert hier eine grosszügige Bautätigkeit und die damit verbundene Assanierung gewisser Bezirksteile an dem Mangel an Bauplätzen. Auch das Fehlen eines Enteignungsgesetzes macht sich immer wieder fühlbar. So kann die Gemeinde an Stelle der vielen alten unhygienischen Häuser, die längst reif für den Abbruch wären, so lange keine modernen, allen Geboten der Hygiene entsprechenden Wohnbauten setzen, als ihr dies durch den Egoismus Einzelner versperret wird. Ein Enteignungsgesetz, das dem Besitzer solcher alten Häuser gegen eine entsprechende Entschädigung die Verpflichtung auferlegt, der öffentlichen Körperschaft sein Grundstück oder sein Haus zu überlassen, wenn dies im öffentlichen Interesse gelegen ist, wird immer mehr zur dringenden Notwendigkeit. Der Neubau und die Josefstadt sind zwei Bezirke, die ohne ein solches Gesetz niemals genügend gesunde Wohnungen bekommen können. Die Gemeindeverwaltung versucht nun, die wenigen leeren Plätze zu kaufen, um wenigstens dadurch die segensreichen Wirkungen ihres grossen Wohnbauprogramms, freilich nur im kleinsten Ausmass, auch diesen Bezirken zugute kommen zu lassen. Neben dem Ludo Hartmannhof in der Albertgasse, der schon nahezu zwei Jahre bewohnt ist, wurde in der Josefstadt noch in der Pfeilgasse ein grösseres Wohnhaus errichtet, das übrigens jetzt durch einen Anbau vergrössert wird. Am Neubau wurden in der Bernardgasse und in der Neustiftgasse zwei kleinere Wohnhausbauten geschaffen. Heute wurden nun die Bauten in der Pfeilgasse, Bernardgasse und Neustiftgasse durch Bürgermeister Seitz eröffnet.

Der Kronawetter-Hof

Begonnen wurde mit der feierlichen Eröffnung der Wohnhausanlage in der Pfeilgasse. Das prächtige Gebäude war reich mit Blumen, Fahnen und Tannenreisig geschmückt. Die Feier wurde im grossen Gartenhof abgehalten, wo sich viele Gäste eingefunden hatten. Bürgermeister Seitz war mit Vizebürgermeister Emmerling, den Stadträten Breitner, Weber, Siegel, Kokrda erschienen, Nationalrat Leuthner, viele Mitglieder des Gemeinderates, die meisten Mitglieder der Bezirksvertretung und viele Gemeindefunktionäre waren anwesend. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Martinek begrüßte die Festgäste herzlichst, dankt für den schönen Bau und richtete an den Bürgermeister die Bitte der Josefstadt einen Spielplatz für die Kleinen zu schenken. Für die Mieter sprach Herr Gries schlichte Dankensworte. Dann ergriff, stürmisch begrüßt, Bürgermeister Seitz das Wort: Es ist keine grosse Veranstaltung, sagte der Bürgermeister, die wir hier treffen, es ist kein besonders grosse Bau, den wir hier errichtet haben. Wir mussten uns in der Durchführung des grosse fünfundsingtausend Wohnungen umfassenden Bauprogramms und den Nachtragsprogramms von weiteren fünftausend Wohnungen an die Platzverhältnisse halten. Wenn wir in der Lage wären, eine neue Stadt zu errichten, dann könnten wir wohl manche von den Ratschlägen, die uns in der letzten Zeit so wohlwollend erteilt wurden, befolgen. Wir sind aber gewohnt, mit den Tatsachen zu rechnen. Vor allem mit der Tatsache, dass die Verkehrsverhältnisse einer zwei millionenstadt auch beim Wohnungsbau berücksichtigt werden müssen. Wir müssen deshalb auch im Innern der Stadt bauen, weil es viele Menschen gibt, die einen weiten Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte aus mancherlei Gründen einfach nicht vertragen.

Ich gebe zu, dass der Bezirk Josefstadt, was die Wohnungsfrage anlangt, nicht zu den glücklichsten gehört. Wenn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Martinek an uns appelliert hat, man möge darauf sehen, dass für die Kinder der Josefstadt ein Spielplatz gewonnen werde, so können wir nur sagen, wir begegnen uns in diesem Wunsch; auch wir wollen unser Möglichstes für die Kinder tun. Aber was das Suchen nach dem Ort anlangt, so muss ich schon der Bezirksvertretung, die die Verhältnisse besser kennt, den Vortritt lassen (Heiterkeit). Nennen Sie uns einen geeigneten Platz und wir werden auch für diesen Bezirk für unsere Kinder das Beste schaffen (Lebhafter Beifall)

Wir wollen diesem Bau auch einen Namen geben. Wir dachten nicht nur im Sinne der Josefstädter, sondern der ganzen Wiener Bevölkerung zu handeln, wenn wir diese Wohnhausanlage nach einem Manne benennen, der mit der Geschichte Wiens für alle Zeiten verbunden sein wird, nach dem Demokraten Ferdinand Kronawetter (Stürmischer Beifall). Ferdinand Kronawetter hat vieles vorausgedacht, was erst in später Zeit in Erfüllung gegangen ist. Er war ein echter Volksmann, ein wahrer Demokrat. Wenn wir diesen Namen hören, dann scheint vor uns das alte Wien der Reaktion auf. In jenen finsternen Tagen hat Kronawetter mit seinen Freunden Staudel, Kreutzer, Schranck u. s. w. begonnen, die Bürgerschaft aufzurufen, durch ein modernes Wahlrecht breite Schichten an der öffentlichen Verwaltung und Gesetzgebung zu beteiligen. Ferdinand Kronawetter war auch einer der besten Beamten der Stadt Wien, ein hochverdienter Sachwalter der Gemeinde. Dem aufrechten Demokraten, dem Erwecker breiter Schichten soll dieser Bau geweiht sein. (Beifall)

Der Bürgermeister dankt dann für den freundlichen Empfang und spricht die Hoffnung aus, dass es der Stadtverwaltung gelinge, nicht nur das grosse Wohnbauprogramm, sondern alles was Wien braucht, durchzuführen, um so der Jugend eine glückliche und schöne Zukunft zu bereiten (Stürmischer Beifall).

Das Schulmädchen Grete Langer trug nun ein Gedicht vor und überreichte dem Bürgermeister einen Blumenstrauss. Die Gäste besichtigten dann die Anlage. Mit einem Vortrag des Gesangsvereines der Gaswerksbediensteten wurde die schöne Feier geschlossen.

Die Eröffnungen am Neubau

Die Feier in der Bernardgasse wurde mit Gesangsvorträgen eingeleitet, worauf Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Maurer den Bürgermeister und die Festgäste begrüßte. Der Vorsteher verwies auf das grosse Wohnungselend im Bezirke und dankte namens der Bevölkerung für den prächtigen modernen Bau. Namens der Mieter dankte Herr Fundiak für die schönen, hellen und sonnigen Wohnungen. Stürmisch begrüßt ergriff sodann das Wort Bürgermeister Seitz: Nicht mit besonderem Stolz sind wir hergekommen, auch nicht um Ihren Dank zu ernten, sondern in aller Bescheidenheit und fast um Entschuldigung bittend, dass wir dem Bezirk Neubau bisher nur so wenig an Wohnungen bieten konnten. Es ist ein ganz bescheidener Bau, den wir hier eröffnen, neben den grosszügigen Bauten mit vielen hunderten Wohnungen, die wir bisher eröffnet haben. Aber wir wollten auch dem Bezirk Neubau zeigen, dass wir der Wohnungsnot abhelfen wollen, soweit es in unseren Kräften steht.

Dieses Haus steht auf dem Brilliantengrund. Wir verbinden mit dem Namen Brilliantengrund den Begriff der Wohlhabenheit, des Reichtums, des beschaulichen Lebens. Aber der Brilliantengrund ist heute nicht so brilliant, wie man glauben sollte. Zwar wird hier, wie einstens auch jetzt fleissig gearbeitet, aber die Dinge haben sich ein wenig geändert. Die private Bautätigkeit hat hier in den letzten Jahrzehnten Zinsburgen aufgeführt, nicht um das Wohnungsbedürfnis der Massen zu befriedigen, sondern um den Grund auszunutzen und eine hohe Grundrente zu erwerben. Wenn die

gegenwärtige Stadtverwaltung Wohnbauten aufführt, dankt sie nicht daran, Grundrente einzuheben und Zins zu wuchern, sondern sie ist besetzt von der Absicht, unser Geschlecht, das durch Krieg, Not und Elend gegangen ist, wieder glücklich zu machen, unsere Jugend in luftigen, hellen, sonnigen Räumen zu erziehen. Unsere Kinder müssen heraus aus den dumpfen und lichtlosen Wohnungen; sie haben ein Recht darauf in gesunden Wohnungen täglich die Sonne zu schauen. Nur so können wir den Anforderungen der Zeit an eine bessere Erziehung genügen.

Nur wenige Familien sind hier untergebracht. Vielleicht gelingt es uns durch ein Enteignungsgesetz, wie es andere Staaten und Städte längst haben, dazu zu kommen, dass wir alle Plätze, die noch nicht ausgenützt sind, oder deren Besitzer sie in krassem Egoismus behalten wollen, gegen entsprechende Entschädigung zum Bau gesunder Wohnungen enteignen können. Viele spaltenreife Gebäude sind niederzulegen und an ihrer Stelle andere zu errichten, die den modernen Anforderungen entsprechen.

Der Bürgermeister dankt dann dem anwesenden Architekten Kammel, der die Pläne für diesen Bau entworfen hat und allen übrigen Mitarbeitern. Mit dem Wunsche, dass die Bewohner des Hauses in Glück und Zufriedenheit wohnen und ihre Kinder zu frohen und klugen Menschen erziehen mögen, schloss Bürgermeister Seitz unter lebhaftem Beifall seine Ansprache.

Mit einer Besichtigung der Anlage und Musikvorträgen der Kapelle der Bediensteten der städtischen Gaswerke wurde die Feier abgeschlossen.

An diese Feier schloss sich die Eröffnung des Wohnhauses in der Neustiftgasse an. Auch hier waren alle Fenster mit Blumen geschmückt und hatte sich eine überaus grosse Zahl von Festgästen eingefunden. Nach einem Gesangsvortrag begrüsst Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Maurer die Gäste, worauf Mietervertrauensmann Padevet den Dank der Bewohner des Hauses übermittelte. Lebhaft begrüsst sprach dann Bürgermeister Seitz:

Dieser kleine Bau ist nur der Ausdruck unseres redlichen Willens, auch hier Grosses zu schaffen.

Als man diesen Bau auführte, stiess man auf alte Mauern der Linienwälle. Im Jahre 1890 sind diese Wälle gefallen. Es sind noch keine vierzig Jahre her, aber doch erscheint uns die Zeit, da Wien von einer grossen Mauer der Verzehrungssteuer umgeben, da Wien noch von Wällen eingeschlossen war, wie eine längst verklungene alte Zeit. Die Linienwälle waren eine empfindliche Beschränkung der Entwicklung der Stadt. Sie fielen endlich als der Ausdruck des Strebens der Stadt nach Ausdehnung, der Kraft dieser Stadt im Kampf gegen die alte Zeit, die der neuen Zeit weichen musste. Wie diese Linienwälle mechanisch die Ausdehnung und damit die bessere Verwaltung der Stadt beengten, so war die politische Rückständigkeit, die geistige Hemmung. Die grossen Volksmassen waren von der Verwaltung ausgeschlossen. Heute ist die Verwaltung allen Männern und Frauen überantwortet, die guten Willens sind. Ihrem Wirken und ihrer Erkenntnis entstammt, was nützlich geschaffen wird. Wir werden die Verwaltung der Stadt, wer immer an ihrer Spitze stehen wird, so gut weiterführen können, so klug und tüchtig die Bürger sind, die uns dazu berufen. Wir müssen das Bewusstsein haben, dass die grosse Masse des Volkes mit uns geht. Dann können wir der grossen Aufgabe genügen, die die Millionenstadt an uns stellt. Dann werden einst künftige Geschlechter mit Stolz zurückblicken können auf die schwerste Zeit der Entwicklung unserer Stadt, auf diese Zeit nach dem Kriege.

Die Wohnbautätigkeit ist nur ein Zweig der Verwaltung. Sie tritt freilich deutlicher hervor, weil hier weithin Sichbares geschaffen wird.

Aber auch auf anderen Gebieten wird Gewaltiges geleistet. Was wir auf dem Gebiet der Schule leisten, sehen heute erst die Fachmänner. Aber in einigen Jahrzehnten werden alle erkennen, welcher ungeheurer Fortschritt sich da vollzogen hat. Was wir auf dem Gebiet der Strassenpflege nach der Verwahrlosung des Krieges leisten, was auf dem Gebiet der Kraft- und Lichtversorgung der Stadt geschieht, ist allgemein nicht so scharf sichtbar wie die Wohnhausbauten. Fast könnten die Stadträte und ihre Mitarbeiter, die auf diesen Gebieten tätig sind, mit Neid auf Stadtrat Siegel und seine Helfer blicken, deren Arbeit so weithin strahlt. An dem Wiederaufbau haben aber alle gleichen Anteil.

Ein junger Architekt, Ingenieur Rupprecht, hat für die Platzfrage eine gute Lösung gefunden. Wir danken ihm, allen Mitarbeitern und Firmen, die an diesem Bau mitgewirkt haben. Die Wohnungen sind bescheiden. Aber wir wollen zeigen, dass wir den ernstesten Willen haben, jedem Bürger eine Wohnstätte zu schaffen, die allen hygienischen Anforderungen entspricht, sie sollen ein Symbol der Entwicklung der Stadt zu neuer Schönheit sein. Unser gutes altes Wien hat im Krieg schwer gelitten. Wirken wir einig zusammen, um Wien wieder zu einer Stadt der Freude und des Frohsinns zu machen und unseren Kindern ein besseres Erbe zu hinterlassen. (Lebhafter Beifall).

An die Rede des Bürgermeisters schlossen sich Gesangs- und Musikvorträge an. Mit einer Besichtigung der Wohnungen wurde die Feier geschlossen.

#### Ein Franz Klein-Hof in Wien.

Die Gemeinde hat in Simmering "Am Kanal" längs der Grillgasse und Herborthgasse eine grosse Wohnhausanlage errichtet, die in kürzester Zeit bezogen werden wird. Nach einem Beschluss des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten wird diese Anlage nach dem im April verstorbenen früheren Justizminister Franz Klein-Hof benannt werden. Dr. Franz Klein wurde bekanntlich im Jahre 1924 zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt.

#### Eröffnung des neuen Fortbildungsschulgebäudes in Fünfhaus

Der Wiener Fortbildungsschulrat hat in Fünfhaus in der Märkstrasse-Hütteldorferstrasse-Karl Marxstrasse ein neues grosses Fortbildungsschulgebäude für die Holzverarbeitenden Gewerbe errichtet. Es ist dies ein Schulbau, bei dem alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte auf diesem Gebiet berücksichtigt worden sind. Auch ein modern eingerichtetes Lehrlingsheim ist dieser Schule angegliedert. Seit einigen Wochen wird das Gebäude für Schulzwecke benützt. Am Sonntag, den 21. November um 10 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die feierliche Eröffnung dieses Schulpalastes vornehmen.

Wien, Dienstag, den 16. November 1926.

Der Wasserbehälter auf dem Kahlenberg. Auf dem Kahlenberg wurde seinerzeit von der Kahlenbergbahn-Gesellschaft ein Wasserbehälter erbaut, der siebenhundert Kubikmeter Wasser fasste. Dieser Wasservorrat musste auf feuerpolizeiliche Anordnung zum Schutze der Josefsdorfer bereitgehalten werden. Nach der Einstellung der Bahn wurde auch die Füllung dieses Wasserbehälters unterlassen. Die städtische Berufsfeuerwehr hat dann im Einvernehmen mit dem Sicherheitswachposten Josefsdorf eine freiwillige Feuerwache geschaffen und dieser Feuerwache eine tadellose Ausrüstung beigelegt. Es wurden eine Benzolmotorspritze, eine Fahrspritze, eine Gasspritze, einige Wasserwagen und Handpumpen der Feuerwache Josefsdorf übergeben. Der Wasserbehälter der Kahlenbergbahn-Gesellschaft, der stark beschädigt war, wurde ausgebessert und ständig mit vierhundert Kubikmeter Wasser gefüllt. Der Brand am Montag hat gezeigt, dass diese Wassermenge zur Löschung genügt. Die Gemeindeverwaltung wird nun den Wasserbehälter wieder füllen. Diese Arbeit wurde heute um ein Uhr mittag von der städtischen Berufsfeuerwehr begonnen. Sie dürfte voraussichtlich zehn Stunden dauern. Es müssen vom Wasserwerk Krapfenwaldl über das Wildgrubental einige Schlauchlinien auf den Kahlenberg gelegt werden. Vier Motorspritzen werden das Wasser in den Behälter am Kahlenberg pumpen. Zur Durchführung dieser Arbeit wurden unter Leitung des Branddirektors Wagner 22 Mann der städtischen Berufsfeuerwehr herangezogen.

Die Gemeinde Wien für die Herabsetzung der Radiogebühren. Die finanzielle Lage der RAWAG hat sich im laufenden Jahr infolge der stetigen Zunahme der Hörer sehr günstig gestaltet und das Unternehmen konnte sehr namhafte Reserven ansammeln. Die Gemeinde Wien ist an der RAWAG durch die Gewista beteiligt und steht selbstverständlich auf den Standpunkt, dass diese Uberschüsse des Monopolbetriebes, wenn er auch in Aktienform geführt wird, nicht etwa dazu verwendet werden dürfen, eine Dividende zu bezahlen, die über die ortsübliche bankmässige Verzinsung hinausgeht. Die Auffassung ist vielmehr, dass diese Uberschüsse, die ja lediglich aus den Teilnehmergebühren herrühren, sofern sie nicht/mittelbar für technische Neuerungen verwendet werden müssen, zu einer Ermässigung der Gebühren dienen sollen. Sonst würde sich nur eine durch nichts zu rechtfertigende Kurstreiberei in RAWAG-Aktien ergeben. Infolgedessen hat Bürgermeister Seitz die Vertreter der Gemeinde Wien in der RAWAG angewiesen, auf Grund der gegenwärtig zweifellos gegebenen Möglichkeiten für eine Ermässigung der Gebühren einzutreten. Sollten sich in Zukunft die Notwendigkeit herausstellen, im Zuge der stetig fortschreitenden technischen Entwicklung neue grosse Investitionen vorzunehmen, dann wird man eben zu einer vorübergehenden Hinaufsetzung der Gebühren schreiten müssen. Gerade in der Zeit der wirtschaftlichen Not soll aber jede sich darbietende Gelegenheit, einer - sei es auch nur bescheidenen - Erleichterung der Ausgaben wahrgenommen werden.

Das Pädagogische Institut vorübergehend gesperrt. Wegen Auftretens einiger Scharlachfälle wurde das Pädagogische Institut der Stadt Wien vom 16. bis einschliesslich 20. November vom städtischen Gesundheitsamt geschlossen.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Samstag amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Karl und Maria Brazda, Johann und Maria Heinecker, Michael und Katharina Kadnar und Laurenz und Maria Leibl, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Wiener Fürsorge in Kärnten. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Klagenfurt hat den Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes Dr. Franz Breunlich eingeladen einige Lichtbildervorträge über die moderne Wohlfahrtspflege der Stadt Wien abzuhalten. Die Vorträge sind am 17. November in St. Veit an der Glan, am 18. November in Villach und am 19. November in Klagenfurt.

Ermässigte Hundemarken für 1927. Die Gemeindeverwaltung hat auch für das Jahr 1927 eine grössere Zahl von ermässigten Hundemarken dem Wiener Tierschutzverein zur Verteilung überlassen. Die Gemeinde selbst gibt keine ermässigten Hundemarken aus. Nur wirklich bedürftige Hundebesitzer werden aufgefordert unter Vorweisung des Meldezettels in der Kanzlei des Wiener Tierschutzvereines, I., Wipplingerstrasse 8 (Altes Rathaus) ebenerdig Tür 75, mündlich um die ermässigte Marke anzusuchen. Schriftliche Ansuchen werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Das mündliche Ansuchen kann täglich zwischen 8 und 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags in der Kanzlei des Tierschutzvereines vorgebracht werden. Samstag nachmittag und Sonn- und Feiertage ist die Kanzlei geschlossen. Nach dem 15. Dezember 1926 werden Ansuchen nicht mehr entgegengenommen.

Nahezu eine halbe Million Elektrizitätskonsumenten in Wien. Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke hatten Ende 1913 an ihre Verteilnetze 92.500 elektrische Anlagen angeschlossen. Am 1. November 1926 waren bereits 490.268 Anlagen angeschlossen, wozu noch mehr als zwanzigtausend Anlagen im Ueberlandnetz kommen. Im Oktober wurden 5410 neue Elektrizitätszähler aufgestellt. Am 1. November betrug die Gesamtzahl der aufgestellten Zähler 492.115. Die Ursache dieses raschen Zuwachses der Anschlüsse liegt darin, dass die städtischen Elektrizitätswerke seit längerer Zeit elektrische Installationen gegen bequeme Teilzahlungen in Wohnungen durch konzessionierte Installateure ausführen lassen. Diese Begünstigung wird von der Bevölkerung sehr stark benützt. So hatten die städtischen Elektrizitätswerke am 1. November bereits 39.107 Wohnungen gegen Teilzahlung mit elektrischem Licht versorgt. Interessant ist, dass die seit Anfang d. J. von den städtischen Elektrizitätswerken eingeführten Heisswasserspeicher ausserordentlich begehrt werden. Sie erfreuen sich wegen ihrer bequemen Handhabung und ihres ökonomischen Betriebes (Aufheizung mit dem billigen Nachtstrom) einer ausserordentlichen Beliebtheit. Auch diese Anlagen werden gegen monatliche Teilzahlungen ausgeführt. Die monatlichen Teilzahlungen werden auch beim Bezug von Beleuchtungskörpern und elektrischen Gebrauchsgegenständen der verschiedensten Art gewährt. Die städtischen Elektrizitätswerke haben im Direktionsgebäude, IX., Höfergasse 12 eine frei zugängliche Ausstellung von elektrischen Gebrauchsgegenständen veranstaltet, die sich eines ungemessenen starken Besuches erfreut.

Bezirksvertretung Alsergrund. Am Mittwoch, den 17. November, um 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Alsergrund eine öffentliche Sitzung ab.

Das Fahrverbot in der Rienöhlgasse aufgehoben. Durch die Demolierung des alten Hauses Ecke Rienöhlgasse und Grosse Neugasse ist die Einfahrt in die Rienöhlgasse verbreitert worden. Der Magistrat hat daher das Fahrverbot in der Rienöhlgasse zwischen Grosse Neugasse und Fleischmannsgasse aufgehoben.

Wien, Dienstag, den 16. November 1926.

Die Wohnbausteuer für Studentenheime. Der Verwaltungsgerichtshof hatte sich heute mit einer Beschwerde des Deutschen Universitätsstudentenheimes, des Asylvereines der Wiener Universität und des Studentenheimes an der Hochschule für Bodenkultur gegen die Vorschreibung der Wohnbausteuer zu befassen. Der Wiener Magistrat hat nämlich die Bestimmung des Wohnbausteuergesetzes, nach der Räumlichkeiten, die für ein Schülerinternat verwendet werden, als einziges Mietobjekt anzusehen sind, auch auf die Studentenheime angewendet und deshalb von den Vereinen, die diese Heime führen, die Wohnbausteuer nach dem Mietwert aller Räume verlangt. Gegen diese Entscheidung des Magistrats, die auch von der Abgabenbeschwerdekommision bestätigt wurde, hatten die drei Studentenheime die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Der Vertreter der Gemeinde Wien, Obermagistratsrat Dr. Urban verwies in der Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof darauf, dass zwischen der Vermietung von Wohnungen in einer Zinskaserne durch den Hauseigentümer und zwischen der Ueberlassung von Räumen eines Studentenheimes an Studierende ein gewisser Unterschied bestehe. In den Studentenheimen werden auch Beleuchtung, Beheizung, Wäsche, u.s.w. beigelegt. Auch gemeinsame Räume, wie Studierzimmer, Bibliothek, Speisesäle u.s.w. stünden zur Verfügung. Die Steuer ist auch für den einzelnen Studenten sehr gering. Beim Asylverein der Wiener Universität entfalle auf einen Studenten eine Steuer von

S 2.07 monatlich. Beim Deutschen Universitätsstudentenheim betrage die monatliche Wohnbausteuer für den einzelnen Studenten S 1.93. Beim Studentenheim der Hochschule für Bodenkultur ergäbe sich allerdings eine monatliche Steuerleistung von rund sechs Schilling, was aber seine Ursache darin hat, dass vierzig Zimmer von nur 58 Studenten bewohnt werden, denen ausser den Schlafräumen noch Badezimmer, Speisezimmer und Studierzimmer zur Verfügung stehen. Dieses Heim befindet sich im Währinger Cottageviertel. Bei anderen Studentenheimen beträgt die Steuer überhaupt nur einige Groschen im Monat für den einzelnen Insassen. Der Vertreter des Magistrats verwies ferner noch darauf, dass die Wohnbausteuer eine reine Zwecksteuer sei. Die Gemeindeverwaltung hat aus den Mitteln der Wohnbausteuer bereits ein Studentenheim auf der Brandstätte errichtet und wird in kürzester Zeit auch auf dem Alsergrund ein weiteres Heim bauen. Es ist klar, dass der Ertrag der Wohnbausteuer der Studentenheime in vielen Jahrzehnten nicht jene Summe ausmachen wird, die die Gemeinde allein für den Bau von Studentenheimen ausgibt. Es falle daher auch die Zweckbestimmung dieser Steuer ins Gewicht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Entscheidungen des Magistrats in allen drei Fällen als ungesetzlich aufgehoben. In der Begründung dieser Entscheidung wird gesagt, dass als Steuerträger die Inhaber der Wohnräume in Betracht kommen, also die einzelnen Studenten, die im Studentenheim wohnen. Der Gerichtshof könne auch die Anschauung der städtischen Abgabebeschwerdekommision nicht teilen, dass diese Räume von der Stiftung oder Korporation benützt werden, denn in der Zuführung dieser Räume zum statutenmässigen Verwendungszweck, der Beistellung von Wohnungen an Studierende, liegen noch keine Benützung der Räumlichkeiten. Gegen eine solche Annahme spreche der Paragraph 2, Absatz 1 des Gesetzes, denn als steuerpflichtige Personen sind die Hauseigentümer nur dann anzusehen, wenn sie das Objekt selbst benützen. Mag aber der Hauseigentümer oder eine andere Person sein, dem diese Wohnung überlassen worden ist, so ist eben diese Person ohne Rücksicht auf den Rechtstitel der Innehabung steuerpflichtig. Nun sind Räume an Studenten gegen Entgelt überlassen; diese sind daher Inhaber dieser Räume und wenn ein Raum von mehreren Studenten benützt wird, so gilt dieser nach Paragraph 2, Absatz 8 als einheitliches Mietobjekt und diese Personen haften solidarisch für die Steuer.

Durch diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes wird an der Wohnbausteuerpflicht der Studentenheime nichts geändert. Wohl aber erfährt die Rechtsstellung des einzelnen Studenten eine erhebliche Änderung.

Wien, am Mittwoch, den 17. November 1926.

Gemeindehilfe für das Deutsche Sängerbundesfest 1928. Für das Jahr 1928 ist in Wien die Veranstaltung des zehnten Deutschen Sängerbundesfestes geplant. Die Organisation dieser Veranstaltung wurde vom Ostmärkischen Sängerbund, der die Gesangsvereine Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlandes umfasst, bereits eingeleitet. Den Ehrenschatz der Veranstaltung hat Bundespräsident Dr. Hainisch übernommen. Der Stadtsenat hat heute beschlossen für die Vorarbeiten einen Vorschuss von fünfzigtausend Schilling dem Hauptausschuss, der sich zur Durchführung des Sängerbundesfestes gebildet hat, zu bewilligen.

Gemeindesubventionen. Der städtische Finanzausschuss hat nach einem Bericht des Gemeinderates Thaller dem Verband der Arbeiter-Stenographen "Gabelsberger" eine Subvention von fünfhundert Schilling bewilligt. Der Verband wurde im Jahre 1895 gegründet und umfasst gegenwärtig dreissig Ortsgruppen. Seine Zeitschrift erscheint seit zwanzig Jahren. Die Hauptaufgabe des Verbandes ist die Verbreitung der Kurzschrift in der Arbeiterschaft. In der selben Sitzung wurde beschlossen der Oesterreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik eine Subvention von fünfhundert Schilling zu gewähren. Diese Vereinigung hat im Vorjahr eine grosse Fürsorgetagung abgehalten und will darüber einen ausführlichen Bericht veröffentlichen. Die Gemeindesubvention soll die Drucklegung dieses Berichtes ermöglichen. Ferner wurde der Freiwilligen Feuerwehr Ybbs an der Donau eine Subvention von 300 S gewährt. Die Vereinigung der Wiener Mediziner erhielt eine Subvention von 1500 S und der Wiener Kreuzer-Verein anlässlich seines achtzigjährigen Bestandes eine Subvention von tausend Schilling.

Der Wasserbehälter auf dem Kahlenberg. Wie bereits gestern berichtet, hat die städtische Berufsfeuerwehr den Wasserbehälter auf dem Kahlenberg, der zur Löschung des Brandes am Montag vollständig entleert wurde, wieder gefüllt. Diese schwierige Arbeit wurde am Dienstag um 1 Uhr mittag begonnen und konnte erst um 1 Uhr früh beendet werden. Unter Leitung des Branddirektors Wagner wurde von 22 Mann der städtischen Berufsfeuerwehr eine Schlauchlinie vom Wasserbehälter Krapfenwaldl bis Josefsdorf durch das Wildgrubental gelegt. Das Wasser wurde mit Motorspritzen durch den Schlauch gepresst. Für die Bewohner des Josefsdorfes war diese vorübergehende Versorgung mit Hochquellenwasser sehr willkommen und sie benützten die Gelegenheit, um einen kleinen Wasservorrat anzusammeln. Der Wasserbehälter ist jetzt wieder vollständig gefüllt.

Stipendien der Gemeinde Wien. Für Studenten und Studentinnen der Lehrerbildungskurse am Pädagogischen Institut der Stadt Wien werden im Studienjahr 1926/27 drei von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien von je dreihundert Schilling jährlich verliehen. Diese Stipendien werden nur unbemittelten Absolventen und Absolventinnen der Mittelschulen und der Lehrerbildungsanstalten gegeben. Ausnahmsweise können auch Erwachsene bis zum fünfundzwanzigsten Lebensjahre, die eine einer Mittelschule gleichwertige Bildung nachweisen können, berücksichtigt werden. Die Gesuche müssen mit der Würdigkeitsbestätigung der Direktion des Pädagogischen Institutes bis 30. November bei der Magistratsabteilung 8 im Neuen Wiener Rathaus eingereicht werden. Den Gesuchen sind beizuschliessen der Geburtsschein, Heiratschein, die Studiennachweise der beiden letzten Semester und das Zeugnis über die mit Erfolg abgelegte Reifeprüfung und ein Mittellosigkeitszeugnis. Die Gesuche sind stempelfrei. Die Stipendien werden jeweils auf ein Jahr verliehen, können jedoch bis zur Vollendung der Studien wieder verliehen werden.



Wien, Donnerstag, den 18. September 1926.

Feierliche Eröffnung des zweiten Wiener Fortbildungsschulgebäudes. Der Fortbildungsschulrat in Wien hat in Fünfhaus ein Fortbildungsschulgebäude für die Lehrlinge der holzverarbeitenden Gewerbe errichtet, in dem bereits seit Oktober unterrichtet wird. Der Schule ist auch ein Lehrlingsheim angeschlossen. Die feierliche Eröffnung dieses Schulgebäudes findet am Sonntag um 11 Uhr vormittags im Festsaal, XV., Hütteldorferstrasse 1 statt. Für die Gemeinde Wien wird Bürgermeister Seitz an der Eröffnungsfeier teilnehmen.

Weitere Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Am Samstag wird abermals in einigen Strassen an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung die öffentliche elektrische Beleuchtung eingeführt. Es sind dies in der Inneren Stadt die Bärengasse, Concordiaplatz, Salzgras und Mare Aurelstrasse, auf der Landstrasse der Landstrasser Gürtel von der Prinz Eugenstrasse bis zur Verbindungsbahn, in der Josefstadt die Alibertgasse, Josefgasse und Trautsongasse, am Alsergrund die Hebragasse, Lazarettgasse und die Spitalgasse, in Simmering die Hauffgasse, Grillgasse, Sedlitzkygasse und Hackelgasse, in Meidling der Meidlinger Markt, in Hietzing die Hauptstrasse und Mittelberggasse, in Ottakring die Habichergasse, Lindauerergasse und der Strassenzug durch die neue Wohnhausanlage "Sandliten" und in Döbling die Heiligenstädterstrasse.

Fortschritte des Wiener Fremdenverkehrs. Heute wurde im Rathaus unter dem Vorsitz des Bürgermeisters eine Sitzung des Wiener Arbeitskomitees der Fremdenverkehrskommission abgehalten. In dieser Sitzung wurde ein ausführlicher Bericht über den gegenwärtigen Stand des Wiener Fremdenverkehrs erstattet. Der Bericht verweist insbesondere auf die Demokratisierung des Fremdenverkehrs nach dem Kriege. Vor dem Krieg war die Vergüngerreise eine Angelegenheit von ziffermässig beschränkten Gruppen, die allerdings in vielen Fällen sehr zahlungskräftig waren. Gegenwärtig ist in der ganzen Welt der Vergüngerreisende der mittleren und unteren Schichten in den Vordergrund getreten, der die Welt nicht mehr nur aus Büchern und Vorträgen, sondern aus eigener Anschauung kennen lernen will. Es ist namentlich an Stelle der Einzelreisenden, der Gesellschaftsreisende oder der Teilnehmer an Kongressen getreten. Die Erweiterung des Kreises der Reiseinteressenten musste auch eine Verbreiterung der Werbearbeit mit sich bringen. Die Bestrebungen Wien als Kongressstadt im Ausland bekannt zu machen, hatten bereits ziemlichen Erfolg aufzuweisen. Im Jahre 1913 wurden in Wien neun Tagungen abgehalten, an denen zumindest Angehörige eines ausländischen Staates teilgenommen haben. In den ersten zehn Monaten 1926 hatten wir in Wien nicht weniger als zweiunddreissig Kongresse und Tagungen, denen Angehörige mindestens eines fremden Staates beiwohnten. Auch die Zahl der Gesellschafts- und Studienreisen sowie der gemeinsame Besuch aus dem Ausland ist ausserordentlich gestiegen. Im Jahre 1926 fanden in Wien über sechzig Kongresse und Tagungen statt. Im Jahre 1913 wurden in Wien nur sechs absolut internationale Kongresse abgehalten. In den ersten zehn Monaten 1926 fanden bereits sechzehn derartige Veranstaltungen in Wien statt. Auch für die Jahre 1927 und 1928 sind bereits zahlreiche Kongresse und Tagungen angekündigt. So sollen in Wien im nächsten Jahr der Deutsche Münzforschertag, der Deutsche Graveurtag, ein Internationaler Gartenbaukongress, ein Kongress der Internationalen Reisebürovereinigungen, ein Eishockeytag, eine Tagung der Vereinigung der Bäckermeister des Deutschen Reichs und Oesterreichs, ein Internationaler Tanzmeisterstag und einige medizinische Kongresse abgehalten werden. Im Jahre 1928 findet in Wien das grosse Deutsche Sängerefest statt. Interessant ist, dass

in den ersten zehn Monaten 1926 doppelt so viel Amerikaner nach Wien gekommen sind, als im ganzen Jahr 1912. Die Gesamtzahl der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres in Wien gemeldeten Fremden ist 459.073, wovon rund 66 Prozent auf Ausländer, der Rest auf Fremde aus den Bundesländern entfällt. Aus Deutschland sind heuer in den ersten zehn Monaten um 23 Prozent mehr Fremde als im ganzen Vorjahr nach Wien gekommen. Die Fremdenverkehrskommission hat eine grosse Zahl von Prospekten für Wien und Niederösterreich herstellen lassen. Diese Prospekte wurden in vierzehn Sprachen gedruckt. Illustrierte Flugzettel und verschiedenes andere Drucksorten- und Bildermaterial wurde gleichfalls zur wirksamen Werbearbeit herangezogen. Für den besten Zeitungsartikel über Wien und Niederösterreich, der in einem in- oder ausländischen Blatte erscheint, sowie für die besten Plakatentwürfe wurden Preise von der Fremdenverkehrskommission ausgesetzt. An ausländische Reisebüros und Ausstellungen wurden künstlerische Uebersichten von Wien und Niederösterreich ausgegeben. Im Jahre 1927 wird in Wien eine grosse Beethovenfeier abgehalten. Sie findet im März in Verbindung mit einem musikhistorischen Kongress statt. Bemerkenswert ist, dass die Fremdenverkehrskommission schon vor längerer Zeit bei der General-Postdirektion die Ausgabe einer Beethoven-Postmarke angeregt hat. Diese Anregung wurde abgelehnt. Die reichsdeutsche Postverwaltung hat nun auf ihren neuen Marken kürzlich das Beethovenbild eingeführt. Für die Zeit vom 5. bis 19. Juni 1927 sind Wiener Festwochen geplant. Es werden künstlerische, sportliche und gesellschaftliche Veranstaltungen von internationaler Bedeutung in dieser Zeit in Wien stattfinden. Gleichzeitig werden auch einige Ausstellungen abgehalten werden. Anlässlich dieser Festwochen wird zum erstenmal ein neues Propagandasystem auf der breitesten Grundlage angewendet werden: Jeder Wiener soll zumindest einen Freund oder Bekannten aus der Fremde nach Wien bringen. Es werden zu diesem Zweck Druckschriften hergestellt, durch die der Wiener Einlader den Eingeladenen einheitlich über die Festwochen und die zu dieser Zeit geplanten Veranstaltungen informieren und in denen auch die Preise für einen Aufenthalt in Wien und Niederösterreich angeführt sind. Geplant ist auch die Veranstaltung grösserer Festlichkeiten in der Umgebung Wiens. Grundsätzlich soll die Unterbringung der Eingeladenen in Hotels propagiert werden.

An der Debatte beteiligten sich: Redakteur Junker (Zentralverein der Zeitungsunternehmungen), Generaldirektor Lehner (Hotelierversammlung), Sekretär Nowotny (Arbeiterkammer), Redakteur Dr. Reich (Organisation der Wiener Presse), Präsident Wolf (Hotelierversammlung) und Landtagspräsident Zimmerl.

Die Berichte des Büros wurden einhellig zur Kenntnis genommen und werden am nächsten Donnerstag unter Berücksichtigung der vorgebrachten Anregungen den Wiener Beirat der Kommission beschäftigen.

Am Montag findet im Gemeinderatssitzungssaal eine Besprechung statt, in der über eine im Jahre 1927 zu veranstaltende Ausstellung über die Stadt Wien beraten werden wird. Bürgermeister Seitz hat zu dieser Beratung führende Persönlichkeiten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens eingeladen.

Sitzungen der Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Wieden hält am 23. November um 5 Uhr nachmittags im Sitzungssaal des Gemeindehauses IV., Schäffergasse 3, eine öffentliche Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am 25. November um 6 Uhr abends im Sitzungssaal VI., Amerlingstrasse 6 die öffentliche Sitzung ab. Am Freitag, den 26. November findet die Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten statt. Beginn 4 Uhr nachmittags.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

365

Wien, Freitag, den 19. November 1926.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Für die Abendkurse im Weissnähen, Kleidermachen, Frisieren und Sticken an der städtischen Frauengewerbeschule in der Margaretenstrasse 152 werden täglich von 8 bis 11 Uhr Einschreibungen vorgenommen. Prospekte beim Schulwart.

Die Forderungen der städtischen Angestellten. Gestern begannen im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des Personalreferenten Stadtrates Speiser die Verhandlungen mit dem Verband der Angestellten der Stadt Wien. Seit Anfang des Jahres 1926 liegt eine Forderung der Angestellten der städtischen Hoheitsverwaltung vor, die wie bereits berichtet, durch einen Schiedsspruch eines Komitees der Gewerkschaftskommission für das Jahr 1926 vorläufig bereinigt wurde. Der Verband verlangt nunmehr den entgültigen Abschluss der Verhandlungen. Es wurde eine Erhöhung der für das Jahr 1927 schon vorgesehenen Sonderauszahlungen in jedem Juni und Dezember und überdies eine Reform des Bezugsschemas gefordert. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde vereinbart, die Beratung zur rechnermässigen Ueberprüfung der Vorschläge zu unterbrechen und anfangs der nächsten Woche fortzusetzen. Neben diesen Verhandlungen wird auch mit der Gewerkschaft der Beamten der städtischen Unternehmungen bereits verhandelt.

Vergebung von grossen Gemeindearbeiten. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in den zwei im November abgehaltenen Sitzungen für nahezu sechs Millionen Schilling Aufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. Wie immer stehen auch diesmal die Aufträge für die städtischen Wohnhausbauten an der Spitze. Hervorzuheben ist die Bestellung von 11e.000 Quadratmeter Parkettböden für die Gemeindewohnungen, was allein einen Auftrag für 2.6 Millionen Schilling ergibt. Ziemlich bedeutende Aufträge erhielten die Installationsgewerbe, die Kunststeinindustrie und die Metallindustrie. Aber auch auf den anderen technischen Gebietender Gemeindeverwaltung wurden sehr bedeutende Lieferungen vergeben. Insbesondere für die Hochquellenleitungen eine Lieferung von Armaturen, für die Umgestaltung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung grosse Bestellungen von Elektromaterial, Ankauf von Hauskehrrechtsammelwagen und Wechselteanen für die Strassenkehrrechtsabfuhr und ein Auftrag von 216.000 Schilling für die Herstellung der maschinellen Einrichtung für die zentrale Waschküchen- und Badeanlage in einem Baublock der Wohnhausanlage Sandleiten in Ottakring. Zur Durchführung der Maler- und Anstreicher-, der Schlosser- und Tischlerarbeiten in einer Reihe von städtischen Neubauten wurde eine grössere Zahl von Gewerbetreibenden mit ziemlich umfangreichen Aufträgen bedacht. Der Weisung des Bürgermeisters entsprechend werden nach wie vor alle Gemeindearbeiten mit der grössten Beschleunigung vergeben und so eine wirkliche Linderung der Arbeitslosigkeit bewirkt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Am Mittwoch hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen den Inneren Neubaugürtel elektrisch zu beleuchten. Auch die Seitenallee des Inneren Neubaugürtels wird elektrische Beleuchtung erhalten. Mit den Installationsarbeiten wird bereits in den nächsten Tagen begonnen werden.

Bezirksvertretung Rudolfsheim. Am Donnerstag, den 25. November um 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Rudolfsheim eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, Samstag, den 20. November 1926.

Der Umsatz der Wiener Kaffeehäuser. Kürzlich hat eine Abordnung von Wiener Kaffeehausbesitzern beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner vorgesprochen und eine Ermässigung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe verlangt. Als hauptsächlichste Begründung wurde angeführt, dass der Konsum in den Wiener Kaffeehäusern gegenüber dem Vorjahre einen ausserordentlich starken Rückgang erfahren habe. Vom Sprecher der Abordnung wurden dreissig Prozent genannt. Diese Schätzung entspricht nicht den Tatsachen. Es sind amtliche Erhebungen in dieser Beziehung angeordnet worden, die ein weit günstigeres Bild liefern. Es wurde die Zeit vom 16. Dezember 1924 bis 15. September 1925 und ganz genau der gleiche Abschnitt bis zum 15. September 1926 der Ueberprüfung zu Grunde gelegt. Zwischenzeitlich neu eingereichte Betriebe blieben unberücksichtigt, so dass solche Einwände von vornherein entfallen. Der sich ergebende Unterschied, um welchen die Umsätze der eingereichten Betriebe für ganz Wien kleiner sind, als in der vorhergegangenen Abrechnungsperiode, beträgt nicht mehr als zwei Prozent. Dabei sind aber die Ergebnisse in den einzelnen Bezirken keineswegs gleichmässig. In elf Bezirken sind Zunahmen zu verzeichnen. In zehn Bezirken ergibt sich ein Abfall. Der Rückgang ist am stärksten im ersten Bezirk. Dann folgt der zweite, während in den übrigen rückgängigen Bezirken die Unterschiede nicht nennenswert sind. In der Zunahme marschiert der sechste Bezirk an der Spitze. Aber auch innerhalb eines einzelnen Bezirkes sind die Verhältnisse sehr ungleichartig. Gegenüber Steigerungen von zehn Prozent, sogar in einem Falle in der Inneren Stadt um vierzig Prozent stehen auch starke Rückgänge. Das beweist, dass besonders ungünstige Erfolge aus den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen allein keineswegs erklärt werden können. In manchen Gebietsteilen sind ganz bestimmte lokale Gründe von Einfluss. So in der Inneren Stadt die Verlegung der Nationalbank, das Sperren vieler Bankbetriebe, in der Leopoldstadt die Schliessung des Nordwestbahnhofes. Unter allen Umständen kann aber auf Grund des amtlichen Ziffernmaterials die Behauptung als unrichtig bezeichnet werden, dass das Wiener Kaffeehaus einen Konsumrückgang um nahezu ein Drittel aufzuweisen habe.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Wiener Gemeinderat als Landtag wurde für Freitag um 5 Uhr nachmittags einberufen, um einen Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses entgegenzunehmen. Abschliessend wird eine Gemeinderatssitzung abgehalten werden.

Republikanische Staatsbürgerkunde in den Fortbildungsschulen. Der Fortbildungsschulrat für Wien hat beschlossen, dass an die Schüler und Schülerinnen der letzten Klassen das Buch "Republikanische Staatsbürgerkunde" von Dr. Robert Endres unentgeltlich zu verteilen ist. Die Ausfolgung dieses Buches wurde anlässlich der an allen Fortbildungsschulen abgehaltenen Gedenkfeier der Errichtung der Republik vorgenommen. Bei der Verteilung haben die Lehrpersonen die Lehrlinge und Lehrlinge auf die Notwendigkeit und die Bedeutung staatsbürgerlicher Kenntnisse aufmerksam gemacht.

Wiener Beirat der Fremdenverkehrskommission. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz wird am Donnerstag um 11 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Gemeinderates der Wiener Beirat der Fremdenverkehrskommission tagen. In dieser Sitzung wird ausführlich über den gegenwärtigen Stand des

Wiener Fremdenverkehrs berichtet werden. Der Beirat wird auch Vorschläge für die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Hebung des Fremdenverkehrs zu beraten haben.

Fürsorge für die kranken und arbeit slosen Jugendlichen. Die langandauernde wirtschaftliche Krise ist auch von ungünstiger Wirkung auf die jugendliche Arbeiterschaft. Nach einer Statistik der Wiener Industriellen Bezirkskommission waren im Bereich dieser Kommission 3655 Jugendliche von 14 bis 18 Jahren arbeitslos. Da aber nur ein geringer Teil der arbeitslosen Jugendlichen bei den Arbeitsnachweisen gemeldet ist, weil Jugendliche unter 16 Jahren meist keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und Lehrlinge erst im letzten Drittel ihrer Lehrzeit versicherungspflichtig sind, so kann die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 18 Jahren mit mindestens fünftausend angenommen werden. Darunter sind nun sehr viele, die durch die lange Arbeitslosigkeit körperlich stark gelitten haben und dringend einer Erholung bedürfen. Erfahrungsgemäss ist der Stand der Arbeitslosen in den Wintermonaten am höchsten. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte hat daher beschlossen, den kranken und arbeitslosen Jugendlichen, die auf Grund einer ärztlichen Untersuchung erholungsbedürftig sind, den Aufenthalt in einem Erholungsheim zu ermöglichen. Für diesen sozialen Fürsorgezweck hat die Arbeiterkammer zwanzigtausend Schilling bereitgestellt. Arbeitslose Jugendliche können sich wegen eines Landaufenthaltes bei ihren zuständigen Arbeitslosenamt melden. Diese Meldungen können täglich von 8 bis 12 Uhr erfolgen.

Die Entlassung eines Feuerwehrmannes. Am 13. November 1925, also vor mehr als einem Jahre, wurde der Feuerwehrmann Franz Sch. gekündigt. Am Donnerstag wurde nun in einem Wiener Spätabendblatt behauptet, dass dieser Feuerwehrmann deshalb gekündigt wurde, weil er bei einem Kreditinstitut ein Darlehen aufgenommen hat. Das Feuerwehrkommando der Stadt Wien legt Wert auf die Feststellung, dass diese Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen ist. Franz Sch. hat bereits im Jahre 1924 wegen grober Dienstesvernachlässigung und Trunkenheit im Dienst auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses die Strafe des Aufschubes der Vorrückung in die nächsthöhere Bezugsklasse um ein Jahr erhalten. Anfangs 1925 hat dieser Feuerwehrmann eine Rüge bekommen, weil er im angeheiterten Zustand in einem Gasthaus geraucht hat. Damals wurde ihm auch für den Fall eines neuerlichen Anstandes die Kündigung in Aussicht gestellt. Am 23. September 1925 hat Franz Sch. Gebühren, die ihm übergeben worden waren, nicht an die Feuerwehrzentrale abgeführt. Aus diesem Grund wurde der Feuerwehrmann, der noch nicht definitiv war, vierzehntägig gekündigt und nach Ablauf dieser Frist am 13. November 1925 gekündigt.

Feier im Lehrmädchenheim "Haus in der Sonne". Morgen Sonntag, um 7 Uhr abends findet im Lehrmädchenheim Mariahilf, Laingrubengasse 27 eine Jugendfeier statt. Mitwirken werden Zöglinge des Heimes und ehemalige Pflegekinder aus dem Lehrmädchenerholungsheim Schloss-Neulengbach.

Wien, am Sonntag, den 21. November 1926

Die Zweite Wiener gewerbliche Fortbildungsschule.Feierliche Eröffnung des Schulpalastes.

Das vom Wiener Fortbildungsschulrat in sechzehn Monaten erbaute Zweite gewerbliche Fortbildungsschulgebäude in der Hütteldorferstrasse wurde heute feierlich eröffnet. Die Feier war für elf Uhr vormittags angesetzt, aber schon lange vorher war der grosse Bau, der sich bis zum Neubaugürtel erstreckt, von einer tausendköpfigen Menschenmenge umgeben. Die Feier selbst wurde im grossen Festsaal der Schule abgehalten. Der prächtige Saal war dicht mit geladenen Gästen gefüllt. Erschienen waren Bundespräsident Dr. Hainisch, Sektionschef Dr. Wohlgemuth in Vertretung des Bundesministers für Handel und Verkehr, Ministerialrat Dr. Mosser vom Unterrichtsministerium, Präsident Glöckel für den Wiener Stadtschulrat, Bürgermeister Seitz mit den Vizebürgermeistern Emmerling und Hoss und den amtsführenden Stadträten Breitner, Kokrda, Richter, Siegel, Speiser, Professor Taná ler und Weber, viele Nationalräte, die meisten Gemeinderäte, die Mitglieder des Fortbildungsschulrates, des Stadtschulrates und der Schulausschüsse.

Als unter Führung des Obmannstellvertreters des Fortbildungsschulrates Gemeinderat Täubler die Gäste mit Bundespräsident Dr. Hainisch an der Spitze den Festsaal betraten, wurden sie mit der Bundeshymne begrüsst, die das Lehrlingsorchester der fachlichen Fortbildungsschule der Klavierbauer und Musikinstrumentenmacher intonierte. Gemeinderat Täubler begrüsst dann die Festgäste namens des Fortbildungsschulrates. Er gedenkt zunächst dem vor zwei Tagen verstorbenen Obmannes des Fortbildungsschulrates Nationalrat Widholz, der dieses Werk, an dem er so hingebungsvoll mitgewirkt hat, leider nicht mehr in seiner ganzen Grösse schauen durfte. Gemeinderat Täubler dankt dann der Gemeinde Wien für die wertvolle Förderung. Die Gemeinde hat den Grund auf die Dauer von achtzig Jahren dem Fortbildungsschulrat im Baurecht gegeben und hebt nur einen Anerkennungszins von einem Schilling jährlich ein. Sie hat ihre besten Kräfte aus dem Stadtbauamt zur Verfügung gestellt und insbesondere Stadtrat Siegel hat manch wertvolle Anregung gegeben. Der Fortbildungsschulrat musste dieses Gebäude errichten, weil das erste zentrale Schulhaus in der Mollardgasse schon zu klein geworden ist. Der neue Schulpalast, geschaffen nach den Plänen der Architekten Hofbauer und Baumgarten, entspricht allen pädagogischen und technischen Anforderungen der heutigen Zeit. Die Architekten haben, bevor sie an die Ausarbeitung der Pläne schritten, Studienreisen nach Frankreich, Holland, Deutschland, England und die Schweiz gemacht und so alle Erfahrungen gesammelt. Die neue Schule ist vor allem für die Holzverarbeitenden Gewerbe bestimmt. In ihr sollen die Lehrlinge der Holzverarbeitenden Gewerbe zur Ergänzung der Meisterlehre, ihre theoretische und schulmässige praktische Ausbildung erhalten. Das neue Gebäude vereinigt Schule und Fabrik. Auch ein Lehrlingsheim für hundert Zöglinge wurde eingebaut. Die Kosten der Anlage betragen rund sieben Millionen Schilling. Der Fortbildungsschulrat besitzt einen eignen Bau- und Einrichtungsfonds, dem entsprechend einer gesetzlichen Bestimmung zehn Prozent des reinen Gesamterfordernisses nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre, jährlich zugeführt werden. Das Fortbildungsschulwesen wird in Wien von der Gemeinde zu 45 Prozent erhalten; das restliche Erfordernis haben die Gewerbetreibenden durch Umlagen auf die Erwerb- und Körperschaftsteuer zu decken. Mit diesen Mitteln war es möglich dieses moderne Schulgebäude zuzuschaffen, in dem vor allem Qualitätsarbeiter herangebildet werden sollen. Mit dem Wunsche, dass die neue Schule dem Gewerbe und der Wirtschaft reiche Früchte bringe und mit Dankensworten an alle Mitarbeiter übergab Gemeinderat Täubler den neuen Schulbau seiner Bestimmung.

Sektionschef Dr. Wohlgemuth entschuldigte den an der Teilnahme verhinderten Bundesminister für Handel und Verkehr und überbrachte die Glückwünsche der Regierung. Die grosse Bedeutung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens sei heute bereits allgemein anerkannt. Gerade Wien war immer bestrebt die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. Dies zeigte schon der Bau des ersten gewerblichen Fortbildungsschulgebäudes vor fast zwei Jahrzehnten in der Mollardgasse. Jetzt wurde eine zweite Schule geschaffen, ein Werk auf das Wien allen Grund hat stolz zu sein, umso mehr als es in einer Zeit wirtschaftlicher Not vollbracht wurde. In der Errichtung dieses Gebäudes ist ein Zeichen ungebrochener Lebenskraft unserer Wirtschaft zu erblicken und alle an diesem grossen Werk Beteiligten verdienen den Dank der Oeffentlichkeit.

Dann spricht Bürgermeister Seitz: Wenn Tübler der Gemeinde Wien für ihre Mitwirkung an dem Bau, für die Bereitstellung des Grundstückes, für die Förderung durch das Stadtbauamt und durch das Finanzamt, gedankt hat, so müssen wir den Dank ablehnen. Was hier geleistet worden ist, kommt nicht nur dem Fortbildungsschulrat zugute, sondern der Stadt Wien selbst. Tübler hat heute in der ihm eignen sachlichen, nüchternen Art das Zustandekommen dieses Schulpalastes und seinen Zweck geschildert. In der Fülle der Arbeit ist er sich gar nicht bewusst geworden, welches grosse Stück Idealismus in diesem Werk steckt, wieviel Idealismus er selbst, Widholz und der ganze Fortbildungsschulrat damit bekunden.

Wenn man dieses Haus betritt und sich vorstellt, wie hier junge Leute, Mädchen und Jünglinge, erzogen und unterrichtet werden und wenn man sich dabei an die eigene Jugend erinnert, an die Zeit, die nur einige Jahrzehnte zurückliegt, wenn man bedenkt, was damals ein Lehrling war, dann erkennt man erst, welchen ungeheuren Fortschritt die Lehrlingsausbildung gemacht hat und welche weitere grossen Fortschritte durch diese Anstalt inauguriert werden (Stürmischer Beifall). Der Lehrling, der Handwerkslehrling, war vor dreissig Jahren in Wien so ziemlich der geringst geschätzte Mensch, viel leicht noch Gegenstand eines billigen Witzes, wie zum Beispiel der Schuhmacherlehrling. Im Grunde genommen hatte man das Gefühl, dass das eigentliche Wiener Kind einem sogenannten "höheren" Beruf zustreben müsse und dass die Handwerkslehre gerade gut genug für den Eingewanderten sei. Wenn eine Wiener Familie ein Kind aus irgend einem Grund in die Handwerkslehre geben musste, erschien das fast als eine Degradierung, ausser der Papa war der Besitzer des Betriebes und der Sohn schon der prädestinierte, weil er ja erben musste. Tagesarbeit vom frühen Morgen bis zur letzten Stunde, dann die Werkstatt aufräumen, dann rasch ohne Abendessen in die Schule - das war das Los des Lehrlings. In der Schule aber sass er dann müde und hungrig in schlecht gelüfteten und im Winter schlecht geheizten Stuben zur Verzweiflung des Lehrers meist den Unterricht verschlafend. Dann kam der Sonntag, da jeder Mensch Lust, Freude und Freiheit genoss, - der Lehrling musste in die Schule gehen. Die Schule war ihm so von vornherein eine Last, ein Ekel. Er hatte nur den einen Gedanken, wie er wieder nach Hause in die Bettstatt komme, deren gewöhnlich zwei bis drei übereinanderstanden. Wir alle kennen die bewegliche Klage der Lehrerschaft von damals über die verschlafenen, müden Lehrlinge in der Schule.

Das ist nun gründlich anders geworden und heute sieht jeder es wäre unmöglich, den gewerblichen Nachwuchs so aufwachsen zu lassen. Wir sind uns bewusst, dass das Wiener Gewerbe eine grosse Zukunft hat, dass Wien der Welt noch etwas zu geben hat durch die Eigenart und künstlerische Gestaltung seines Gewerbes (Lebhafter Beifall). Da wir uns dessen bewusst sind, da wir Wiener alle stolz sind auf das heimische Gewerbe, wollen wir auch, dass es seinen Ruhm und seine Tradition erhält. Wir wollen auch unsere besten Söhne dem Gewerbe geben. Wir wollen ihnen eine

güte Schule sichern und ihnen durch die ganze Art ihrer Bildung und Erziehung die Möglichkeit bieten, aufrecht denkende, die Aufgaben der Zukunft verstehende Menschen zu werden. Diesem Zweck dient auch dieser Schulpalast. Schon der erste Eindruck zeigt, dass der junge Mann und das junge Mädchen, wenn sie in dieses Haus kommen, nicht allein ein Bild der Zweckmässigkeit gewinnen, sondern auch Schönheit. Der junge Mensch soll erkennen, dass das Arbeitsprodukt nicht nur einem nüchternen Lebenszweck dienen, sondern auch das Leben verschönern soll. Er soll auch eine weitgehende ästhetische Bildung geniessen, durch die tägliche Betrachtung des Schönen und Zweckmässigen. Hier sollen die Menschen so erzogen werden, dass sie einst im Gewerbe ihren Mann stellen und es zu einer neuen Blüte führen.

Dem Fortbildungsschulfat, jedem einzelnen seiner Mitglieder und den einzelnen Gewerbszweigen, die alle grosse Opfer für den Bau gebracht haben, gebührt der Dank der Stadtverwaltung; er gebührt auch den Architekten und allen Arbeitern, ob sie nun geistig oder manuell an diesem Werk mitgeschaffen haben. Wir danken ihnen allen, weil wir wissen, dass die Bildung unserer aufstrebenden gewerblichen Jugend unsere Hoffnung und Zuversicht ist. Eine so alte Kulturstätte, wie Wien, eine so alte Stätte des Gewerbes und der Industrie, kann nicht zugrundegehen, auch im Verlaufe eines grossen welthistorischen Ereignisses nicht. So furchtbar uns der Krieg zugesetzt hat, er konnte Wien nicht vernichten, er konnte unsere Stadt nicht auslöschen aus der Gemeinschaft der Kultur der Völker. Unsere Hoffnung, unsere Zuversicht ist unsere Schule, ist unsere Jugend, die sich ein besseres Dasein wieder aufbauen wird. (Stürmischer Beifall) und was sie erwartet von der Zukunft Ferne, dass kann sich nur erfüllen, wenn diese Stadt gedeiht, wenn sie einer neuen Blüte entgegengeht. So deckt sich das Interesse der gewerblichen Jugend mit den Lebensinteressen der Stadt Wien. (Erneuter Beifall).

Man gedenkt just heute auch der alten Monarchie. Nun, wir erinnern uns, dass hier auf der Schmelz, an deren Rand jetzt ein prächtiger Schulpalast steht, alljährlich die Parade der Waffengewalt, die Parade des Kadavergehorsams und der militärischen Disziplin der Jugend abgehalten wurde. Auch wir halten vor unserem verehrten Staatsoberhaupt Parade; aber es ist die Parade der Republik, keine Parade der militärischen Disziplin der Jugend, sondern eine Parade ihrer Bildung, eine Parade des Aufstieges, eine Parade der Zukunft. (Stürmischer Beifall). Wir alle wollen unsere Jugend zu tüchtigen Bürgern des Staates und der Gemeinde erziehen. Wir hoffen, dass die Jugend treu dem republikanischen Gedanken dienend, mithelfen wird, eine neues Wien aufzubauen, Wien einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. (Grosser Beifall).

Nach der Rede des Bürgermeisters spielt die Lehrlingskapelle noch ein Musikstück, das mit lobhaftem Beifall aufgenommen wird. Direktor Popp übernimmt nun die Führung durch die Anlagen, die infolge der grossen Zahl von Gästen in mehreren Gruppen erfolgt. Mehr als eine Stunde besichtigen der Bundespräsident und die übrigen Gäste das Gebäude und seine vorbildlichen Einrichtungen, die allseits lobende Anerkennung finden.

Wien, am Montag, den 22. November 1926.

Die Wiener Ausstellung 1927.

In den Monaten Mai bis einschliesslich Juli 1927 wird im Messepalast eine Ausstellung veranstaltet werden, die dem Leben und der Kultur der Stadt Wien gewidmet sein wird. Die Ausstellung soll zeigen, wie Wien altes Kulturgut bewahrt und wie es sich zur neuen Zeit eingestellt hat. In einer heute vormittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates abgehaltenen Tagung, die von Vertretern aller Interessenten, Behörden, Körperschaften und Institutionen besucht war, wurde das allgemeine Rahmenprogramm für diese Ausstellung entwickelt. Nach diesem Programm wird das in dieser Ausstellung zu erfassende Gebiet im wesentlichen nach folgenden Gesichtspunkten dargestellt werden: Geographische-, geologische- und klimatische Voraussetzungen; Fauna und Flora; Geschichte Wiens, Bedeutung als Kultur-, Verkehrs- und Wirtschaftszentrum; Aufbau der Bevölkerung und ihre Lebensführung, Hygiene-, Sport, geistiges Leben in allen Erscheinungsformen; wirtschaftliches Leben, Wien als Hauptstadt des Bundes, Wien als Gemeinde usw. Alle diese Gebiete werden möglichst anschaulich und nach den neuesten ausstellungstechnischen Gesichtspunkten dargestellt und auch durch Modelle illustriert werden. Einen angemessenen Raum wird selbstverständlich die Statistik erhalten, doch ist auch bei diesen Darstellungen beabsichtigt, von der trockenen Form blosser Aufzählungen abzugehen und hauptsächlich graphische Darstellungen auf beleuchteten Tafeln vorzuführen. Wohnung, Ernährung, Kleidung, Mode, die Beziehung des Grosstädters zu Pflanze und Tier, werden durch Sonderausstellungen, durch Veranstaltung einiger Modeschauen, durch Dioramen und so weiter gezeigt werden. Besonders interessante Darstellungen werden in einer eigenen Abteilung Platz finden. So soll eine eigene Gruppe dem Wochenende des Wieners gewidmet sein.

In der Gruppe "Geistiges Leben" werden sowohl Buch wie Presse und Drucktechnik, Photographie, dann aber auch alle Künste, Theater, Tanz, Film und Radio vorgeführt werden und auch hier wird besonderes Gewicht auf möglichst anschauliche Darstellung durch Veranstaltung von Auführungen, Film und Radiovorführungen gelegt werden.

In der Gruppe "Wirtschaftliches Leben" ist nicht nur eine Industrie- und Gewerbeschau vorgesehen, sondern es wird auch der betriebswissenschaftlichen Darstellung und in deren Rahmen selbstverständlich der Reklame ein besonderer Raum gewidmet. In dieser Gruppe wird man auch technische Produktionsmethoden vorführen. Schliesslich bildet einen der wichtigsten Bestandteile dieser wirtschaftlichen Gruppe die Darstellung des Verkehrs in allen seinen Erscheinungsformen. Die gesamte Bau- und Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien, ihre Leistungen auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltungen, Darstellungen aus den städtischen Unternehmungen usw. werden ebenso zu sehen sein, wie angestrebt wird, die Tätigkeit der Polizei auf sicherheitspolizeilichen- und Wohlfahrtsgebiet zu zeigen.

Zur Beteiligung an dieser Ausstellung werden der Bund, die Gemeinde und alle sonstigen öffentlichen und privaten Faktoren eingeladen werden. Um die Ausstellung nicht zu einer starren Uebersicht zu werden/lassen, sind abwechselnd Spezialausstellungen aller Art in Aussicht genommen.

Die Durchführung der gesamten Ausstellung liegt in den Händen der Wiener Messe-Aktiengesellschaft, die das grösste Wiener Ausstellungswerk der Nachkriegszeit, die Hygiene-Ausstellung des Jahres 1925, zu einem vollen Erfolg gestaltet hat. Auch bei dieser Ausstellung sollen Belehrung und Unterhaltung geboten werden, so dass für Jedermann der Anreiz zu ihrem Besuch gegeben ist. -.-.-.-.-

Die Wiener Ausstellung 1927. Im Sitzungssaal des Gemeinderates wurde heute vormittag eine Tagung abgehalten, die der Beratung des Projektes der Wiener Ausstellung, die im Jahre 1927 veranstaltet werden soll, gewidmet war. In Vertretung des Bundeskanzlers war Ministerialrat Dr. Schweigel erschienen. Von der Bundesregierung nahmen an der Beratung Minister Bundesminister für Handel und Verkehr Dr. Schürff für soziale Verwaltung Dr. Resch und in Vertretung des Unterrichtsministers Sektionsrat Dr. Schaller teil. Ferner waren erschienen Vizekanzler a. D. Dr. Breisky, Ministerialrat Dr. Wilhelm, Ministerialrat Professor Dr. Ludwig Bittner, Kammeramtsdirektor Dr. Löwenthal, Landeshauptmann Dr. Buresch, Polizeipräsident Schober, Präsident Hobeisl, Präsident Schneiderhan, Direktor Herterich, Präsident Dr. Redlich, die Professoren Dr. Wettstein, Dr. Becke, Dr. Pick, Dr. Stix, Dr. Rebel, Dr. Fortunat Schubert, Dr. Ernst Finger, Rektor Professor Josef Müllner, Rektor Dr. Karl Skoda u. s. w.

Bürgermeister Seitz begrüsst die zahlreich Erschienenen auf das Herzlichste. Von den Entschuldigungsschreibern erwähnt er insbesondere das des Sektionschefs, Dr. Wilhelm Exner, der gleichzeitig seinen wertvollen Rat der Ausstellung zur Verfügung stellt. Die Ausstellung soll in den Monaten Mai bis Juli 1927 veranstaltet werden. Sie wird im Gebäude der Wiener Messe untergebracht und soll ein Bild des gesamten kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Stadt Wien zeigen. Die finanzielle Verwaltung hat die Wiener Messe A. G. übernommen. Sie hat auch Vorschläge ausgearbeitet, über die nunmehr ein Bericht erstattet werden wird.

(Diesen Bericht haben wir bereits in der Vormittagsausgabe veröffentlicht.)

An dieses Referat knüpfte sich eine sehr eingehende Aussprache. Professor Dr. Marchet (Hochschule für Bodenkultur) wünscht, dass die Ausstellung auch die Beziehungen zwischen Stadt und Urproduktion in ihren Rahmen aufnehmen. Bundesminister Dr. Schürff erklärt namens der Bundesregierung das Werk auf das wärmste zu begrüßen. Auch alle wirtschaftlichen Kreise werden eine solche Ausstellung als sehr zweckmässig empfinden. Alle amtlichen Stellen werden daher das Projekt fördern. Sektionschef Dr. Enderes begrüsst das Projekt namens des Ingenieur- und Architektenvereines und regt an, dass auch dem Ingenieurwesen, das in Oesterreich auf so hoher Stufe stehe, die notwendige Beachtung geschenkt werde. Wien habe auf diesem Gebiet nicht nur allein die Donauregulierung, die grossen Brückenbauten, die Wasserleitungen, den Bau der Sammelkanäle und der Rotunde zu zeigen, sondern der Stadt kommt als Verkehrszentrum eine ganz hervorragende Bedeutung zu. Landeshauptmann Dr. Buresch sichert der Veranstaltung die Mitwirkung des Landes Niederösterreich zu. Professor Kenta wünscht, dass auch das Gebiet der Musik entsprechend berücksichtigt wird, weil Wien als Musikstadt hier sehr viel bieten kann. Präsident Tilgner erklärt für die Handels- und Gewerbekammer, dass die beiden jährlich stattfindenden Messen mit einer gewissen finanziellen Belastung für das Wiener Gewerbe verbunden sind. Es hat sich gezeigt, dass die Beteiligung an den Messen leider etwas zurückgeht. Dies scheint ein Beweis dafür zu sein, dass unsere Wirtschaft unter ziemlich schweren Lasten leidet, weil sie selbst für solche Zwecke die notwendigen Mittel nicht mehr aufbringen kann. Die Wiener Handels- und Gewerbekammer begrüsst aber die Veranstaltung einer Ausstellung auf das wärmste und wird alles veranlassen, was geeignet ist, dieses Projekt zu fördern und zu unterstützen. Für die Generaldirektion der Bundesbahnen sichert Generaldirektor Maschat der Ausstellung die weitestgehende Unterstützung zu. Namens des Verbandes der auswärtigen Presse begrüsst Präsident Mandl die geplante Veranstaltung auf das wärmste. Die Auslandskorrespondenten sind gerne bereit, ihre Kraft

in den Dienst der Ausstellung zu stellen. Professor Haudeck wünscht die Aufnahme sportlicher Teile. Professor Goltz erklärt namens der Kunstlerschaft, dass diese dankbar eine solche Veranstaltung begrüesse. Für den Hauptverband der Industrie erklärt Vizepräsident Ingenieur Saaf, dass die Industrie an und für sich, speziell aber die Wiener Industrie es nur wärmstens begrüessen könne, wenn durch eine zugkräftige Veranstaltung eine Propaganda für Wien entfaltet werden würde. In diesem Sinne steht die Industrie der Initiative einer Ausstellung nur sympathisch gegenüber. Immerhin sind jedoch in industriellen Kreisen auch Bedenken geäussert worden. Es besteht die Gefahr eines Defizites, was die Befürchtung nahelegt, dass dieser Abgang auch durch Heranziehung der Industrie gedeckt werden könnte. Eine solche Belastung müsse angesichts der heutigen überaus schweren Verhältnisse unter allen Umständen vermieden werden. Professor Theias bezeichnet das Messegebäude als nicht zweckmässig für eine solche Ausstellung. Er regt an, dass Wien für ein ständiges Ausstellungsgelände mit entsprechenden Bauten sorgen soll. Namens des Reichsverbandes deutscher Frauenvereine erklärt Frau Silä, dass diese Vereinigung die geplante Veranstaltung wärmstens begrüesse. Hofrat Zoller sichert dem Werk die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft für das Kraftfahrwesen zu. Kommerzialrat Wolf erklärt namens der Wiener Hoteliers alles daransetzen zu wollen, um die Ausstellung zu fördern. Abgeordnete Emmy Freundlich wendet sich gegen den Pessimismus des Vertreters der Industriellen und erklärt, dass die Frauen Wiens sich in den Dienst des Projektes stellen werden. Für den Touring-Club sichert Präsident Haymerle der Ausstellung die grösstmögliche Unterstützung zu.

Bürgermeister Seitz erklärt zum Schluss, er habe sich verpflichtet gefühlt, die Vorschläge, die an ihn von sehr massgebenden Persönlichkeiten und aus massgebenden Kreisen gekommen sind, zur Beratung zu stellen. Neben den vielen optimistischen Stimmen, neben der allgemeinen Zustimmung, haben wir auch eine fast pessimistisch klingende Stimme gehört. Ich glaube aber nicht, dass die hier geäusserte Meinung des Vertreters des industriellen Verbandes eine endgültige ist. Die geplante Ausstellung gibt der österreichischen Industrie die willkommene Gelegenheit nicht allein dem Inland, sondern auch weiten Kreisen des Auslandes zu zeigen, was sie zu leisten im Stande ist. Wir werden daher über die Bedenken einzelner Industrieller noch sprechen. Vor allem wird mir von Sachkundigen versichert, dass ein Defizit nicht wahrscheinlich ist, insbesondere eine solche Befürchtung vor der Veranstaltung selbst uns nicht abschrecken kann. Wir hoffen auf ein einheitliches Zusammenwirken aller Volksklassen. Die Frage des Titels der Ausstellung soll noch offen bleiben. Sehr wichtig und von Bedeutung wird die Haltung der Presse sein. Es freut mich, schon aus den Erklärungen des Verbandes der auswärtigen Korrespondenten entnehmen zu können, dass die Veranstalter mit seiner Hilfe rechnen können, und wir mit Recht auch aus der Anwesenheit der so zahlreich erschienenen Vertreter der Wiener Presse die Hoffnung schöpfen, dass auch sie das patriotische Werk fördern wird. Wenn alle zusammenwirken, wird es möglich sein, selbst in dieser schweren Zeit dem Ausland ein Bild der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Stadt Wien zu zeigen.

Der Bürgermeister bittet alle Anwesenden sich auch weiter in den Dienst der Veranstaltung zu stellen und teilt mit, dass ein Arbeitskomitee gebildet wurde, das aus folgenden Mitgliedern besteht:

Fortsetzung folgt:

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

370

Dritte Ausgabe:

Wien, Montag, den 22. November 1926.

Das Arbeitskomitee der Wiener Ausstellung 1927:

Vizekanzler a. D. Walter Breisky, Nationalrat Franz Domes, Präsident der Arbeiterkammer, Vizebürgermeister Emmerling, Sektionschef Professor Dr. Wilhelm Exner, Vizebürgermeister Hoss und Kommerzhilf Tilgner, Präsident der Handelskammer. Die Versammlung stimmt diesen Vorschlägen zu und wird als Vorsitzender dieses Arbeitskomitees Präsident Dr. Exner gewählt.

Bürgermeister Seitz teilt noch mit, dass die Konstituierung des vorbereitenden Komitees in den nächsten Tagen erfolgen wird und schliesst die Beratung mit einem Dank an alle Erschienenen.

Bezirksvertretung Landstrasse. Am Donnerstag, den 25. November um 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Landstrasse eine öffentliche Sitzung ab.

Bürgermeister Seitz bei den Lehrmädchen. Das Lehrmädchenheim "Haus in der Sonne" in Mariahilf veranstaltete am Sonntag eine Jugendfeier. Die Präsidentin des Heimes Frau Gemeinderätin Glöckel konnte bei dieser Feier Bürgermeister Seitz samt Frau, die Nationalrätinnen Boschek und Popp, Stadtrat Richter mit Frau und eine Reihe von Persönlichkeiten, die in der Jugendfürsorge tätig sind, begrüßen. Der Bürgermeister und die übrigen Gäste besichtigten eingehend das Heim, das infolge seiner praktischen Einrichtungen und seiner sachkundigen Führung den besten Eindruck auf alle machte. Gegenwärtig sind ungefähr sechzig Lehrmädchen, zum grossen Teil Waisenkinder, im Heim untergebracht, die tagsüber in der Meisterlehre stehen, vom Lehrmädchenheim verköstigt werden und auch eine hygienische Schlafstätte erhalten. An die Besichtigung schloss sich im Festsaal des Heimes eine Jugendfeier an. Unter Mitwirkung von Zöglingen des Heimes und von ehemaligen Pflöglingen des Lehrmädchenheimes in Schloss-Neulengbach wurden ernste und heitere Gesangsvorträge, Tänze und Musikvorträge geboten, die lebhaften Anklang insbesondere bei den Lehrmädchen fanden. Bürgermeister Seitz blieb bis zum Schluss der Feier und sprach sich sehr anerkennend über die Führung des Lehrmädchenheimes aus.

Keine Valorisierung der Gemeindeanleihen. Das Oberlandesgericht Wien als Berufungsgericht hat mit Urteil vom 27. Oktober eine gegen die Gemeinde Wien eingebrachte und bereits vom Landesgericht als unbegründet erklärte Klage auf Valorisierung auf Wiener Anleihen zurückgewiesen und damit eine endgültige Entscheidung gefällt. In der Begründung behandelt das Oberlandesgericht, das unter dem Vorsitz des Hofrates Dr. Hueber tagte, das ganze Problem eingehend. Gegenüber der von der Klägerin behaupteten "ungerechtfertigten Bereicherung" erklärt das Oberlandesgericht, dass eine solche nur dann vorliegt, wenn sie nicht eine Folge der geltenden Rechtsordnung und nicht von dieser gewollt oder gebilligt ist. Sowohl die Verordnung vom 25. März 1919 als das Schillingsrechnungsgesetz vom 20. Dezember 1924 stellen aber den Grundsatz auf, dass Verbindlichkeiten, die auf altösterreichische Kronen lauten, nach dem Nennwert in abgestempelten Kronen, beziehungsweise nach dem im Schillingsrechnungsgesetz angeführten Umrechnungsschlüssel, wonach ein Schilling gleich 10.000 Kronen zu achten ist, erfüllt werden können. In den Entscheidungsgründen heisst es sodann wörtlich: "Da das Schillingsrechnungsgesetz zu einer Zeit erlassen wurde, wo nicht nur die Geldentwertung in ihren ganzen Auswirkungen bekannt war,

sondern auch von den verschiedensten Seiten Aufwertungswünsche geltend gemacht wurden, so kann kein Zweifel bestehen, dass der Gesetzgeber, wenn er bestimmte, dass alle Kronenschulden nach dem Verhältnisse von 1 S gleich 10.000 K getilgt werden können, den Schaden aus der Geldentwertung dem Gläubiger auferlegen wollte und nicht wollte, dass im Wege einer Bereicherungsklage der Zweck seiner Anordnung in das Gegenteil verkehrt werde. Die Bereicherung, die ein Schuldner dadurch erfährt, dass er seine alten Schulden in entwertetem Gelde abtattet, ist daher rechtlich nicht ungerechtfertigt. Dadurch, dass das Schillingsrechnungsgesetz dem Schuldner die Rückzahlung in Schilling nach dem genannten Umrechnungsschlüssel gestattet, bestimmt es auch, dass der Schuldner, durch die Leistung frei wird und daher nicht aus irgendeinem Titel noch zu einer weiteren Nachleistung verhalten werden kann. Selbst wenn nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches eine ungerechtfertigte Bereicherung geltend gemacht werden könnte, so würde eine diesbezügliche Bestimmung durch die spätere Rechtsnorm (das Schillingsrechnungsgesetz) ausser Kraft gesetzt sein. Mit Rücksicht auf das Vorgesagte war es nicht notwendig, auf die Frage, ob überhaupt eine Bereicherung der beklagten Partei vorliegt, weiter einzugehen. Die Bestimmung des § 1295 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch kann auf den vorliegenden Fall gleichfalls aus den angeführten Gründen keine Anwendung finden, abgesehen davon, dass es sich gar nicht um die absichtliche Zufügung eines Schadens handelt. Das erstgerichtliche Urteil entspricht vollständig der Sach- und Rechtslage. Der Berufung war schon keine Folge zu geben und das angefochtene Urteil zu bestätigen." Die Gemeinde war in diesem Prozess durch den Rechtsanwalt Dr. Carl Ornsbein vertreten.

Jubiläum der Ehe. Vergangene Woche überbrachte Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters dem Ehepaare Josef und Theresia Stark zur Diamantenen und den Ehepaaren Ernst und Anna Band, Johann und Marie Cerveny, Bartholomäus und Anna Frick, Alois und Anna Hartl, Martin und Franziska Jandejsk, Leopold und Marie Leutgeb, und Georg und Marie Machner anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien. Ausserdem beglückwünschte Stadtrat Richter das Ehepaar Julius und Marie Albert zum goldenen Hochzeitsjubiläum.

Trauer Sitzung des Fortbildungsschulrates für Nationalrat Widholz. Der am Freitag verstorbene Nationalrat Widholz war seit 1920 Obmann des Fortbildungsschulrates für Wien. Heute abends fand unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hoss im Zentralfortbildungsschulgebäude in der Mollardgasse eine Trauersitzung des Fortbildungsschulrates statt. Obmann Stellvertreter Gemeinderat Täubler hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf, in dem er die grossen Verdienste, die Widholz sich um das Fortbildungsschulwesen und die Jugendfürsorge erworben hat, hervorhob und die Herzensgüte und den lautereren und aufrechten Charakter des Dahingegangenen betonte. Der Nachruf wurde stehend angehört. Die Mitglieder des Fortbildungsschulrates werden sich an der am Dienstag um 3 Uhr nachmittags im Verbandsheim in Mariahilf, Königsegggasse Nr. 10 stattfindenden Trauerfeier beteiligen.



RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H e n a y

371

Wien, Dienstag, den 23. November 1926.

.....  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In dieser Woche wird an Stelle der bisherigen Gasbeleuchtung die elektrische Beleuchtung in folgenden Strassen eingeschaltet werden: Josefstadt in der Zeltgasse, Neudeggasse und Roter Hof; Favoriten am Reumannplatz, Sonnwendgasse von der Landgutgasse bis G u d r u n s t r a s s e und Quellenstrasse von der Karmarschgasse bis Triesterstrasse; Simmering die Kaiserebendorferstrasse bis Weissenböckstrasse, der Weg zum Neugebäude und die Weissenböckstrasse; Hietzing: die Linzerstrasse, Brigittenau die Pragerstrasse und Floridsdorf die Pitkagasse und Floridsdorfermarkt.  
.....

Wien, Mittwoch, den 24. November 1926.

Noch immer nahezu elftausend Arbeiter auf den Gemeindebauten beschäftigt.  
Das ausserordentlich günstige Wetter ermöglicht es der Gemeindeverwaltung auf ihren Bauten ohne jede Einschränkung arbeiten zu lassen. In der letzten Woche wurde sogar die Zahl der direkt auf den städtischen Bauten beschäftigten Personen gegenüber der Vorwoche um 159 vermehrt. Gegenwärtig wird an 62 Wohnhausbauten gearbeitet. Bei diesen Wohnhausbauten sind unmittelbar rund neuntausend Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Eine Auswirkung der günstigen Witterung ist auch die Vermehrung der Strassenbauarbeiten. In der vergangenen Woche beschäftigte die Gemeinde bei der Herstellung der Strassen nicht weniger als 1157 Arbeiter. Auch hier ist eine Steigerung um mehr als hundert Beschäftigte gegenüber der Vorwoche zu verzeichnen. Aehnlich sind die Verhältnisse bei den Kanalbauten, wo gleichfalls die Zahl der beschäftigten Arbeiter vermehrt werden konnte. Insgesamt wurden in der vergangenen Woche auf allen städtischen Baustellen rund elftausend Arbeiter unmittelbar beschäftigt.

Weit grösser ist aber die Zahl der Beschäftigten in den privaten Industriebetrieben, die für die Gemeinde arbeiten, wobei insbesondere die grossen Aufträge für die städtischen Wohnhausbauten entscheidend sind. Die Gemeindeverwaltung hat um eine Linderung der Wirtschaftskrise herbeizuführen, eine Reihe von Bestellungen für die städtischen Wohnhausbauten vorzeitig hinausgegeben. Es wurden nicht weniger als 110.000 Quadratmeter Parkettböden bestellt und auch umfangreiche Bestellungen von Fensterrahmen und Türen gemacht. Die Gemeindeverwaltung wird bekanntlich zu dem Bauprogramm von 25.000 Wohnungen noch ein Ergänzungsprogramm von weiteren fünftausend Wohnungen durchführen; auch für diese Anlagen wurden bereits grössere Bestellungen aufgegeben.

In allen diesen Angaben sind die grossen Bestellungen und Aufträge an die Privatindustrie, die von den städtischen Unternehmungen ununterbrochen erfolgen, nicht berücksichtigt. Auch die Unternehmungen der Gemeinde Wien tragen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wesentlich bei, indem sie Maschinen, Gasmesser, Elektrizitätszähler, Strassenbahnwagen u. s. w. vorzeitig bestellen und dadurch in vielen privaten Unternehmungen den Abbau von Arbeitern nicht nur verhindert, sondern meist eine Neueinstellung verursacht haben.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. An der städtischen Frauengewerbeschule in der Margaretenstrasse 152 werden täglich von 8 bis 14 Uhr Einschreibungen für Abend- und Nachmittagskurse entgegengenommen. Abgehalten werden Kurse für Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten, Frisieren und Konfektionsticken.

Kein Schwerfuhrwerksverkehr in der Langobardenstrasse. Der Magistrat hat verfügt, dass die von der Stadlauerstrasse zum Heldenplatz in Aspern führende Langobardenstrasse, die von der Gemeinde gegenwärtig in Stand gesetzt wird, für den Schwerfuhrwerks- und Lastkraftwagenverkehr gesperrt werde. Diese Fahrzeuge müssen die Erzherzog Karlstrasse benutzen.

Sitzung des Wiener Beirates der Fremdenverkehrskommission. Bürgermeister Seitz hat für Donnerstag um 11 Uhr vormittag den Wiener Beirat der Fremdenverkehrskommission für Wien und Niederösterreich einberufen. Die Sitzung wird im Gemeinderats-Sitzungssaal abgehalten werden. Die Fremdenverkehrskommission wird den Beirat einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit vorlegen und ein Arbeitsprogramm für die Wintersaison 1926/27 und die Sommersaison 1927 entwickeln.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y373  
Zweite Ausgabe.

Wien, Mittwoch, den 24. November 1926.

Vorsprache der Gastwirte im Rathaus. Unter Führung des Vorstehers Holzmann sprach heute beim städtischen Finanzreferenten eine Abordnung der Genossenschaft der Gastwirte vor, um die Aufhebung oder zumindest eine Ermässigung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe zu verlangen. Sowohl der Vorsteher als auch Kammerrat Stegbauer legten dar, dass die Lage der gastwirtschaftlichen Betriebe sich fortwährend verschlechtert. Die Ueberwälzung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe sei wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Konsumenten nicht mehr möglich und die Abgabe müsse aus der eigenen Tasche getragen werden. Die Verschuldung der Gastwirte bei den Brauereien nehme immer mehr zu und erst in der letzten Zeit sind nicht weniger als dreissig Zahlungseinstellungen zu verzeichnen gewesen. Die triste Lage des einst so blühenden Gewerbes erfordere die verlangten Steuernachlässe. Stadtrat Breitner entgegnete, dass von den 3521 in Betrieb befindlichen Gasthauskonzessionen, wobei die auf Bars und Kaffeehäuser entfallenden Konzessionen nicht mitgerechnet sind, nur 767 in die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe eingereiht wurden. Daraus ergibt sich, dass nicht weniger als achtzig Prozent aller Wiener Gasthäuser von der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe vollkommen befreit sind. Es könne daher absolut nicht, wie dies in der Öffentlichkeit immer wieder geschehe, davon gesprochen werden, dass die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe den Charakter einer Warenumsatzsteuer trage. Aber auch von einer fünfzehnprozentigen Abgabe zu sprechen sei unangebracht. Von den 767 Gasthäusern, die gegenwärtig Nahrungs- und Genussmittelabgabe entrichten, zahlen 385, also die volle Hälfte, nicht mehr als anderthalb bis drei Prozent Steuer. Mehr als zehn Prozent zahlen nur 71 Betriebe in ganz Wien. Der Magistrat ist immer bestrebt mit der Genossenschaft einvernehmlich zu arbeiten und vielfache Hinweise auf zu hohe Prozentsätze wurden im Wege von Verhandlungen berücksichtigt. Das Verlangen der Genossenschaft, das durch die Form der Pauschalierung die Gastwirte von der Notwendigkeit entoben werden, die vom Magistrat vorgeschriebenen Aufzeichnungen zu führen, sei gleichfalls in weitgehendem Masse Rechnung getragen worden. So waren im November 1925 nur vierzehn Betriebe pauschaliert. Gegenwärtig beträgt die Zahl der pauschalierten Gaststätten 228. Die Gemeinde bemüht sich durch niedrige Gas- und Strompreise und durch die billige Abgabe von Wasser an die Gasthäuser - für tausend Liter werden nur vier Groschen eingehoben - die Betriebskosten der Gastwirte zu verringern. Ebenso wird von der Gemeindeverwaltung eine überaus rege Propaganda für den Fremdenverkehr betrieben, wozu sehr namhafte Summen aufgewendet werden. Auf diesem Gebiet sind bereits sehr namhafte Erfolge zu verzeichnen, die nicht zuletzt den Gaststätten zugute kommen. Ein Verzicht auf die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe sei aber mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde vollständig ausgeschlossen. Auch die von der Abordnung erwähnte Möglichkeit, dass radikale Elemente sich der Führung bemächtigen könnten, kann die Gemeinde zu keiner Aenderung ihrer Stellungnahme veranlassen.

Die Abordnung ersuchte nochmals nach Möglichkeit der schwierigen Lage der gastgewerblichen Betriebe Rechnung zu tragen.

Beschwerden über Tierquälereien in St. Marx. Zu der am Dienstag vom Wiener Tierschutzverein veranstalteten Versammlung, in der über Tierquälereien im Schlachthaus St. Marx berichtet wurde, stellt die zuständige Magistratsabteilung folgendes fest: In der Versammlung wurden die Zustände auf den Wiener Viehmärkten und Schlachtstätten vielfach übertrieben dargestellt.

Es ist klar, dass das Schlachten von Tieren kein humaner Akt ist und in den städtischen Schlachthäusern wurde seit jeher darauf gesehen, dass die Tiere möglichst gut behandelt werden. Schon lange vor der vom Tierschutzverein einberufenen Versammlung haben der Magistrat und die Polizei alles getan, um Tierquälereien unmöglich zu machen. Die Gemeindeverwaltung hat in den letzten Jahren unablässig an der Modernisierung der veralteten St. Marxer Anlagen gearbeitet. Diese Ausgestaltung wird selbstverständlich fortgesetzt werden. Bei dem grossen Betrieb kann nicht bestritten werden, dass manche Tierquälerei vorkomme, doch sind die immer wieder zu hörenden Angaben stark übertrieben. Es darf auch nicht übersehen werden, dass viele Vorkommnisse dem Laien als Tierquälerei erscheinen, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Erst am 30. Oktober hat der städtische Wirtschaftsreferent Stadtrat Kokrda eine Sitzung einberufen, in der nicht allein die leitenden Beamten der Viehmärkte und Schlachtstätten, sondern auch der Wiener Tierschutzverein durch seinen Präsidenten Dr. Melkus und Sekretär Ehn, die Organisationen der Markthelfer und Lebensmittelarbeiter, das Gremium der Viehhändler, die Genossenschaften der Pferdefleischhauer und Pferdehändler und die Polizei vertreten waren. In dieser Besprechung wurde sehr eingehend die Frage der Abschaffung jeglicher Tierquälerei in St. Marx behandelt. Dabei zeigte es sich, dass die Vertreter der Markthelfer sich sehr bitter über die bei dem geringsten Anlass verhängten drakonischen Strafen beklagten. Die Markthelfer werden mit Beträgen bis zu einer halben Million Kronen bestraft. Die Organisation der Markthelfer biete alles auf, um Tierquälereien zu vermeiden. Es sei aber oft notwendig einen wild gewordenen Stier, was täglich vorkommt, mit Gewalt auszuladen. Auch in solchen Fällen wird der betreffende Markthelfer bestraft, der dabei sein Leben aufs Spiel setzt. Die Marktantsbeamten erklärten in dieser Besprechung, dass die Behauptung der Vertreter des Tierschutzvereines über Misshandlung von Tieren durch marktfremde Personen, insbesondere Frauen, vollkommen unrichtig sei. Das Marktamt schreite bei jeder vorgekommenen Rohheit sofort ein und erstatte die Strafanzeige an das zuständige Bezirksamt. Es werden eigene Razzien abgehalten und auch die Polizei habe einen eigenen Dienst organisiert. Bei wiederholten Anständen werden die betreffenden Markthelfer vom Markt gewiesen. Als Ergebnis dieser Besprechung konnte Stadtrat Kokrda feststellen, dass alle in Betracht kommenden Faktoren alles aufwenden werden, um Tierquälereien in St. Marx zu vermeiden. Insbesondere sei die Erklärung des Vertreters der Organisation der Markthelfer zu begrüssen, nach der die Gehilfenschaft den Bemühungen nach Abstellung von Tierquälereien volles Verständnis entgegenbringe und alles unternehmen werde, um den Magistrat zu unterstützen. Das Marktamt werde gegen Personen, die wiederholt wegen Tierquälerei bestraft sind, mit der Entziehung der Lizenz vorgehen. Der Magistrat werde in St. Marx weiter technische Neuerungen durchführen, um so auch den modernsten Ansprüchen Rechnung zu tragen. Verschiedene Versuche wurden wiederholt gemacht; es müsse aber gesagt werden, dass sich nicht alles, was der Tierschutzverein angeregt hat, bewähre. So haben sich die schwedischen Schweinefallen nicht als praktisch erwiesen. Die Gemeindeverwaltung werde aber neue Versuche durchführen. Sie hoffe bei allen Massnahmen auf die verständnisvolle Mitwirkung der Markthelfer und der in Betracht kommenden Genossenschaften.

Wien, Donnerstag, den 25. November 1926.

Der Wiener Beirat der Fremdenverkehrskommission für Wien und Niederösterreich hielt heute im Sitzungssaal des Gemeinderates unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz eine Beratung ab. Es wurde ein ausführlicher Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission erstattet, an den sich eine eingehende Aussprache knüpfte. Der Bericht wurde mit Befriedigung einhellig zur Kenntnis genommen. Der Beirat beschäftigte sich dann mit dem Programm für die Wintersaison 1926/27 und die Sommersaison 1927. Vizebürgermeister Emmerling und Generaldirektor Müller behandelten die zahlreich von den Mitgliedern des Beirates vorgebrachten Wünsche und Anregungen. Es wurde dann einstimmig die Abhaltung der Wiener Festwochen genehmigt. Das Programm dieser Festwochen ist noch nicht gänzlich ausgearbeitet, doch ist schon gegenwärtig eine sehr reichhaltige Übersicht möglich.

#### Die Wiener Festwochen.

Die Festwochen in Wien und Niederösterreich werden voraussichtlich in der Zeit vom 5. bis 19. Juni abgehalten werden. Die Entscheidung, ob mit Rücksicht auf das überreiche Programm, das für diese Zeit bereits zur Verfügung steht, nicht eine Verlängerung um eine Woche vorgenommen werden soll, wird in den nächsten Tagen erfolgen.

von  
der Bundestheaterverwaltung ist der Fremdenverkehrskommission die Aufstellung eines besonders zugkräftigen Programmes für die Festwochen in Aussicht gestellt worden. Das Operntheater plant Festvorstellungen, in deren Rahmen Werke von Mozart bis Strauss aufgeführt werden sollen. Das Burgtheater hat einen Zyklus "Meisterspiele deutscher Literatur" ins Auge gefasst. Eine Aufführung des "Faust" sowie die Aufführung mehrerer Grillparzer Werke ist geplant. Auch zeitgenössische österreichische Dramatiker wie Bahr, Schnitzler, Schönherr, Wildgans u.s.w. sind geplant. Die Veranstaltung einer Reihe von Konzerten - darunter solche unter freiem Himmel - ist in Aussicht genommen.

#### Alte Musik in alten Sälen.

Unter der Voraussetzung, dass die Fremdenverkehrskommission von den massgebenden Stellen die in Betracht kommenden Säle zur Verfügung gestellt erhält, wird eine Gruppe von Konzerten veranstaltet werden, die alte Musik in alten Sälen bringen soll. Darunter dürften von besonderer Anziehungskraft für die musikalischen und gesellschaftlichen Kreise der ganzen Welt historisch getreue Wiedergaben von Uraufführungen in jenen Räumlichkeiten sein, in denen diese Uraufführungen seinerzeit stattgefunden haben. Von Mozart sollen jene Symphonien im Angarten aufgeführt werden, die er selbst dort dirigiert hat. Ferner ist beabsichtigt, Mozarts Bearbeitung des "Messias" im Prunksaal der Nationalbibliothek aufzuführen, wo Mozart die erste Aufführung dieser Bearbeitung selbst geleitet hat. Mozarts Kammeroper "Der Schauspieldirektor" soll an jenem klassischen Orte wieder aufgeführt werden, wo sie ihre ursprüngliche Aufführung erlebte: im Schönbrunner Schloss. Orchesterkonzerte von Haydn und Beethoven an den Stätten ihrer ersten Aufführungen sollen diese Reihe ergänzen. Auch Haydn's "Schöpfung" soll in einem alten Wiener Saale gegeben werden. Der Gedanke dieser Veranstaltungen ist, ein musikalisches Gegenstück zum Wiener Barockmuseum zu schaffen: wie in diesem die Kunstwerke des Barock im barocken Rahmen gezeigt werden, so soll durch jene Aufführungen die Musik in die Räume ihrer eigenen Zeit gestellt werden.

#### Mehrere Ausstellungen.

Ausser der grossen Wiener Ausstellung, deren ungefähres Programm bereits bekannt ist, werden während der Festwochen mehrere andere Ausstel-

lungen abgehalten werden. Die Genossenschaft der bildenden Künstler plant eine grosse Kunstausstellung, die Oesterreich und die Nachfolgestaaten umfassen soll. Die Vereinigung bildender Künstler "Wiener Secession" wird zu dieser Zeit ihre Frühjahrsausstellung abhalten. Die "Kunstgemeinschaft" hat eine Ausstellung im Glaspalast des Burggartens, der Künstlerbund "Segantini" hat eine Ausstellung "Wien im Bilde" im Aeusseren Burghof zugesagt. Die Künstlervereinigung "Kunstschau" veranstaltet im Oesterreichischen Museum eine Ausstellung moderner Gemälde und Plastiken, die einen Ueberblick über die österreichischen Bestrebungen auf allen Gebieten der bildenden Kunst und des Kunstgewerbes geben soll. Auch der Künstlerbund "Hagen" wird eine Ausstellung abhalten.

#### Die sportlichen Darbietungen.

Das grosse Interesse, welches dem Sport in der ganzen Welt entgegengebracht wird, wird durch Veranstaltung grosser Sportfeste ausgenützt werden. Der Hauptverband für Körpersport wird während der Festwochen das Schwimmen und das Laufen "Quer durch Wien" abhalten. Ferner wird ein internationales leichtathletisches Meeting und ein internationales Tennisturnier stattfinden. Auch die Veranstaltung von Hockeywettspielen und eines der grossen Fussballländerspiele sowie des Frauensportfestes ist geplant. Zur Zeit der Festwochen findet auch das Derby und das Rennen um den grossen Modepreis statt. Der Wiener Poloklub beabsichtigt während der Festwochen internationale Polospiele zu veranstalten. Es sollen grosse Meetings, in denen neben Wiener Teams ein Hamburger, ein Berliner, ein englisches und eventuell ein amerikanisches mitwirken werden veranstaltet werden. Im Badner Strandbad soll ein Strandfest, auf dem Semmering ein Frühlingfest abgehalten werden.

#### Jeder Wiener ladet mindestens einen Fremden ein.

Es wird jedem Wiener die Möglichkeit geboten werden, seine Freunde im Auslande auf die Veranstaltung der Wiener Festwochen kostenlos aufmerksam zu machen. Jeder, der in Wien lebt, hat im Auslande Verwandte, Studien- und Berufskollegen, mit denen er irgendwie in Verbindung steht. Es werden Drucksorten aufgelegt werden, durch die die Wiener ihre Freunde im Auslande auf die Festwochen aufmerksam machen und in denen auch die ungefähren Preise für einen Aufenthalt in Wien und Umgebung angeführt sind. Der Wiener hat also lediglich seine Freunde im Auslande auf die Festwochen aufmerksam zu machen.

Diamantene Hochzeit. Volksschuldirektor i.R. Josef Fiebiger und seine Gattin feiern heute in voller körperlicher und geistiger Gesundheit und Frische ihre diamantene Hochzeit, beglückwünscht von ihren Söhnen dem Stadtbaudirektor i.R. Ingenieur Max Fiebiger, dem o. Professor der tierärztlichen Hochschule med. Dr. Josef Fiebiger, dem früheren Artillerie-Direktor von Pola, Obersten Marine-Ingenieur Hugo Fiebiger, deren Gattinnen, von ihrer Tochter der städtischen Lehrerin Marie Fiebiger, ihren Enkeln und Urenkeln und zahlreichen Freunden.

Verminderter Wasserdruck in einigen Bezirken. Der im Schönbrunner Vorpark neu eingebaute Wasserleitungsrohrstrang wird nummehr in die Zuleitung des Schmelzer Wasserbehälters eingeschaltet. Diese umfangreiche Arbeit dauert vom Samstag, dem 27. November bis Freitag, den 3. Dezember, trotzdem sie ohne Unterbrechung Tag und Nacht durchgeführt wird. Es muss deshalb der Wasserbehälter Schmelz für diese Zeit ausser Betrieb gesetzt werden. Dadurch wird in der Inneren Stadt, in Mariahilf, Neubau, Alsergrund, Rudolfsheim und Fünfhaus und für die unmittelbar an den Gürtel angrenzenden Teile von Favoriten Ottakring, Hernals, Währing und Döbling der Wasserdruck etwas vermindert werden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass in einzelnen dieser Bezirke leichte Trübungen des Wassers vorkommen. Für die angegebene Zeit muss auch die Bespritzung der Strassen in den erwähnten Bezirken eingestellt werden.

Wien, am Donnerstag, den 25. November 1926.

Die Lustbarkeitsabgabe vom Palmenhaus und der Schönbrunner Menagerie

Nach dem novellierten Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe unterliegen nunmehr Schaustellungen, insbesondere gegen Eintrittsgebühr, dieser Abgabe. Die Befreiungsgründe sind im Gesetz aufgezählt, treffen aber auf Palmenhaus und Menagerie nicht zu. Insoweit die Schuljugend freien Zutritt hat, entfällt selbstverständlich jede Besteuerung. Die Gemeindeverwaltung muss aber darauf beharren, dass die anderen Besucher gleich denen von Theater und Konzerten zu den Notwendigkeiten des Gemeinwesens beitragen. Im Vergleich zu den von der Bundesverwaltung eingehobenen Eintrittsgebühren spielt die städtische Abgabe selbstverständlich keine entscheidende Rolle und macht nur mehrere Groschen aus. Im Übrigen aber ist festzustellen, dass der Bund gegenüber der Gemeinde von seinen Steuerrechten vollen Gebrauch macht. So geniesst die Stadt Wien, wenn es sich beispielsweise um den Transport von Kohle für die städtischen Wärmestuben handelt, nicht die bescheidendste Frachtbegünstigung. Die früher bestandene Portofreiheit wurde restlos aufgehoben, die bis zum Vorjahr bestandene Ermässigung für Telephone ist ohne Rücksicht ob es sich um Humanitätsanstalten handelt, entzogen worden. Der Bund besteuert sogar die öffentliche Strassenbeleuchtung mit Milliarden. Wenn der Bund bereit sein sollte, der Gemeinde in diesen Beziehungen Entgegenkommen zu zeigen, so würde gewiss auch umgekehrt über Steuernachlässe für den Bund sehr leicht eine Vereinbarung zu erzielen sein. Gegenüber der Behauptung, dass die Menagerie in Schönbrunn nicht bestehen könne, wird festgestellt, dass die Gemeindeführung sich wiederholt bereit erklärt hat, diese <sup>wienerische</sup> Einrichtung, ebenso wie den Prater zu übernehmen und dadurch den dauernden Bestand zu sichern...

Wien, Freitag, den 26. November 1926.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1927.Investitionen: 208,7 Milliarden.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das kommende Verwaltungsjahr ist fertiggestellt und gelangt heute an die Mitglieder des Gemeinderates zur Versendung. In einer heute abgehaltenen Pressekonferenz gab der Finanzreferent Stadtrat Breitner ein Bild des Aufbaues des nächstjährigen Budgets und der wichtigsten Ausgabenposten, sowie einiger in Aussicht genommener Steuererleichterungen.

Im Voranschlage nicht enthalten ist eine grosse Einnahmen- und eine sehr bedeutende Ausgabenpost. Die Landesbieraufgabe, an deren Beschlussfassung der Wiener Landtag am Montag schreiten wird, konnte noch nicht ins Budget aufgenommen werden, weil die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Höhe der Biersteuer zur Zeit der Drucklegung noch nicht beendet waren. Die Einnahmenseite wird dadurch eine Verbesserung um rund zehn Millionen Schilling erfahren. Hingegen fehlen jene Aufwendungen im Budget, die sich im Zusammenhang mit der vom Bund vorgenommenen Bezugsregulierung ergeben werden. Die Verhandlungen mit der Angestelltenschaft haben begonnen, sind aber noch nicht zum Abschluss gediehen.

Mit diesen beiden Einschränkungen ist festzustellen, dass das Gesamterfordernis S 481,565.270 beträgt (1926: S 437,276.130). Die Ausgaben weisen demnach eine Steigerung von 44 Millionen Schilling oder zehn Prozent gegenüber dem Vorjahre auf. Die Einnahmen sind mit 411,188.360 S veranschlagt. (1926: S 374,598.310). Gegenüber 1926 ist eine Zunahme um 40 Millionen Schilling oder gleichfalls etwa zehn Prozent zu verzeichnen.

Wertvermehrende Investitionen: S 208,703,060.

Wie in den vergangenen Jahren, so gehen auch für 1927 die Investitionen dem ganzen Budget das Gepräge. Im Vergleich zu dem heurigen Jahr, in dem die Investitionen mit 161 Millionen Schilling veranschlagt erscheinen, ist noch die gewaltige Steigerung um <sup>47.6</sup> Millionen Schilling erfolgt. Darin drückt sich das ausserordentliche Arbeitsprogramm aus, das in das Budget verarbeitet und bei den einzelnen Posten durch einen besonderen Hinweis kenntlich gemacht worden ist. Ein Teil der Arbeiten des ausserordentlichen Programmes belastet noch das Verwaltungsjahr 1926. So beispielsweise die bereits hinausgegebenen grossen Bestellungen der Colonia-Kübel, für Elektromaterial, die beschleunigte Durchführung der elektrischen Strassenbeleuchtung, umfangreiche Pflasterungen, die so lange fortgesetzt werden, als es der Witterungsverlauf irgendwie gestattet. Mit einem grossen Teilbetrage - nämlich bei den Wohnhausbauten - wird das ausserordentliche Programm noch im Jahre 1928 wirksam sein.

Von den 208,7 Millionen Investitionen entfallen 151 Millionen Schilling auf die Hoheitsverwaltung und 57,7 Millionen Schilling auf die städtischen Unternehmungen. Mehr als ein volles Drittel der gesamten Einnahmen, nämlich 36,22 Prozent fliessen bei der Hoheitsverwaltung in Form der wertvermehrenden Investitionen wieder der Wirtschaft zu. Die gesamten Gemeinde- und Landesabgaben liefern ein Erträgnis von 161 Millionen Schilling. Nahezu der gleiche Betrag gelangt als Investitionsausgaben in die Hände von Industrie und Gewerbe. Das Bild wird noch günstiger, weil sehr grosse Ausgabebeträge, die zwar nicht den Charakter der Wertvermehrung tragen, eigentlich noch hinzugerechnet werden müssen.

So beispielsweise der Aufwand für Gebäudeerhaltung mit S 8,383.910, das Kostenerfordernis für den regulären Strassenbau im Ausmasse von 13,2 Millionen Schilling, Kanalbauten um 2,4 Millionen Schilling.

Steuererleichterungen.

Der Gebärungsabgang beträgt S 67,376.910 und wird durch Verweisung auf die Kassabestände gedeckt. Wie der in den nächsten Tagen herauskommende Rechnungsabschluss für 1925 zeigen wird, sind der Gemeinde vom Bund nicht veranschlagt gewesene Einnahmen von über 80 Millionen Schilling zugeflossen. Das macht es möglich auch im nächsten Jahre mit den Kassabeständen das Auslangen zu finden. Es werden also keine Steuererhöhungen vorgenommen, vielmehr treten noch einige Erleichterungen ein. Die Theater, die heuer durch acht Monate den begünstigten Satz von fünf Prozent für Prosa- und Opernaufführungen, von zehn Prozent für Operetten genossen haben, sollen unter der Voraussetzung des ganzjährigen Betriebes dauernd diese Abgabesätze zuerkannt erhalten. Damit ist für dieses Gebiet eine endgültige Regelung erfolgt. Weitere Abänderungen sind nicht mehr geplant. Eine Abgabe von fünf beziehungsweise für die leistungsfähigere Operette und Revue von zehn Prozent kann keineswegs mehr als drückend bezeichnet werden und ist sogar niedriger als in den meisten Teilen des Auslandes. Bei den Variétés, sofern es sich nicht um Saisonbetriebe handelt, soll die Möglichkeit einer Ermässigung auf zwanzig Prozent statt bisher dreihundzwanzig Prozent geschaffen werden.

Die freiwilligen Feilbietungen unterliegen gegenwärtig einer Abgabe von sieben Prozent. Der Stadtsenat wird ermächtigt werden, die Steuer auf fünf Prozent zu ermässigen. Auf diese Weise soll das Abwandern von Versteigerungen ins Ausland hintangehalten werden. Voraussetzung eines Erfolges ist allerdings, dass auch die staatlichen Gebühren eine Herabsetzung erfahren. Das Festhalten der Auktionen in Wien ist gleich der Begünstigung der Theater eine Massnahme zur Hebung des Fremdenverkehrs.

In dieses Gebiet gehört es auch, dass der Versuch unternommen wird, den nach § 6 des Fremdenzimmerabgabegesetzes eingereichten Betrieben, die bereit sind, ihr ganzes Haus während der beiden Messen und bei sonstigen Anlässen, wie grosse Kongresse, Sänger- und Turnerfeste u. dgl. der regulären Fremdenbeherbergung zur Verfügung zu stellen, eine Steuerbegünstigung zu gewähren. Für diese Hotels soll der Stadtsenat die gegenwärtig 25 Prozent betragende Zusatzabgabe bis auf 15 Prozent herabsetzen können. Dies jedoch unter der Bedingung, dass nachweisbar in dem betreffenden Steuerjahr ein der Ermässigung zumindest entsprechender Betrag in Form von Investitionen, Inventaranschaffungen u. dgl. zur Verbesserung des Hotels verwendet worden ist. Diese Erleichterung ist das Ergebnis vielfacher Versprachen und Verhandlungen der "Interessengemeinschaft der Wiener Hoteliers".

Bei der Automobilabgabe wird an Stelle der gegenwärtig geltenden vierteljährigen Abmeldungsfrist die monatliche treten, was einer vielfach gewünschten Erleichterung entspricht. Die Kraftwagenabgabe wird ausdrücklich als eine Zwecksteuer erklärt werden, die zur Erhaltung der Wiener Strassen bestimmt ist. Der Ertrag der Automobilabgabe reicht allerdings nicht einmal zur Deckung eines Drittels des Aufwandes für den Strassenbau hin. Gegenüber den unausgesetzten Bestrebungen, dem Lande Wien die Automobilabgabe wegzunehmen, um damit Bundesstrassen herzurichten, wird durch diese Zweckwidmung klar zum Ausdruck gebracht, dass die Folge einer solchen Schwächung der Einnahmen Wiens selbstverständlich nur die sein konnte, dass statt der Bundesstrassen die Wiener Strassen vernachlässigt werden.

Der Personalaufwand.

Die Gesamtzahl der aktiven Angestellten und Lehrpersonen der Gemeinde beträgt ohne die städtischen Unternehmungen 25.040 und ist gegenüber 1926 um 77 kleiner. Hingegen ist die Anzahl der Pensionsparteien von 9255 auf 9577 gestiegen. Der gesamte Personalaufwand für das Jahr 1927 stellt sich mit Ausschluss der städtischen Unternehmungen auf 153 Millionen Schilling gegen 144 für heuer. Dabei sind aber die durch die Angleichung an die Bundesmassnahmen erwachsenden Mehrausgaben noch nicht berücksichtigt

Finanzwesen:

Auf Grund der tatsächlichen Steuererträge der ersten zehn Monate sind die Gemeinde- und Landesabgaben für 1927 errechnet worden. Der voraussichtliche Gesamteingang wird nur um 7½ Millionen Schillinge höher veranschlagt als 1926. Die Zeit der sprunghaften Ertragssteigerungen ist vorüber. Es erscheinen, unter Hinzufügung der Ansätze für 1926, die Steuern in den folgenden Ausmassen veranschlagt:

Grundsteuer.....	S	480.000	(480.000)
Wohnbausteuer.....	"	35,300.000	(34,150.000 S)
Fürsorgeabgabe.....	"	68,000.000	(66,000.000 ")
Lustbarkeitsabgabe.....	"	13,500.000	(12,000.000 ")
Nahrungs-oder Genussmittel- abgabe.....	"	13,000.000	(13,000.000 ")
Fremdenzimmerabgabe.....	"	4,500.000	( 3,500.000 ")
Wertzuwachsabgabe.....	"	6,500.000	( 6,000.000 ")
Plakatabgabe.....	"	750.000	( 750.000 ")
Anzeigenabgabe.....	"	4,000.000	( 3,000.000 ")
Hauspersonalabgabe.....	"	2,500.000	( 2,500.000 ")
Kraftwagenabgabe.....	"	4,400.000	( 4,500.000 ")
Pferdeabgabe.....	"	45.000	( 48.000 ")
Hundeabgabe.....	"	1,000.000	( 1,080.000 ")
Feuerversicherungsabgabe..	"	2,800.000	( 2,500.000 ")
Feilbietungsabgabe.....	"	300.000	( 400.000 ")
Konzessionsabgabe.....	"	250.000	( 180.000 ")
Wasserkraftabgabe.....	"	3,400.000	( 3,200.000 ")
Zuschläge zu den Immobili- ergebühren des Bundes.....	"	1,596.000	( 1,612.000 ")
Zuschläge zu den Rennge- bühren.....	"	700.000	( 900.000 ")

Nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen wurden die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit Schilling 104,789.000 eingesetzt. Das bedeutet gegenüber dem heurigen Jahr eine Steigerung um S 15,750.000.

Wohlfahrtspflege.

Die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege werden sich im Jahre 1927 auf 73,3 Millionen Schilling belaufen. Für 1926 waren 67,6 Millionen Schilling veranschlagt. Die Steigerung beträgt 5,7 Millionen Schilling. Vergleicht man indess den Aufwand für den laufenden Betrieb der Wohlfahrtspflege, so ist die Steigerung noch wesentlich grösser. Im Vorjahr war nämlich im Zusammenhang mit dem damaligen Stand der Wohnhausbauten die Errichtung von 37 neuen Kindergärten und 13 neuen Horten im Budget eingesetzt, während im nächsten Jahr bloss sieben Kindergärten und vier Horte hinzukommen. Die langandauernde Arbeitslosigkeit macht sich eben im Gemeindehaushalt nicht nur durch die ausserordentlich gestiegenen Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung geltend, sondern tritt in fast allen Rubriken des Fürsorgewesens in Erscheinung. Der Kreis der Bedürftigen, der sich in den Nöten des Lebens an die Gemeinde wendet, wird unausgesetzt grösser. Familien, die bei der Vollbeschäftigung des Mannes auch noch einen alten Vater, eine alte Mutter erhalten

konnten, nun aber auf die karge Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, sehen sich genötigt, ein solches Familienmitglied in das Versorgungshaus zu bringen oder doch zumindest einen Unterhaltsbeitrag zu beanspruchen. Ganz die gleiche Erscheinung im Bezug auf Kinder, bei den Verpflegskosten in den Spitätern, bei der Inanspruchnahme von Kleidungsstücken, Arzneien oder Ausspeisung auf Kosten der Armenfürsorge. So kommt es, dass die Erhaltungsbeiträge, die heuer mit 6,7 Millionen Schilling das Budget belasteten, für 1927 mit 8,4 Millionen Schilling veranschlagt werden mussten. Eine Steigerung um mehr als ein volles Viertel! Die Führung der Versorgungshäuser wird 9,8 Millionen Schilling erfordern, gegenüber 8,8 Millionen Schilling in diesem Jahre. Nicht anders, leider noch schlechter sieht es bei den Irrenhäusern aus. Die Geldausgabe weist eine Steigerung um mehr als 1,2 Millionen Schilling auf. Der Belagraum ist auf das Aeusserste ausgenützt und unter den Ursachen der Ueberstellung nimmt der Alkohol einen immer breiteren Raum ein. Es muss bei diesem Anlasse neuerlich und eindringlich auf den nachgerade unerträglichen Skandal hingewiesen werden, dass gewisse Auslandstaaten sich hartnäckig der Zahlung der Verpflegskosten für ihre notleidenden Staatsangehörigen entziehen. Es sind dies vor allem die österreichischen Nachbarstaaten, in erster Reihe Polen, Ungarn und Jugoslawien, dann auch Rumänien. 260 Insassen von Irrenanstalten und etwa 80 Pflegelinge der Versorgungshäuser fallen auf diese Weise unrechtmässig zur Last. Auch in den Kinderheimen gibt es solche Ausländer. Mehr als sechs Milliarden müssen die Wiener Steuerträger für diesen Zweck jahraus, jahrein opfern. Alle Bemühungen, die Polen, Ungarn, Jugoslawen, Rumänen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen, waren ganz erfolglos. Es wird der Gemeinde nichts anderes übrig bleiben, als den Gesandtschaften dieser Länder ihre Staatsangehörigen einfach eines Tages zur weiteren Obsole zu überstellen.

Die Fürsorge für die Tuberkulotiker erfährt auch im nächsten Jahre eine Ausgestaltung. Fünfzig weitere Betten in Alland und Krems kommen hinzu. Die Gesamtausgaben für diesen Zweig erreichen die respektable Höhe von fünf Millionen Schilling. Auch die Zahl der Stipendien erfährt eine Erhöhung um zwanzig.

Zum erstenmal wird in der Gruppe der Wohlfahrtseinrichtungen die Förderung von Sport und Körperkultur verrechnet. Bisher sind die Ausgaben in verschiedenen Gruppen des Budgets verstreut gewesen. Nun trägt die Gemeinde der ausserordentlich hohen Bedeutung des Sportes, der körperlichen Erleichterung der Menschen und insbesondere der heranwachsenden Jugend durch systematische Eingliederung in das Gesundheitswesen Rechnung. Die Ausgaben erreichen nahezu zwei Millionen Schilling. Darunter befinden sich die Ausgestaltung der ehemaligen Filmfabrik Dreamland auf der Hohen Warte zu einer Sportanlage mit 400.000 Schilling; die Errichtung eines Schwimmbades am Kongressplatz mit 530.000 S; Turn- und Spielplätze in städtischen Gartenanlagen 400.000 S; die Schaffung von vier neuen Kinderfreibädern und die Betriebskosten mit 460.000 S; die Führung von 31 Spielplätzen, von denen zwölf im Winter als Eislaufplätze verwendet werden mit 142.000 S; schliesslich Subventionen zur Förderung von Sport und Körperkultur mit 66.000 S. Wie man sieht, finden die aus der Besteuerung des Fussballsportes fliessenden Einnahmen ihre zweckdienliche Verwendung.

118 Millionen Schilling für Wohnhausbauten.

Es ist der höchste Betrag, der jemals in einem Voranschlag der Stadt Wien für Wohnbauzwecke eingesetzt gewesen ist. 1924 wurden 64 Millionen Schilling, 1925 bereits 96 Millionen Schilling tatsächlich verausgabt. 1926 werden es rund 106 Millionen Schilling sein. Es wird also die Gemeinde von 1. Jänner 1924 bis 31. Dezember 1926 volle 266 Millionen Schilling dem Wohnhausbau zugeführt haben. Diese grossen Ziffern, die zu Anfang vielfach Unglauben beggneten, sind in der Form der in allen Be-

starken geschaffenen Wohnhausanlagen und Siedlungen lebensvolle Wirklichkeit geworden. Die Gemeindeverwaltung setzt alle Energien des technischen Apparates, die ganze finanzielle Kraft darauf, das im Herbst 1923 gegebene Versprechen vorzeitig einzulösen. Die 118 Millionen Schilling des Jahres 1927 entsprechen den Baukosten von neuntausend Wohnungen.

#### Die städtischen Unternehmungen.

Das Brauhaus der Stadt Wien ist mit einer Abfuhr von 172.000, die städt. Inkündigungsunternehmung mit einer solchen von 80.000 Schilling an die Kassen der Gemeinde im Budget vertreten. Hingegen verbleiben die bescheidenen Ueberschüsse, mit denen die Gas- und Elektrizitätswerke, die Leichenbestattung rechnen, bei diesen Unternehmungen, da die Gemeinde die Betriebe ohne Gewinnabsicht führt. Die Strassenbahn vermag mit ihren noch lange nicht valorisierten Tarif nicht das Auslangen zu finden. Insbesondere macht sich geltend, dass das freie Benützungsrecht der Stadtbahn ohne jede Aufzählung zwar für das Publikum einen sehr grossen Vorteil darstellt,

aber keine Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals bringt. Wohl ist bei der Strassenbahn auch für 1927 eine weitere Steigerung des Verkehrs, wie dies tatsächlich in den letzten Jahren unausgesetzt der Fall gewesen ist, veranschlagt, trotzdem aber können die Strassenbahnen die notwendigen Wertabschreibungen nicht verdienen und stehen überdies einem Gebarungsabgang von 1.6 Millionen Schilling gegenüber. Dennoch plant die Gemeindeverwaltung keine Erhöhung der Tarife, sondern will versuchen, durch noch weitere Oekonomisierung des Betriebes das Auslangen zu finden. Ebenso ist bei den Gas- und Elektrizitätswerken ungeachtet der starken Steigerung der Kohlenpreise eine Hinaussetzung der Preise nicht geplant.

#### Aus den Investitionen.

Eine Fülle von neuen Einrichtungen und wertvollen Verbesserungen wird durch das umfassende Investitionsprogramm ermöglicht werden. Neben dem schon eingehend behandelten Wohnungs- und Siedlungswesen seien hervorgehoben: Die Errichtung eines Volksbades am Genochplatz im 21. Bezirk mit einer ersten Bau-rate von 500.000 Schilling. Die Errichtung eines Wannensbades im Volksbad VII (115.000 Schilling), Ausgestaltung des Brausebades erster Klasse in den Volksbädern XIV, XVII, XX (214.000 Schilling), Erweiterung und Ausgestaltung des Herrendampfbades im Theresienbad (85.000 Schilling). Der ehemalige Schmelzer und der frühere Söbblinger Friedhof werden in Gartenanlagen umgewandelt. Nächst der Floridsdorfer Brücke im XXI. Bezirk soll ein Wasserpark mit Spielwiesen und Badegelegenheiten geschaffen werden. Eine grosszügige Ausgestaltung wird jetzt der wüste Kongressplatz im XVII. Bezirk erfahren. 1.170.000 Schilling werden verwendet werden, um eine Gartenanlage mit Turn- und Spielplätzen und ein Badesbad im Freien zu schaffen, wie dies in ähnlicher Ausdehnung in Wien bisher noch nicht der Fall war. Die einstige Brigittabrücke, die in Simmering ihren neuen Standort finden soll, erscheint mit 1.9 Millionen Schilling im Voranschlag. Hoffentlich wird es auch gelingen, die gegenwärtig noch bestehenden Unstimmigkeiten mit dem Bundesministerium für Handel als dem Verwalter des Praters zu bereinigen. Sehr grosse Aufwendungen erfolgen für die Wasserversorgung. Mehr als fünf Millionen

Schilling sind vorgesehen, um in gewissen Gebietsteilen Wiens neue Rohrleitungen zu vollziehen, den Wasserdruck zu verbessern und vor allem auch notwendige Erneuerungen an den nun schon mehr als fünfzig Jahre alten Wasserleitungsanlagen zu vollziehen. Das Pötschacher Schöpfwerk wird umgebaut und erweitert. Der Sommer 1927 wird die Einführung des Colonia-Systems in ganz Wien bringen. Nur wenige Gebiete in Floridsdorf, die noch ganz ländlichen Charakter tragen, müssen ausgenommen bleiben. Im August etwa wird,

wenn dies durch einen symbolischen Akt gekennzeichnet werden soll, die öffentliche Verbrennung des letzten Mistbauerwagens stattfinden können. Dieses Stück praktische Bekämpfung der Tuberkulose hat einen gewaltigen Geldaufwand in den letzten Jahren erfordert. Als Ausklang steht die Summe von 2.5 Millionen Schilling im Voranschlag. Drei Schulzahnkliniken, zwei Tuberkulosefürsorgestellen, ein Jugendamt in Margareten, zwei Mutterberatungstellen, sieben Kindergärten, vier Horte fügen sich neu dem gewaltigen Fürsorgeapparat der Gemeinde ein. Auch das Marktwesen hat seinen Anteil an den Investitionen. Die Kontumazanlage im XI. Bezirk wird durch die Errichtung eines Kühlhauses für Schweine, die Herstellung von zwei neuen Stechbrücken und dem Ausbau der Maschinenhalle mit einem Aufwand von eineinhalb Millionen Schilling in ihrer Leistungsfähigkeit ausserordentlich erhöht werden. Die Modernisierung der Grossmarkthalle schreitet weiter. Für 550.000 Schilling werden die Entfernung des Fischmarktes, Schaffung des Wildpretmarktes, Neuherstellung von Fleischriemen erfolgen. Durch die Legung neuer Feuerwehrröhren, die Errichtung von neuen Feuerwachen und Umbau der Wache Brigittenu, Kauf neuer Geräte im Ausmass von 853.000 Schilling erhöht die Wiener Feuerwehr eine weitere Steigerung ihrer schon heute so hohen Schlagkraft. Von der überragenden Bedeutung des Investitionsprogrammes des Wirtschaftslebens gibt wohl die Feststellung das anschaulichste Bild, dass die aufgewendeten 209 Millionen Schilling der Lohnsumme von mehr als 70.000 Arbeitern für ein volles Jahr entsprechen. Ohne Investitionstätigkeit der Gemeinde würde die Arbeitslosigkeit zweifellos zu unerträglicher Höhe emporschnellen.



RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

377

Wien, am Freitag, den 26. November 1926. Zweite Ausgabe.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

als

L A N D T A G

Sitzung vom 26. November 1926.

Präsident Zimmerl eröffnet nach halb fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird zuerst ein Bericht des Präsidenten Dr. Danneberg über Beschlüsse des Unvereinbarkeitsausschusses erstattet. Einstimmig werden die von Gemeindeorganen ausgehenden Delegierungen von Mitgliedern des Wiener Gemeinderates als Landtages in wirtschaftliche Unternehmungen grundsätzlich genehmigt. Vom 1. Jänner 1927 an sind Stellungen bei Aktiengesellschaften, die bankmäßige Geschäfte betreiben, mit dem Mandat eines Mitgliedes eines Wiener Gemeinderates als Landtages unvereinbar. Die übrigen dem Unvereinbarkeitsausschuss vorgelegenen Anmeldungen von Betätigungen der Mitglieder des Wiener Gemeinderates in der Privatwirtschaft werden auf Grund individueller Ueberprüfung als nicht unvereinbar erklärt. Die Mitglieder des Wiener Landtages sind verpflichtet alle Veränderungen auf diesem Gebiet innerhalb der im Gesetz vorgeschriebenen Frist anzumelden. Der Bericht und der Beschluss des Unvereinbarkeitsausschusses wird unverändert genehmigt. Dann berichtet Stadtrat Speiser über die Gesetzesvorläge betreffend Abänderungen des niederösterreichischen Lehrer-Altensionistengesetzes. Die Gesetzesvorlage bezweckt gemäsa den mit den Vertretern der Lehrer-Altensionisten getroffenen Vereinbarungen die Erhöhung der bisherigen Ansätze der Ruhe- und Versorgungsgenüsse um zehn Prozent. Die Zahl der in Betracht kommenden Pensionisten beträgt rund 1700. Nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen sind zur gesetzlichen Regelung übereinstimmende Gesetzes des Landes Wien, des Landes Niederösterreichs und des Bundes erforderlich. Der niederösterreichische Landtag hat eine gleichartige Gesetzesvorlage bereits verabschiedet. Die Pensionsparteien erhalten vorläufig die zehnprozentige Erhöhung in Form von Vorschüssen ausbezahlt. Das Gesetz wird in beiden Lesungen ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Präsident Zimmerl teilt noch mit, dass die nächste Sitzung am Montag, den 29. November um vier Uhr nachmittags einberufen wird. Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über die Einhebung einer Landesbiersteuer.

Schluss der Sitzung um fünf Uhr nachmittags.

Am Montag keine Sprechstunden bei den Stadträten. Wegen der Sitzung des Wiener Landtages entfallen am Montag die Sprechstunden bei allen antsführenden Stadträten.

Wien, am Freitag, den 26. November 1926. Dritte Ausgabe.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 36. November 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Die Gemeinderäte Kunschak, Körber und Genossen bringen den Dringlichkeitsantrag auf Unterbringung von Obdachlosen in Kino- und Vortragssäle in den städtischen Wohnhausbauten neuerlich ein. Der Antrag wird am Schlusse der Sitzung verhandelt werden.

Eine grosse Zahl von Geschäftstücken wird ohne Bericht genehmigt. Insbesondere Grundkäufe auf der Landstrasse, in Rudolfsheim, Brigittenau und Floridsdorf, Subventionen an den Kreuzerverein, den Verband der Arbeiter Stenographen "Gabelsberger" der Oesterreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und dem Künstlerbund "Hagen", ein Zuschuss von fünfzigtausend Schilling für das Deutsche Sängerbundesfest 1928, ein Zuschusskredit von 36.000 Schilling für Reparaturkosten von Heizanlagen in städtischen Schulen, die Anschaffung von Gasmessern um 800.000 Schilling, die Erweiterung der Transformatoranlage des Umspannwerkes Wien-Nord, der Neubau von Hauptkanälen in der Woltgasse, Strassenherstellungen in der Stutterheimgasse, Guntherstrasse und Gablenzgasse, die Festsetzung des Generalregulierungsplanes für das Siedlungsgebiet Schmelz und des Kleingartengebietes in Floridsdorf, der Ankauf von zwölf Lastkraftwagen für das städtische Brauhaus, ein Kredit von 530.000 Schilling für die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung und die Erweiterung des Siedlungsgebietes gegen die Simmeringer Hauptstrasse.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über dringend notwendige Ergänzungen der Stadtbahnanlagen. Die Beleuchtung der Stationen soll ergänzt werden, neue Telephonanlagen geschaffen werden, der Perron der Station Hütteldorf-Hacking verlängert und noch andere kleinere Herstellungen durchgeführt werden. Er beantragt hierfür einen Sachkredit von 370.000 Schilling. Er beantragt weiters einen Zuschuss und Sachkredit von 600.000 Schilling für Erneuerungen von Stadtbahnbrücken, Ausbesserungen des Schienenweges und Renovierung sonstiger Anlagen, die in der letzten Zeit notwendig geworden sind.

G.R. Kunschak (chr. soz.) kritisiert, dass der Gemeinderat vier Wochen nicht getagt hat. Früher tagte der Gemeinderat zweimal in der Woche, Dinstag und Freitag. Jetzt aber nur Freitag. Die Folge davon ist, dass eine Menge Punkte zur Verhandlung kommen und die Sitzungen bis 11 und 12 Uhr nachts dauern. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, zu veranlassen, dass der Gemeinderat wenigstens einmal in der Woche tage.

Bürgermeister Seitz erwidert, dass am ersten Freitag die Majorität ihren Parteitag abhielt, und deshalb der Gemeinderat nicht einberufen wurde. Der zweite Freitag war der Staatsfeiertag und am dritten Freitag war der Einlauf von Geschäftstücken so gering, dass es sich nicht dafür stand den Gemeinderat einzuberufen. Der Bürgermeister erklärte sich bereit, den Wünschen der Minorität entgegenzukommen. Er schlägt vor, die beiden Parteipräsidien mögen die Frage bereinigen.

G.R. Kunschak (chr. soz.) bespricht dann das Referat selbst und verweist darauf, dass ursprünglich gar nicht an die Einrichtung einer Signalanlage gedacht wurde, man habe erklärt sich mit dem Fahrer auf Sicht

begnügen zu können, dann sei aber doch eine sehr komplizierte und kostspielige Signalanlage für die Stadtbahn als unerlässlich hingestellt worden. Diese Anlage wird nun immer wieder ausgemalt und erfordert immer wieder Nachtragskredite. Es wäre dringend erwünscht, wenn endlich ein Rechnungsabschluss über die Elektrifizierung der Stadtbahn dem Gemeinderat vorgelegt werden würde.

Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass mit der Erhöhung der Frequenz und der Verdichtung des Verkehrs auch naturgemäss ein Ausbau der bestehenden Signalanlage erfolgen müsse, um die grösstmögliche Sicherheit im Verkehr zu erzielen. Wegen der Kosten der Stadtbahnelektrifizierung könne der Referent nur neuerdings betonen, dass die seinerzeit für diesen Zweck bewilligten Kredite nicht überschritten worden sind. Der Rechnungsabschluss werde dem Gemeinderat dann vorgelegt werden, wenn formale Auseinandersetzungen mit dem Bunde zum Abschlusse gelangt sind.

Der Referentenantrag wird dann angenommen.

Vizebgm. Emmerling beantragt dem Brauhaus der Stadt Wien zur Anschaffung von Lagergefässen 410.000 Schilling und zur Anschaffung von 12 Stück Lastkraftwagen 300.000 Schilling Sachkredit/bewilligen, der aus Betriebsmitteln zu decken ist.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass so grosse Investitionen aus Betriebsmitteln bestritten werden. Der Bilanzmässige Reingewinn für das Jahr 1925 im Brauhaus betrage 164.000 Schilling. Stehe also/zu den angeforderten Summen in einem krassen Missverhältnisse. In der letzten Zeit wurde viel über Bilanzen gesprochen. Es gibt deren verschiedene Arten: Richtige, unrichtige, gefälschte, frisierte, konstruierte, Auskunfts- und Gefälligkeitsbilanzen, auch das Gegenteil davon. Aber der Herr Referent braucht alle diese Gattungen nicht, er konstruiert sich seine Bilanz wie er sie braucht. Wahrscheinlich wird vorher der Brauhausdirektor gefragt und wenn sich ergibt, dass der Reingewinn sehr hoch ist, so wird einfach gesagt, man werde Notstandsbestellungen machen um dann dem Gemeinderat eine Bilanz vorlegen zu können in der solche Ausgaben aus Betriebsmitteln zu decken sind, weil dann die Sicherheit gegeben ist, dass der errechnete Bilanzgewinn nicht zu hoch ist. Geht es dann im nächsten Jahre schlechter, so macht man einfach Abstriche. Vizebürgermeister Emmerling erregt geradezu Bewunderung, wie er auf diesem Gebiete die Technik der Bilanzherstellung vervollkommen hat (Gemeinderat Biberl: Ein Bilanzkünstler!). Sie sollen auf jede Bilanz das Motto schreiben: Vorbereitet, eingerichtet, aufgestellt nach dem System Emmerling. Und am Schluss: Geprüft und aus Gefälligkeit richtig befunden, der hohe städtische Oberste Rechnungshof. (Lebhafte Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Man weiss dann, was von Ihren Bilanzen zu halten ist. Mit dieser Art der Geschäftsbehandlung ist die Opposition nicht einverstanden und deshalb kann sie auch nicht für die Art der Bedeckung stimmen.

Vizebgm. Emmerling erwidert, es sei doch schwer über die Entwicklung eines Geschäftes, wie es das Brauhaus doch ist, dem Gemeinderat schon ein Jahr vorher genaue Ziffern anzusagen. Im letzten Jahre hat es gute Geschäfte gemacht. Nun hat die Regierung Goldbilanzen vorgeschrieben und verlangt, dass der Unternehmer moralisch verpflichtet werde Anschaffungen zu machen, hierfür die Steuerfreiheit zugesichert. Das ist auch im Brauhaus geschehen. Es wurden die Rücklagen verwendet, Bestellungen an die Industrie hinausgegeben, schon im Sinne der Vorschriften des Bundes vorgegangen. Da es sich hier um keine dauernden Investitionen handle, sondern um den Ausbau von Betriebsanlagen, so müssen die Kosten aus den Betriebsmitteln bestritten werden. Entweder es ist ein Geschäft, dann muss es soviel tragen, wenn nicht, dann muss man es aufgeben.

Der Referentenantrag wird dann angenommen.

G.R. Professor Dr. Fränkel beantragt für die Errichtung einer Brunnen- und Pumpenanlage im Gaswerk Leopoldau einen Sachkredit von 100.000 Schilling zu genehmigen.

Der Antrag wird, nach dem der Referent einem Wunsch des Gemeinderates Zimmerl gemäß über technische Details Aufklärung gegeben hat, angenommen.

Ebenso wird der Antrag, für den Umbau der Kokslösch- und Förderanlage bei den Kammeröfen im Gaswerk Leopoldau einen Nachtragskredit von 190.000 Schilling zu bewilligen, nach einer kurzen Bemerkung des Gemeinderates Scholz und der aufklärenden Entgegnung des Referenten, angenommen.

Weiters beantragt GR. Fränkel die Genehmigung eines Sachkredites von 470.000 Schilling für die Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung durch die städtischen Elektrizitätswerke, die am 29. Oktober im ausserordentlichen Arbeitsprogramm beschlossen wurde.

Gemeinderat Scholz (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass die öffentliche Strassenbeleuchtung aus Betriebsmitteln des Gas- und Elektrizitätswerkes gestrichen wird.

GR. Fränkel teilt dazu mit, dass es sich um eine Erneuerung der Beleuchtungsanlagen sondern um eine Aenderung handelt. Die Gasbeleuchtung wurde seinerzeit mit einer Anleihe durchgeführt. Daher geht die Auflage des Gaswerkes jetzt automatisch auf das Elektrizitätswerk über.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Hies (Soz. Dem.) beantragt der Vereinigung Wiener Mediziner eine Subvention von 1500 Schilling zu gewähren. Der Verein wurde schon im Vorjahr subventioniert. Er stellt armen Studenten Bücher und Studienbehelfe zur Verfügung.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) begrüsst den Antrag. Er verlangt jedoch dass nicht nur dieser Medizinerverein subventioniert wird, sondern auch der jüdische und der akademische Verein deutscher Mediziner, der allein 700 Mitglieder hat, während die Vereinigung Wiener Mediziner und der jüdische Medizinerverein zusammen nur 500 Mitglieder hat. Er bringt dann die Angelegenheit des Studentenheimes des akademischen Vereines deutscher Mediziner zur Sprache. Der Verein unterhält ein Studentenheim, das in zwei Stiftungshäusern untergebracht ist. Eigentlich sind die beiden Häuser für ein Kinderspital gestiftet worden. Der ehemalige Staatssekretär Dr. Kaupp hat seinerzeit die Häuser den Studenten übergeben, da mit die darin ihr Studentenheim errichten. Nach seinen Informationen eignen sich die Häuser für ein Spital nicht. Trotzdem wurden die Studenten beauftragt, das Heim zu räumen. Er bittet, von einer Räumung abzusehen, damit die dort untergebrachten Studenten nicht ihr Obdach verlieren.

GR. Dr. Friedjung (Soz. Dem.) stellt fest, dass die Vereinigung deutscher Studenten nur durch einen Rechtsbruch des Herrn Staatssekretärs Dr. Kaupp in den Besitz der Häuser gelangt sind. Die Häuser sind Stiftungshäuser, die nur für ein Kinderspital gestiftet wurden. Der Verein zur Haltung des Kinderspitals hat bereits vor dem Krieg die beiden Häuser zu einem Kinderspital adaptiert. Während des Krieges unterhielt dort die Heeresverwaltung ein Spital und 1918 hat Herr Dr. Kaupp die Häuser der Vereinigung deutscher Studenten zur Verfügung gestellt. Der Skandal geht noch weiter. Nicht nur Studenten wohnen in den Häusern, sondern diese haben sogar Mietparteien aufgenommen. Die Stiftungsbehörde erfüllt also nur ihre Pflicht, wenn sie auf die Räumung der beiden Häuser besteht.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, Dr. Kaupp habe keine Ungerechtigkeit begangen. Er hat das Recht gehabt, die Häuser den Studenten zur Verfügung zu stellen. Der Verein entwickelt keine politische Tätigkeit. Es gehören ihm christliche und deutsche Studenten an. Redner bittet auch, aus der Sache kein Politikum zu machen.

StR. Professor Tandler führt aus, dass er bereits zwei Jahre mit den Studenten über die Räumung des Heimes verhandelt. Bereits vor mehr als eineinhalb Jahren waren die Studenten in dieser Angelegenheit bei ihm. Er habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass ein Fehler der Stiftung vorliegt. Ich habe sie aufmerksam gemacht, dass sie das Heim räumen müssen. Selbstverständlich nicht plötzlich. Wir haben damals vereinbart, dass die Studenten, die das Heim benutzen, nach den Ferien nicht mehr im Heim Wohnung nehmen werden. Die Studenten waren damit einverstanden, haben aber bis heute ihr Wort nicht gehalten.

Nach dem Schlusswort des Gemeinderates Hies wird sodann der Antrag angenommen.

GR. Grünfeld (Soz. Dem.) beantragt die Genehmigung eines Sachkredites von 25.000 Schilling für die Schaffung einer Aufbahrungshalle am Strobersdorfer Friedhof, deren Errichtung der Wunsch aller Parteien ist.

GR. Holabek (chr. soz.) begrüsst diesen Antrag und bringt bei der Gelegenheit zur Sprache, dass die Aufbahrungshalle auf dem Friedhof in Neustift am Wald viel zu klein ist.

Nach dem Schlusswort des GR. Grünfeld wird der Antrag angenommen.

St. R. Siegel beansprucht für die vom Fuhrwerksbetrieb vorgeschlagenen Arbeiten für die Grossgarage im XVII. Bezirk einen Sachkredit von 30.000 Schilling.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) bemängelt die Revierments in den einzelnen Budgetabteilungen. Eine grosse Anzahl von Beschlüssen werden nicht eingehalten, bewilligte Gelder für den angesprochenen Zweck nicht verwendet, sondern für einen anderen und dann unter dem Titel Ersparungen gebucht. Diese Revierments häufen sich in einer Weise, dass man zu dem kommunalen Notstandsprogramm und den sonstigen Programmen kein Vertrauen mehr haben kann.

St. R. Siegel entgegnet, er habe versucht, die umständliche Art der Budgetierung des Strassenprogrammes einfacher zu gestalten aber das sei von der Opposition abgelehnt worden. Bei der starken Zerklüftung des Budgets sind solche Revierments unvermeidlich.

Die Budgetpost wird sodann angenommen.

St. R. Siegel beantragt für den Bau einer zweiten Müllumlehrstation am Kehrichtablehrplatz Bruckhausen einen Sachkredit von 280.000 Schilling zu bewilligen wovon 180.000 Schilling auf das Jahr 1926 entfallen, der Rest im Voranschlag 1927 vorzusehen ist.

G. R. Körber (chr. soz.) tritt für die Beseitigung der Mistablagerungstätten aus dem Gemeindegebiete, wo Siedlungen bestehen, wie am Bruckhausen ein. Auf der einen Seite baut die Gemeinde Lungenheilstätten um die Gefahr aus dem Bereiche des Gemeindegebietes zu bannen, auf der anderen Seite aber belässt sie gefährliche Seuchenherde aufgedehntester Art im besiedelten Gebiet. Redner verlangt die Rückverweisung des Antrages an den Wohlfahrtsausschuss mit dem Auftrage zu untersuchen, ob es nicht besser wäre, die Mistablagerungstätten weit über den XXI. Bezirk hinaus zu verlegen.

Der Rückverweisungsantrag wird, nach dem sich der Referent dagegen ausgesprochen hat, abgelehnt.

St. R. Siegel sagt, die Sozialdemokratische Gemeindeverwaltung habe eine ganze Reihe von Mistablagerungstätten auch im verbauten Gemeindegebiete Wiens vorgefunden, die sie vorläufig belassen musste, aber in absehbarer Zeit aufzulassen gedenke. Auf dem Bruckhausen wurden Siedlungen schon zur Zeit des Bürgermeisters Lueger gegen seinen ausdrücklichen Willen angelegt. Schon Lueger hat vergebens dagegen angekämpft. Dieses Gebiet eignet sich seiner ganzen Natur nach nicht für Siedlungen. Dort sollen die grossen Wasserkraftanlagen erstehen, Hafenanlagen, der grosse Flughafen Wiens. Und eine verantwortliche Stadtverwaltung muss entsprechende Vorsorge treffen und darf nicht eigensinnigen Leuten die von Agitatoren bearbeitet werden nachgeben. Die Flächen müssen Hochwasserfrei

### Dritter Bogen:

gemacht werden, das kann nur geschehen, wenn das Müllmaterial dort aufgeschüttet wird. Aus diesen Erwägungen sind die Betrachtungen Körbers nur als unrichtig zu bezeichnen.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

G.R. Reisinger (soz. dem.) beantragt für die Anschaffung von etwa 10.000 Stück Elektrizitätszählern und Schaltapparaten den städtischen Elektrizitätswerken einen Sachkredit von 590.000 Schilling zu bewilligen.

G.R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass die Zähler Auslandsfirmen zur Lieferung übergeben worden seien.

Der Referent erbtgegnet, ein Aufträge an eine ausländische Firma sei wohl anfangs ergangen, dann seien aber durchwegs Wiener Firmen mit Aufträgen beteiligt worden.

Der Referentenantrag wird dann angenommen.

St.R. Richter beantragt für den Umbau von drei Elektromobilen Löschgeräten der Feuerwehr in solche mit benzinelektrischem Antrieb einen Zuschusskredit von 34.350 Schilling zu genehmigen.

G.R. Stöger (chr. soz.) erklärt, dass die Wiener Berufsfeuerwehr vor zwanzig Jahren ein Muster für ganz Europa war. Heute ist sie es nicht mehr. Man hat den Stand von 1200 auf 800 Mann vermindert. Auch auf technischem Gebiet sei man nicht mehr auf der Höhe. In Berlin werden benzinelektrische Antriebe nicht mehr angeschafft und während die Wiener Feuerwehr mit einem Rüstwagen nur fünf Mann befördert, kann Berlin neun Mann befördern. Der Feuerschutz wird vernachlässigt, obwohl Wien nicht kleiner geworden ist. Seit dem Ringtheaterbrand, bei dem 794 Personen ihr Leben lassen mussten, wurden alle Vorkehrungen getroffen, um die Feuerwehr auszubauen. Sie nehmen die Sache heute nicht mehr so tragisch und haben auf der Wieden, in der Josefstadt und am Alsergrund die Berufswachen einfach aufgelassen. Jahrzehntlang haben die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Wien hervorragende Dienste geleistet. Die Kosten sind sehr gering. Wien hat heute noch 1500 Freiwillige Feuerwehrmänner, von denen 800 sofort zur Verfügung stehen. In Ottakring wurde die Freiwillige Feuerwehr aufgelöst, weil sie sich vor dem roten Gesslerhut nicht beugen wollte. Die Freiwillige Feuerwehr in Neulerchenfeld darf bleiben, weil die sozialdemokratisch geworden ist. Sie sagen, dass diese Feuerwehren nicht auf der Höhe stünden. Wenn dem so ist, dann ist das Ihre Schuld; die Leute wären froh, wenn man sie schulen würde. Hier wird Ihre Parteilichkeit zum Verbrechen, weil der Feuerschutz ohne die Freiwilligen Feuerwehren gar nicht gesichert ist. Redner beantragt, dass mit dem weiteren Abbau der Freiwilligen Feuerwehren einzuhalten sei und die Gemeinde sie beim Ankauf moderner Geräte unterstützen solle.

G.R. Kunschak (chr. soz.) übt Kritik an der Art, wie die Gemeinde die Freiwilligen Feuerwehren behandelt. Man hat der Freiwilligen Turnerfeuerwehr Meidling ein Schreiben geschickt, dass ihr die Löscheinrichtung entzogen wurde und gleichzeitig ihr den Dank ausgesprochen. Das Schreiben war auf einem gewöhnlichen Papier vervielfältigt auf irgend einem Kopierapparat. In Meidling sagt man zu einem Schriftstück "Kassettel". Im letzten Bauerndorf wird so etwas nicht vorkommen. Dort geschieht das in Form eines Dekretes. Diese Form ist geradezu skandalös. Wenn man sich schon bemüht einer Korporation für ihre ausgezeichnete Tätigkeit den Dank auszusprechen, dann müsste sich doch der Bürgermeister herablassen den Akt selbst zu unterschreiben. Hier hat es nicht einmal der Stadtrat der Mühe wert gefunden, dies zu tun. Die Meidlinger Turnerfeuerwehr hat aber noch eine andere wichtige Funktion ausgeübt. Sie hat im Jahre 1925 in nicht weniger als 323 Fällen Erste Hilfe geleistet. Ein Dienst, der um in Ihrer Terminologie zu sprechen, von Proletariern in Anspruch genommen wird. Sie entziehen den Bezirk eine Einrichtung, die dort absolut unerlässlich ist und die auch von der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft nicht ersetzt werden kann. Es ist eine ganz unverständliche Handlungsweise, wie man diese Turnerfeuerwehr auseinanderjagt hat. Jede Freiwillige Feuerwehr veranstaltet Feste. Dazu müssen Karten verkauft werden. Der Magistrat hat nun vier Mitglieder der Meidlinger Turnerfeuerwehr, die beim Verkauf solcher Karten gesehen werden

sind, vorgeladen und sie wegen unerlaubter Sammlungen zur Verantwortung gezogen. Ein Straferkenntnis ist noch nicht erflossen. Aber in einem anderen Fall musste ein Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr für ein solches "Verbrechen" zehn Schilling zahlen. Das ist ganz unerhört. Jeder von uns hat sich eines solchen "Verbrechens" oft und oft schuldig gemacht. Die Allgemeinheit wird sich darüber ein richtiges Urteil bilden.

St.R. Richter entgegnet, dass in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Ausbaues der Berufsfeuerwehr in Wien mehr geleistet wurde, als in den letzten zwanzig Jahren. Die Wiener Feuerwehr ist heute eine Musterinstitution, die in der ganzen Welt Anerkennung findet. Es wurde eine ganze Reihe von Feuerwachen gebaut. Wien ist heute Beispielgebend in Bezug auf die Einrichtungen des Feuerschutzes und der Menschenökonomie. Der Personalabbau bei der Feuerwehr war nur möglich, weil die modernsten technischen Einrichtungen angeschafft wurden. Nicht die Masse der Menschen am Brandplatz ist entscheidend, sondern die Geräte. Es ist unrichtig, dass die Freiwillige Feuerwehr Neulerchenfeld aufrecht bleibt. Neulerchenfeld und Ottakring haben sich geweigert mit der Berufsfeuerwehr auf der neuen Hauptwache zusammenzuarbeiten. Es wurde beiden Feuerwehren die Löscheinrichtung entzogen. In Meidling waren drei Freiwillige Feuerwehren. Die Gemeinde baut dort eine grosse Feuerwache und hat alle Freiwilligen Feuerwehren aufgefördert, zusammen mit der Berufsfeuerwehr dort Dienst zu machen. Das wurde abgelehnt. Es mussten daher bis zur Fertigstellung der neuen Feuerwache in den Ubikationen der Freiwilligen Feuerwehren Berufsfeuerwehr einziehen. Die Freiwillige Turnerfeuerwehr Meidling ist im September nur zweimal ausgerückt. Was ihre erste Hilfeleistung anlangt, so kann sie niemand an der weiteren Ausübung hindern. Wegen der Besitzverhältnisse der Räume und des Inventars werden genaue Erhebungen gepflogen. Was den Kartenverkauf anlangt, so wird damit viel Missbrauch getrieben. Es handelt sich dabei meist versteckte Sammlungen, unter denen die Berufsfeuerwehr viel zu leiden hat. Wir bekommen ununterbrochen Beschwerden, dass die Bevölkerung von den Freiwilligen Feuerwehren durch diese Sammlungen ausgebeutet wird. (Grosser Widerspruch bei der Minderheit) Ich kann Ihnen zur nächsten Sitzung einige Dutzend solcher Zuschriften bringen. Es fällt dabei auf die Berufsfeuerwehr das Odium des Bettels und die Bevölkerung beschuldigt uns, dass wir die Berufsfeuerwehrlaute so schlecht bezahlen, dass sie für sich sammeln gehen müssen. Daher muss auf diese Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren streng geachtet werden.

Der Antrag Stöger wird abgelehnt, der Referentenantrag unverändert angenommen.

G.R. Schmid (soz. dem.) berichtet, dass für den städtischen Bäderbetrieb nunmehr eine Reklame veranstaltet wird. Es wird in der Strassenbahn und auf den Litfasskufen Reklame gemacht und in den Wiener Kinos werden Trickfilme vorgeführt werden. Er beantragt daher für diese Reklameveranstaltung einen Zuschusskredit von 26.300 Schilling.

Die Gemeinderäte Körber und Haider (chr. soz.) wünschen eine entsprechende Art der Reklame. Gemeinderat Haider kritisiert noch, dass im Maria Theresienbad die Besucher schon vor Ablauf der Besuchszeit vom Badepersonal veranlasst werden, den Besuch zu beenden. Auch wünscht er, dass Vorsorge getroffen wird, dass die Badegäste die schmutzige Badewäsche und die Badeschuhe dem Badepersonal nicht mehr zurückgeben müssen. Die Badeverwaltung soll Personal einstellen, das die schmutzige Badewäsche und die Badeschuhe einsammelt.

In seinem Schlusswort bemerkt Gemeinderat Schmid, dass dem Wunsch des Gemeinderates Haider aus kaufmännischen Gründen nicht Rechnung getragen werden kann, da zur Uebernahme der schmutzigen Badewäsche nicht eine Hilfskraft sondern viele notwendig wären, was wiederum die Badepreise erhöhen würde.

#### Vierter Bogen:

GR. Schneider berichtet über die Neupflasterung der Waldhausens-  
strasse im XIII. Bezirk und beantragt die Genehmigung der Kosten. Der An-  
trag wird, nachdem GR. Huber (chr. soz.) dagegen Einspruch erhoben, weil  
der Antrag nicht ganz klar sei, mit Zustimmung des Referenten zurückge-  
stellt.

GR. Schütz schlägt in Ergänzung des Generalregulierungsplanes  
über die Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels folgende Bestimmungen  
zur Annahme vor: Jene Teile des Wald- und Wiesengürtels, die im General-  
regulierungsplan durch Baulinien vom verbaubaren Gebiete geschieden sind,  
haben auf eine Breite von mindestens 46 Metern von diesen Baulinien aus  
gemessen, als öffentlicher Platz zu gelten.

GR. Kunschak (chr. soz.) bezeichnet den Antrag nur als einen Vor-  
wand, um die anrainenden Grundbesitzer kostenlos enteignen zu können. Das  
sei moderner Bodenraub. Mit einem einfachen Gemeinderatsbeschluss wolle  
man eine Schädigung der Grundbesitzer um hundert Prozent des realen Wer-  
tes durchführen. Wenn die Sache auch juristisch unanfechtbar wäre, dürfte  
der Gemeinderat vom Standpunkte der einfachen bürgerlichen Moral einen  
solchen Beschluss nicht fassen. Redner beantragt schon dieses Referat an  
den zuständigen Ausschuss zur neuerlichen Berichterstattung zurückzuer-  
weisen.

GR. Siegel verweist auf die Bestimmungen der Bauordnung, wonach  
der Strassenrand bei einer bestimmten Breite von den Anrainern unentgelt-  
lich an das öffentliche Gut abgetreten werden muss. Der Antrag bezwecke  
nichts anderes, als dieselben Verhältnisse zu schaffen, wie sie anderswo  
in Wien bestehen. Hier handle es sich um eine ganz unbedenkliche Sache,  
um die Gleichheit in der Abtretung von Gründen herzustellen. Was werde  
die Opposition sagen, wenn die von der Gemeindeverwaltung geplante neue  
Bauordnung zur Beratung kommen werde, eine Bauordnung, die in weit grösserem  
Masse der Gemeinde das Recht einräumen wird, wirkliches Bauland zu er-  
greifen und so zu bauen, wie es grössere Gemeindeverwaltungen die Pflicht  
haben. Wenn diese grosszügige Art des Bauens eingeführt werden soll, wird  
das ohne ein wirksames Enteignungsgesetz gar nicht geschehen können.

GR. Kunschak erwidert, dass das Enteignungsrecht der Gemeinde  
zulässig sei, da stimme er mit dem Vorredner überein, jedoch nur eine  
Enteignung mit entsprechender Entschädigung des Eigentümers.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

Während der Bürgermeister das Abstimmungsergebnis mitteilt, Un-  
ruhe bei der Minderheit und Rufe: Eine solche Berichterstattung ist ein  
Skandal! Kein Mensch im Saal weiss die "Grössenverhältnisse."

Stadtrat Professor Dr. Tandler berichtet, dass die Gemeinde Wien  
eine Blindenfürsorgestelle errichtet. Diese Fürsorgeeinrichtung wird ausser  
anderen Agenden auch die Berufsberatung, die Berufsvermittlung und die Be-  
rufsausbildung betreiben. Die Geschäftsführung obliegt der Magistratsabte-  
lung 8 und einem Kuratorium.

GR. Merbaul (chr. soz.) begrüsst diesen Antrag. Er beanständet,  
dass von den Erträgnissen des Blindensammeltages nicht alle Blindenvereine  
Zuwendungen erhielten. Redner bringt einen Resolutionsantrag ein, in dem  
der Bürgermeister ersucht wird, bei der Zusammensetzung des Kuratoriums  
der Blindenfürsorgestelle auch Vertreter der nicht dem Verband angehöriger  
Vereine zu berücksichtigen.

Nach dem Schlussworte des Professors Tandler wird der Referenten-  
antrag angenommen, der Resolutionsantrag aber abgelehnt.



Wien, am Samstag, den 27. November 1926.

Guter Besuch der ersten Klassen an den Wiener Mittelschulen. Die nunmehr vollständig vorliegenden amtlichen Zahlen über die Einschreibungen an den Wiener Mittelschulen geben einen interessanten Aufschluss über den Einfluss der Mittelschulreform auf die Schülerbewegung. In den ersten Klassen aller Wiener Mittelschulen wurden zu Beginn des heurigen Schuljahres insgesamt 4767 Kinder, darunter 1617 Mädchen, aufgenommen, gegenüber 4866 Kindern, darunter 1420 Mädchen, im Vorjahre. Die Besuchsziffer ist also fast unverändert geblieben, obwohl jetzt die Jahrgänge mittelschulreif werden, die durch Geburtenrückgang und Kindersterblichkeit die grösste Einbusse erlitten haben. Bemerkenswert ist die Zunahme der studierenden Mädchen um fast 200; sie entfällt zur Gänze auf die Knabenmittelschulen des Bundes, während der Besuch der privaten Mädchenmittelschulen unverändert geblieben ist.

An den Wiener Bundesmittelschulen mit Ausnahme der humanistischen Gymnasien wird die erste Klasse heuer bekanntlich nach dem Lehrplane der Deutschen Mittelschule geführt. Nach diesem Reformplane werden hier 2921 Schüler und Schülerinnen unterrichtet, die erste Klasse der humanistischen Gymnasien wird dagegen von 564, im Vorjahre 726 Kindern besucht. Damit ist der Anteil dieser Type neuerlich, und zwar von 21 Prozent im vorigen Schuljahre auf sechzehn Prozent gesunken. Auch innerhalb des gesamten Wiener Mittelschulwesens, einschliesslich der Privatschulen, zeigt die Besuchsziffer des Gymnasiums eine Abnahme im Vorjahre von siebzehn Prozent, heuer/vierzehn Prozent der Gesamtschülerzahl. Da die Zahl der Bundesgymnasien heuer wie im Vorjahre unverändert zehn Schulen umfasst, ist dieser Schülerrückgang nicht etwa auf die Umwandlung einzelner Anstalten zurückzuführen; vielmehr ist die auf die erste Klasse eines Bundesgymnasiums entfallende durchschnittliche Besuchsziffer von 72 auf 56 gesunken, während der erste Jahrgang der mit dem Reformlehrplan ausgestatteten Schulen heuer durchschnittlich von 107, im Vorjahre 108, Schüler besucht wird.

Wärmestuben und Obdachlosigkeit. Am 1. Dezember werden die städtischen Wärmestuben eröffnet werden. Im vergangenen Winter haben rund 85.000 Personen die städtischen Wärmestuben benützt und ein schützendes Obdach, so wie abends und morgens eine Schale Suppe und Brot erhalten. Die Wärmestuben sind auf der Landstrasse, Erdbergstrasse 85, in Favoriten, Puchbaumplatz 13, in Rudolphshelm, Nobilegasse 35, in Ottakring, Seeböckgasse 18 und in der Brigittenau, Burghardtgasse 3. Die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren die Zahl der Plätze für die Unterbringung von Obdachlosen stark vermehrt. Gegenwärtig verfügt die Gemeindeverwaltung über 2400 Bettstellen für Obdachlose. Es ist nicht uninteressant, wenn festgestellt wird, dass in den letzten Wochen viele dieser Plätze unbenützt blieben. Auch heute sind im städtischen Asyl- und Werkhaus sechzig Plätze frei gewesen. Es mag dies mit der günstigeren Witterung zusammenhängen. In den städtischen Obdachlosenheimen wird keineswegs der Obdachlose dazu verhalten, nach einer gewissen Zeit den Platz zu räumen, wie überhaupt festgestellt werden muss, dass die Leitung dieser Anstalten alles aufbietet, um diesen Aermsten der Armen ihr trauriges Los zu erleichtern. Gewiss hat sehr viel zur schwachen Besetzung der Obdachlosenheime die umfangreiche Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien beigetragen.

Die Wiener Landesbiersteuer. Der städtische Finanzausschuss verhandelte heute das neue Landesbiersteuergesetz. Stadtrat Breitner verwies darauf, dass schon im ursprünglichen Abgabenteilungsgesetz in Aussicht genommen war, dass die Länder vom 1. Jänner 1927 an eine Getränkeabgabe einheben dürfen. Die Höhe dieser Abgabe sollte durch ein Bundesgesetz festgesetzt werden. Durch die achtzehnte Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz wurden die Länder sehr stark zur Zahlung herangezogen. Das hat bewirkt, dass nun auch zwischen der Deckung der Kosten der Arbeitslosenversicherung und der Getränkesteuer ein Zusammenhang hergestellt worden ist. Nach den bisher vorliegenden Zahlen ist aber dieser Zusammenhang wenig beweiskräftig. Die agrarischen Länder haben weniger Arbeitslose, aber einen nicht unbeträchtlichen Bierkonsum, der insbesondere dort stark ist, wo ein grosser Fremdenverkehr besteht. Hingegen sind die Industrieländer, vor allem Wien und Niederösterreich sehr schlecht daran. Es wurde daher bei den Verhandlungen mit der Regierung sehr energisch verlangt, dass der Bund einfach die bestehende Konsumsteuer auf Bier für sich erhöhen soll und auch die Lasten aus der achtzehnten Novelle der Arbeitslosenversicherung dann zu tragen im Stande wäre. Das hätte nur eine Erhöhung der Biersteuer von S 2'60 für das Hektoliter erfordert. Dieser vernünftige Weg wurde aber nicht beschritten, offenbar um den agrarischen Ländern aussergewöhnliche Uebergewinne zu sichern, die bis zum Vierzigfachen der Belastung aus der Arbeitslosenversicherung sich steigern. Als dieser Versuch scheiterte, wurde dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister von der Gemeinde Wien vorgeschlagen, dass der Bund die Landesbieraufgabe für sich behalten möge und dafür die Länder von der Zahlung der Arbeitslosenversicherungskosten befreit werden. Auch das wurde abgelehnt. Es wurde aber doch der grösste Unsinn, nämlich die Einhebung der Steuer bei hunderttausend Konsumenten vermieden. Die Landesbiersteuer wird vielmehr bei den Brauereien und Depotstellen eingehoben werden. Die Gemeinde Wien findet, wenn die Zahlen des Finanzministeriums die Ueberaus optimistisch sind, zutreffen, knapp ihr Auskommen. Für Wien wird der Bierkonsum mit 1,816.309 Hektoliter angenommen. Die vorgeschlagene Steuer von sechs Schilling für das Hektoliter bringt einen Ertrag von 10,897.854 Schilling. Hievon sind ungefähr 60.000 Schilling als Vergütung an die Brauereien und an den Bund abzuziehen.

Gemeinderat Kunschak erklärt, dass an dem Gesetz nichts geändert werden könne, weil es vom Bund approbiert wurde. Es sei aber zu erwägen, ob die Gemeinde nicht den Zuschlag zur Fürsorgeabgabe von einem sechzehntel Prozent auflassen könnte.

Gemeinderat Zimmerl meint, dass wenn auch die Regierung dem Gesetz zugestimmt hat, doch noch die Vorfrage zu stellen sei, ob die Gemeinde diese neue Ausgabe nicht selbst decken könne.

Stadtrat Breitner entgegnet, dass zunächst Erfahrungen über die durch die neuen Lasten übernommene Verpflichtung gesammelt werden müssten. Ein Verzicht auf die Biersteuer könnte nur bewirken, dass die grossen Investitionen aus dem Voranschlag teilweise gestrichen werden müssten. Dadurch würde die Arbeitslosigkeit stark vermehrt werden und der Gemeinde erwüchse eine neue Belastung. Sollte sich, worüber heute nur Mutmassungen angestellt werden können, die neue Belastung der Gemeinde durch einen Ueberschuss aus der Biersteuer vermindern, so werde die Gemeinde, die ja unausgesetzt in den letzten Jahren Steuererleichterungen vorgenommen habe, auch der Frage näherzutreten, welche Abgabe ermässigt werden könne.

Das Gesetz wurde hierauf vom Finanzausschuss beschlossen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 27. November 1926.

380  
Zweite Ausgabe.

.....

Ein Pernerstorfer-Hof in Favoriten. Die Gemeinde Wien hat in der Hardtmuthgasse in Favoriten nach den Plänen der Architekten Di scher und Gütl eine Wohnhausanlage mit rund 460 Wohnungen und Zentralwaschküche errichtet. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen, diese Wohnhausgruppe nach dem verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Engelbert Pernerstorfer zu benennen.

.....

Jugendfeier für die Pfleglinge der Lehrlingerholungsheime. Am Sonntag, den 5. Dezember um 9 Uhr vormittags veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion im Festsaal des Ottakringer Arbeiterheimes, Kreitnergasse 31, eine Jugendfeier. Mitwirken werden ehemalige Pfleglinge der Lehrlingserholungsheime Schloss-Neulengbach und Wieselburg an der Erlauf. Den musikalischen Teil besorgt das Lehrlingsorchester der fachlichen Fortbildungsschule für Elektrotechniker. Alle früheren Pfleglinge der Lehrlingsfürsorgeaktion sind zu dieser Feier eingeladen.

.....

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsenat hält am Montag um 11 Uhr vormittags eine Sitzung ab, in der die Gesetzesvorlage über die Landesbiersteuer beraten wird. Der Wiener Gemeinderat als Landtag wurde für Montag 4 Uhr nachmittag zur Beratung dieser Vorlage einberufen. An die Landtagsitzung schliesst sich eine Geschäftsitzung des Gemeinderates an.

.....

Bezirksvertretung Fünfhaus. Am Donnerstag, den 2. Dezember hält die Bezirksvertretung Fünfhaus im Sitzungssaal des Amtshauses in der Gagasse 8 eine Sitzung ab. Beginn 5 Uhr nachmittags.

.....



Wien, am Montag, den 29. November 1926.

## WIENER GEMEINDERAT

als

## LANDTAG.

Sitzung vom 29. November 1926.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Verhandlungsgegenstand das Biersteuergesetz. Referent ist Stadtrat Breitner.

StR. Breitner referiert über das Wiener Biersteuergesetz. Der Referent teilt mit, dass die Arbeitslosenfrage mit den Getränkeabgaben in keinem Zusammenhang steht. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat auf diese Tatsache das Bundesministerium wiederholt aufmerksam gemacht. Leider ohne jeden Erfolg. Der Bund hat die Mehrauslagen für die Arbeitslosenversicherung den Ländern aufgelastet. Als Ersatz sollen die Länder eine Biersteuer einführen. Nach unserem Vorschlag hätte der Bund die Biersteuer allgemein erhöhen können, um die neuen Lasten für die Arbeitslosen zu bedecken. Das hätte eine Erhöhung von nur 2 S 60 g für das Hektoliter Bier bedeutet. Der Bund hat sich aber für ein Steuermonstrum entschieden. Er hat auf die schon bestehende Produktionsabgabe auch noch eine Verbrauchsabgabe aufgepfropft. Die Bundesbiersteuer wird direkt bei den Brauereien eingehoben und die Länder müssen jetzt ihre Steuer ebenfalls bei den Brauereien sich holen. Das führt nun dazu, dass jene Brauereien, die das Bier in drei bis vier Bundesländer ausführen, mit drei bis vier Landesregierungen Steuerverrechnungen haben. Wir haben immer darauf verwiesen, dass es einfacher gewesen wäre, die Produktionsabgabe zu erhöhen und noch in letzter Stunde den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister den Antrag gestellt, der Bund soll die Landesbiersteuer inkamerieren und die erhöhten Kosten für die Notstandsaushilfen für die Arbeitslosen selbst tragen. Wir wären bereit gewesen, die Steuer einzukassieren und an den Bund abzuführen. Auch dies hat die Regierung abgelehnt und wir sind daher gezwungen, die Steuer so zu machen, wie sie uns von der Regierung vorgeschrieben wird. Bei dieser Gelegenheit möchte ich feststellen, dass nach unseren Berechnungen wir mit den Einnahmen aus der Biersteuer das Auslangen kaum finden dürften. Es handelt sich um die Bedeckung der Aushilfen für die Arbeitslosen in den Jahren 1927 und 1928. Erst am Ende dieser Jahre wird es möglich sein, genaue Berechnungen anzustellen. Das Ministerium für soziale Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass die Zahl der Arbeitslosen, die die normale Unterstützung beziehen, 49 Prozent des Gesamtstandes in Wien betrage. Notstandsunterstützung beziehen 41 Prozent. Unsere Berechnungen, die sich nach den Ergebnissen der letzten elf Wochen gezeigt haben, lauten auf 47,3/4 Prozent Bezieher von Aushilfen und 52,1/4 Prozent Arbeitslose mit der normalen Unterstützung. Also eine ganz bedeutende Differenz. Wir müssen daher bezweifeln, dass die Biersteuer von sechs Schilling pro Hektoliter ausreichen wird, um die Beihilfen für die Arbeitslosen bezahlen zu können. Ich möchte nachdrücklich betonen, dass durch diese Biersteuer nicht die gesamten Kosten der Arbeitslosenversicherung, die der Gemeinde erwachsen, gedeckt werden. Das Ministerium für soziale Verwaltung berechnet die Kosten, die der Gemeinde Wien aus der Arbeitslosenversicherung für 1927 erwachsen dürften, mit 3,1 Millionen Schilling. Das sind die Ausgaben der Gemeinde für die normale Arbeitslosenunterstützung und dazu dient der Zuschlag von einem Sechzehntel Prozent zur Fürsorgeabgabe. Es geht daher nicht an, irgendeinen Zusammenhang zwischen der Biersteuer und der Fürsorgeabgabe herzustellen. Die Gemeinde muss die Lasten für die Beihilfen schon vom 1. Oktober an tragen, während

die neue Biersteuer erst am 1. Dezember wirksam wird. Die anderen Länder beschliessen zur selben Stunde wie wir, ebenfalls die Biersteuer. Wir halten diese Steuer, die einen Massenkonsumartikel empfindlich verteuert, nicht für notwendig. Die anderen Länder sind von dieser Abgabe befriedigt, weil sie dadurch ihre Finanzen verbessern. Bei der Gemeinde Wien ist dies nicht der Fall.

Keine Erhöhung der Wohnbausteuer.

Ich will die erste sich bietende Gelegenheit benützen, um über eine Angelegenheit zu sprechen, die heute ausführlich in der Tagespresse behandelt wird und geeignet ist, in der Wiener Bevölkerung Beunruhigung hervorzurufen. Es handelt sich um die Nachricht, dass die mögliche Hinaufsetzung des Instandhaltungszinses infolge der Steigerung der Materialpreise und Löhne seit 1. November 1922 auch automatisch und im gleichen Prozentsatz eine Hinaufsetzung der Wohnbausteuer zu gewärtigen. Tatsächlich enthält das Wohnbausteuerengesetz vom 20. Jänner 1923 im Absatz 2 des Paragraphen 5 eine solche Bestimmung. Ich bin jedoch vom Herrn Bürgermeister zur Erklärung ermächtigt, dass die Gemeindeverwaltung von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen beabsichtigt. Es wird vielmehr rechtzeitig die notwendige Vorlage unterbreitet werden, durch die von der sonst tatsächlich sich ergebenden Erhöhung der Wohnbausteuer Umgang genommen wird. Damit ist wohl über diese wichtige Frage volle Beruhigung geschaffen.

G.R. Zimmerl (chr. soc.) Ich möchte vor allem zu der letzten

Bemerkung des Herrn Stadtrates Breitner folgendes erklären. Es ist gar nicht notwendig, wegen der Nichterhöhung der Wohnbausteuer einen förmlichen Verzicht auszusprechen. Ich stelle hier fest, dass bei der letzten Novellierung des Wohnbausteuergesetzes als starre Steuer bezeichnet wurde, die auf den Friedenszins aufgebaut ist. Nun zur Steuer, die uns heute beschäftigt. Wir haben hier schon 24 städtische Steuern, ich glaube die letzte war die Wasserkraftabgabe, beschlossen. Jetzt beschliessen wir eine neue Steuer. Anstatt wie uns Herr Stadtrat Breitner versprochen hat, die Steuern zu ermässigen, wieder eine neue Steuer. Ich will nur eins sagen, es gibt Betriebe in Wien, die mehr als dreissig Prozent ihrer Bruttosummen für Steuern abführen müssen. Es waren heuer sehr viele Fremde da, die auch den Weg zu uns gefunden haben. Als sie davon erfuhren, erklärten sie, dass dieses Steuersystem zum Ruin Wiens führen muss. Das sind einfach unhaltbare Steuersätze. Die heutige Steuer ist keine Erfindung des Herrn Stadtrates Breitner. Es wird im Bericht so dargestellt, als ob die Steuer förmlich im Einvernehmen mit dem Bund beschlossen würde. Nach Verlesung des Appells des Bundesfinanzministers bemerkt GR. Zimmerl, dass es sich hier nicht etwa um eine Empfehlung der Bundesregierung auf Einführung dieser Biersteuer handle, sondern einfach um eine Ermächtigung, von der natürlich nur dann Gebrauch gemacht werden soll, wenn die Finanzen des betreffenden Landes es unbedingt erfordern. Der Finanzreferent Breitner hat sich über diese Tatsache vollkommen hinweggesetzt. Es ist kein Geheimnis, ganz Wien weiss es, dass die Finanzlage unserer Stadt äusserst günstig ist. Wenn es der Mehrheit passt, schreit sie das auch in die Welt hinaus, so dass man heute in ganz Europa von der reichen Stadtgemeinde Wien spricht. Um fast hundert Milliarden/jährlich werden Häuser von der Gemeinde angekauft, dazu besteht gewiss keine Notwendigkeit, man tut es, weil die Konjunktur günstig ist, billige Preise erzielt werden können und weil man eben überflüssiges Geld hat. Unter solchen Umständen ist doch die Einführung einer neuen Steuer nicht notwendig. Redner bemerkt, er habe errechnet, dass die Steuer zwanzig Milliarden Mehrertragnis ergeben werde. Im Hinblick darauf sollte der Referent wenigstens dem zweiten Appell des Finanzministers Kienböck Gehör schenken und auf den Zuschlag von ein/Sechzehntel Prozent bei der Fürsorgeabgabe verzichten. Redner stellt in diesem Sinne einen Resolutionsantrag, wonach der Landtag beschliesst, dass mit Wirksamkeit mit 1. Jänner 1927 die Zwecksteuer von ein/Sechzehntel Prozent zum Zuschlag zur Fürsorgeabgabe aufgehoben werde. Der hieraus sich ergebende Entfall würde zehn Milliarden Kronen betragen.

Einst haben die Sozialdemokraten gegen die Verteuerung des "flüssigen Brotes" die Arbeiterschaft zu Demonstrationkundgebungen aufgerufen. Das war die Zeit, wo sie noch nicht die Partei der opfernden Rittergutsbesitzer waren. Nun werden sie das Odium, dass Sie die Bierverteurerer sind nicht abwälzen können. Wenn ein Arbeiter heute in ein Konzertlokal geht, und ein Krügel Bier trinkt, so kann er nachrechnen, dass es mit fünfzehn Steuern belastet ist, mit zehn städtischen und fünf staatlichen. Und da das wahrscheinlich noch zu wenig ist, kommt jetzt die sechzehnte Abgabe dazu, die Biersteuer. Durch solche Vorlagen werden überflüssige Lasten geschaffen. Dieses System wird nur mit dem Stimmzettel niedrigergerungen werden können. Die Christlichsozialen scheuen keine Neuwahlen.

GR. Schleifer (Soz. Dem.): Da hört sich alles auf. Sie finden den Mut, so zu reden!

Str. Breitner sagt in seinem Schlusswort: GR. Zimmerl habe es sehr bequem gemacht und einfach den Appell des Bundesfinanzministers wiederholt. Bei den Unterhandlungen mit dem Finanzminister haben die Vertreter der Stadt Wien erklärt, der Minister möge die Biersteuer einfach an sich ziehen und sie einheben, aber auch die Lasten übernehmen, die die Gemeinde aus der Arbeitslosennovelle zu tragen hat. Herr Kienböck ist ein sehr guter Rechner, er hat erklärt, dass er diesen Vorschlag unter keiner Bedingung annimmt und da kann man schon davon überzeugt sein, dass bei dieser Steuer kein Gewinn für die Gemeinde herauskommt.

Str. Rummelhardt (chr. soz.): Sie tun ja wie zwei Handeljuden, die miteinander feilschen. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit, laute Zwischenrufe bei der Mehrheit, Grosser Lärm).

Str. Breitner: Ich kann Ihnen sagen, dass ich meine jüdische Abstammung nie verleugnet habe, wohl aber der Herr Dr. Kienböck. Wenn Sie von Handeljuden sprechen, dann richtet sich dieser Vorwurf allenfalls nur an seine Adresse. (Beifall bei der Mehrheit). Ich kann Ihnen aber das Geheimnis verraten, dass es bei diesen Verhandlungen zugegangen ist wie am Tandelmarkt, weil Herr Dr. Kienböck undogsetzt den Willen gehabt hat die Interessen der Gemeinde Wien zu schädigen. (Rufe recht! Pfu! Kienböck!)

GR. Bibex (chr. soz.): Das ist eine Buherei, von Referententi sehr jemanden anzugreifen, der sich nicht verteidigen kann.

GR. Breitner: Weil wir dem Finanzminister nachgewiesen haben, dass der Satz von vier Schilling einen absoluten Verlust bringt, dass selbst seine eigenen Ziffern bei fünf Schilling Verlust bringen, ist er schliesslich unter dem Druck dieser Tatsachen gezwungen worden, nach mühevollen Verhandlungen die sechs Schilling <sup>zu</sup> zugestehen. Nachgewiesener Massen könnte der Bund mit zweisechzehnte Schilling das Auslangen finden, wenn er gegenüber Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich nicht so freigebig wäre, wenn er nicht eine so verschwenderische Hand für die Agrarier hätte und erst beim Land Wien zu feilschen beginnt. Gerade die Bundesinteressen hätten eine Steuer von drei Schilling erfordert. Ich gabe die bündige Erklärung ab, dass die Stadt Wien zumindest die Deckung bekommen müsse, dass der Bund für die Differenz aufkommt. In einer Sitzung an der Bundeskanzler Seipel, Finanzminister Kienböck, Dr. Danneberg und ich teilgenommen haben, wurde von uns folgendes Angebot gestellt: Die Gemeinde Wien macht eine Biersteuer in der von der Regierung gewünschten Höhe. Sie ist bereit, den gesamten Ertrag dieser Abgabe der Bundesregierung abzutreten und damit einverstanden, wenn die Regierung selbst diese Steuer einheben will. Hingegen möge sich die Regierung verpflichten, jene Mehrzahlungen zu leisten, die aus dieser Biersteuer bedeckt werden sollen. Die Vertreter der Regierung erklärten dieses Angebot nicht anzunehmen. Damit ist klar er

wiesen, dass nicht die Gemeinde die Schuld trägt, ob die Steuer vier, fünf oder sechs Schilling beträgt und dass wir kein Geschäft machen wollten. Wir erklären sogar, dass wir mit unserm Angebot der Regierung noch immer im Wort bleiben. Sie kann sich binnen 14 Tagen entscheiden, dass sie die Abtretung zur Biersteuer wünscht, und wir werden ihr diese Steuer übergeben, falls sie erklärt, dass sie die Mehrbelastung aus der achtzehnten Novelle zur Arbeitslosenversicherung übernimmt. Die Minderheit in diesem Hause hat ausreichende Möglichkeiten auf die Bundesregierung einzuwirken, damit sie dieses Angebot annimmt und die Gemeinde des von Herrn Zimmerl errechneten grossen Uberschusses beraubt. Wir wünschen hier kein Spekulationsgeschäft zu machen.

Der Referent verweist schliesslich darauf, dass die Gemeinde am Jahresabschluss prüfen werde, ob sich wirklich eine Mehreinnahme ergeben hat und dann könne über eine Ermässigung von Steuern gesprochen werden. Dann kann es auch sein, dass dieses eine Sechzehnte Zuschlag zur Fursorgeabgabe zum Verschwinden gebracht wird. Gegenüber dem Vorwurf, dass die Gemeinde dem Arbeiter das Bier verteuere und der Aufzählung aller auf dem Bier lastenden Steuern durch Zimmerl, sei an die Vorkriegszeit erinnert, in der jedes Krügel Bier mit indirekten Steuern belastet war. Bei Benutzung der Strassenbahn war der Fahrgast gleichzeitig städtischer Steuerzahler, er wusste aber auch für den Lohn der Strassenbahnangestellten in Form des Trinkgeldes aufkommen. Damals gab es keine vierundzwanzig Steuern, denn die christlichsoziale Partei hat es geradezu genial verstanden, diese Steuern so einzuheben, dass die Menschen sich darüber nicht klar geworden sind. (Lebhafte Beifall).

Nach diesen Worten macht Gemeinderat Haider (chr. soz.) einen Zwischenruf, den Gemeinderat Eisinger (soz. dem.) mit dem Ruf erwidert: Hausherrnvertreter! Gemeinderat Haider ruft zurück: Ehrloser Verleumder. Es entsteht ein grosser Tumult, in dem Stadtrat Breitner nicht weiterprechen kann. Gemeinderat Untermüller ruft: Das ist ein Verleumder, so oft er den Mund aufmacht. Die Christlichsozialen rufen im Chor: Verleumder! Verleumder. Dann legt sich der Lärm und Stadtrat Breitner spricht:

Im Uebrigen bitte ich um die Annahme der Vorlage.

Der Resolutionsantrag des Gemeinderates Zimmerl wird abgelehnt. Gemeinderat Untermüller ruft auf die Sozialdemokraten zeigend: Die sind nur für die Biersteuer. Gemeinderat Angermayer (chr. soz.) Hoch die Biersteuer! Was werden wir weiter für die Antialkoholischen Gemeindevorrichtungen zahlen? Hierauf wird die Biersteuervorlage angenommen.

Die Sitzung wurde hierauf um 3/4 sechs Uhr geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 382  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 29. November 1926. Zweite Ausgabe.

Vorübergehende Stromstörung in der Ebenfurther Ueberlandzentrale.

Heute vormittags kam es im Ebenfurther Ueberlandkraftwerk der Gemeinde Wien zu einer vorübergehenden Arbeitseinstellung bei der dortigen Werksbahn. Eine längere Arbeitseinstellung hätte eine empfindliche Störung in der Stromversorgung der Stadt Wien ergeben. Auf Grund von Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft und weiteren Verhandlungen mit der Arbeiterschaft der Werksbahn wurde in den späten Nachmittagsstunden eine Einigung erzielt und die Arbeit wieder aufgenommen. Die Stromversorgung der Stadt Wien erlitt daher durch diese vorübergehende Arbeitseinstellung keine Störung.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. November 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um sechs Uhr die Sitzung.

St. R. Speiser berichtet über die Schaffung einer Ständegruppe für Hilfsfürsorgerinnen. Die Gemeinde braucht eine größere Zahl von weiblichen Kräften, insbesondere in der Tuberkulosenfürsorge. Es handelt sich dabei um eine Dienstleistung, die keine hochschulmäßige Vorbildung erfordert, sondern an die nur die erfolgreiche Absolvierung der Bürgerschule geknüpft wird.

G. R. Schlösinger (chr. soz.) verlangt, dass für diese Ständegruppe Mittelschulvorbildung verlangt werden soll. Man soll die Anforderungen an die Vorbildung nicht einschränken. Freilich ist nicht ganz klar, welchen Dienst diese Hilfsfürsorgerinnen zu leisten haben werden. Die Mehrheit soll zeigen, dass ihre so oft gerühmte Lehrerfreundlichkeit nicht nur Theorie sei, weshalb beantragt wird, dass für diese Stellen in erster Linie Stellenlose Lehramtsanwärterinnen und Kindergärtnerinnen heranzuziehen sind.

St. R. Speiser erklärt, dass für diese Stellen am geeignetsten Mädchen mit absolvierter Bürgerschule sind. Eine Mittelschulvorbildung sei gerade für diese Gruppe, die ja neugeschaffen wird, weil es sich um Hilfsfürsorgerinnen handelt, nicht notwendig.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag der Gemeinderätin Schlösinger wird abgelehnt.

St. R. Speiser legt jetzt den Lohn- und Tarifvertrag für das Ziegelwerk Oberlaa dem Gemeinderat zur Genehmigung vor.

D. W. Waldsam (chr. soz.) bemängelt, dass die Löhne für die Frauen nicht entsprechend erhöht wurden. Er bringt einen Resolutionsantrag ein, der fordert, dass von jeder Lohnregulierung dem Gemeinderat Bericht zu erstatten sei.

St. R. Speiser bemerkt, dass der Vertrag für das Ziegelwerk den Verträgen der Privatindustrie angeglichen sein muss, weil das Werk ja mit der Privatindustrie konkurrieren muss.

Sodann wird der vorgelegte Lohn- und Tarifvertrag genehmigt und der Antrag Waldsam angenommen.

St. R. Speiser referiert über die Änderungen im Kollektivvertrag der Bediensteten der städtischen Lagerhäuser. Die Lohnverhältnisse sind seit April 1925 unverändert gewesen. Es wurde nun eine Lohnerhöhung durchgeführt, wodurch die Wochenbezüge denen der anderen städtischen Betriebe und Unternehmungen angeglichen wurden. Die Kosten der Lohnerhöhung werden durch eine Intensivierung des Betriebes hereingebracht

G. R. Waldsam (chr. soz.) bemerkt, dass laut vorgelegtem Vertrag in den städtischen Lagerhäusern der Achtstundentag nicht eingehalten wird. Er bringt einen Resolutionsantrag ein, der fordert, dass Stadtrat Breitner in kürzester Zeit dem Gemeinderat berichten solle, in welchen Betrieben und in welchem Umfange der Achtstundentag überschritten wird.

St. R. Speiser entgegnet, dass in städtischen Lagerhäusern die 48stündige Arbeitswoche eingehalten wird.

Der Referentenantrag wird angenommen und der Resolutionsantrag des Gemeinderates Waldsam der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

St. R. Speiser berichtet über einen neuen Arbeitsvertrag mit den städtischen Forstarbeitern in Wildalpen. Der Vertrag vom 27. November 1925 ist am 30. September dieses Jahres abgelaufen. Die Lohn erhöhungen treten am 1. Oktober in Kraft.

G. R. Waldsam (chr. soz.) stellt drei Abänderungsanträge dahingehend, dass die Lohnauszahlungen am Samstag nach jeden Monatsersten erfolgen, und die Arbeiter, denen eine Wohnung nicht zur Verfügung gestellt werden kann, eine entsprechende Vergütung erhalten.

Der Referent erklärt, dass der Vertrag mit dem Land- und Forstarbeiterverband durchberaten und die Bestimmungen im Wege der Vereinbarung formuliert worden seien. Deswegen könne Referent den Zusatzanträgen nicht zustimmen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen, die Anträge Waldsam werden abgelehnt.

Nach einem Referat des St. R. Speiser wird der Antrag wegen des Arbeitsvertrages für die beim städtischen Wirtschaftsamt im Lager Baumgarten mit einem Zusatzantrag den G. R. Waldsam stellt, und dem der Referent zustimmt, angenommen.

G. R. Thaller beantragt, der Wiener Kunstgesellschaft, die sich für die Popularisierung der Kunst sehr verdient macht, eine Jahressubvention von 10.000 Schilling zu bewilligen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen und die Sitzung hierauf um 7 Uhr abends geschlossen.

Wien, Dienstag, den 30. November 1926.

Das Calmette'sche Verfahren zur Verhütung der Tuberkulose. Die Kommission zur Prüfung des Calmette'schen Verfahrens betreffend die Immunisierung von Säuglingen gegen Tuberkulose, hat die Ergebnisse der durch die Herren Professor Kraus und Direktor Gerlach angestellten Versuche mit voller Würdigung ihrer Bedeutung zur Kenntnis genommen. Nach eingehender Beratung glaubt die Kommission ihrer Meinung dahingehend Ausdruck geben zu müssen, dass das genannte Verfahren derzeit nur der klinischen Erprobung und wissenschaftlichen Kontrolle vorbehalten bleiben soll. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und weitere diesbezügliche Erfahrungen in der tierärztlichen Verwendung werden zeigen, ob das genannte Verfahren zum allgemeinen Gebrauch in der Praxis gelangen kann.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte in der vergangenen Woche der amführende Stadtrat Richter dem diamantenen Hochzeitspaare Josef und Clementine Fiebiger und den Ehepaaren Ferdinand und Clementine Kohn, Emil und Helene Kments, Mattias und Julianne Loider, Mattias und Katharina Pilnei, Karl und Aloiska Pörtl und Karl und Karoline Pohan anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

378.856 Gasabnehmer in Wien. Infolge der von den städtischen Gaswerken eingeführten Gasinstallationen auf Teilzahlung nimmt die Zahl der Gaskonsumenten ununterbrochen zu. Ende 1913 waren in Wien 211.815 Gasabnehmer gezählt; gegenwärtig sind es bereits 378.856. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1926 wurde in vierhundertzwanzig Häusern mit 3461 Wohnungen Gas auf Teilzahlung eingeleitet. Im Oktober wurden bei den städtischen Gaswerken 5575 Gasmesser bestellt und in 57 Häusern mit 495 Wohnungen Gas auf Teilzahlung installiert. Der Verkauf von Gasgeräten war im Oktober ein aussergewöhnlich starker. Bemerkenswert ist ferner, dass im Oktober nicht weniger als 1749 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" verkauft worden sind.

Gemeindehilfe für die Künstlerschaft. Die vor kurzem gegründete "Wiener Kunstgesellschaft" wird eine Tätigkeit entfalten, die weit über den Charakter einer wirtschaftlichen Hilfsaktion für die durch die Zeitverhältnisse in Not geratene Künstlerschaft hinaus das hohe kulturelle Ziel verfolgt, die bildende Kunst nach und nach zu einem Kulturfaktor für das gesamte Volk zu machen. Es werden besondere Ausstellungen veranstaltet, wo gute, streng ausgewählte Werke mit angemessenen, festen Preisen, auch in Teilzahlungen gekauft werden können. Dadurch soll weiten Kreisen, die bisher der Kunst ferne standen, ein Ankauf eines Kunstwerkes ermöglicht werden. Die "Wiener Kunstgesellschaft" hofft durch diese Aktionen Boden bereiten zu helfen, aus dem eine wahrhaft im Volke wurzelnde Kunst emporzuwachsen vermag. Um auch Personen, die nur über bescheidene Mittel verfügen, den Beitritt zu ermöglichen, wurde der Mitgliedsbeitrag mit nur einem Schilling jährlich festgesetzt.

Der Wiener Gemeinderat hat in Würdigung der grossen volkserzieherlichen Bedeutung und der eminenten Förderung der Künstlerschaft, die dieser Gründung zukommen, in seiner gestrigen Sitzung eine Subvention von zehntausend Schilling einstimmig gewährt.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

384  
Zweite Ausgabe.

Wien, Dienstag, den 30. November 1926.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde für 1925. Infolge der Goldbilanzen, die erst Ende Oktober vom Gemeinderat erledigt wurden, hat auch der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1925 eine Verspätung erfahren. Die Vorlage wird noch im Laufe dieser Woche dem Finanzausschuss zugehen. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses machte Stadtrat Breitner über den Rechnungsabschluss folgende Mitteilungen:

Eine übersichtliche Zusammenfassung der Endergebnisse der gesamten Geldgebarung des Gemeindehaushaltes im Vergleich mit dem Voranschlag ergibt folgende Hauptzahlen:

	Rechnungsabschluss	Voranschlag	Überschreitungen des Voranschlages
Gesamt-Einnahmen	460,518,023 S 71 g	328,786,332 S - g	131,731,691 S 71 g
Gesamt-Ausgaben	403,931,468 S 02 g	387,890,051 S - g	16,041,417 S 02 g
Gebarungübersch.	56,586,555 S 69 g		
Gebarungsbilanz		59,103,719 S - g	

Das Gebarungsergebnis stellt sich sonach gegenüber dem Voranschlag um den Betrag von 115,687,274 S 69 g günstiger dar. Dieser Ueberschuss ist in der Hauptsache auf die folgenden Momente zurückzuführen: Der Bund hat im Jahre 1925 endlich die in den Jahren 1923 und 1924 der Gemeinde widerrechtlich vorenthaltenen Abgabenertragsanteile von 37 Millionen Schilling gezahlt. Für 1925 selbst hatte das Finanzministerium den Wiener Anteil an den gemeinsamen Steuern um 33,8 Millionen Schilling zu niedrig veranschlagt. Infolgedessen erhöhte sich auch die Entschädigung für die Einhebung der Bundesabgaben um 1,8 Millionen Schilling. Schliesslich wurden Wien als einmalige Abfindung für die Kosten der übernommenen mittelbaren Bundesverwaltung in der Landesinstanz 5 Millionen Schilling und auf Grund der produktiven Arbeitslosenfürsorge 3,9 Millionen Schilling zugebilligt.

Diesen Steigerungen gegenüber spielen die bei den Landes- und Gemeindeabgaben für das Verwaltungsjahr 1925 erzielten Mehreinnahmen als eine Folge der allgemeinen Preissteigerungen keine entscheidende Rolle. Die wichtigsten Veränderungen sind folgende:

	Millionen	Schilling
Realsteuern	38,4	(mehr 5,2)
Fürsorgeabgabe	69,6	" 9,6
Lustbarkeitsabgabe	15,2	" 3,2
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe	13,2	(mehr 1,2)
Fremdenzimmerabgabe	6,3	" 1,8
Wertzuwachsabgabe	6,9	" 0,9
Plakatabgabe	0,76	" 0,16
Anzeigenabgabe	3,5	" 1,0
Hauspersonalabgabe	2,6	" 0,2
Kraftwagenabgabe	4,5	" 0,2
Hundeabgabe	0,98	(mehr 0,28)
Feuerversicherung	2,5	" 0,6
Feilbietungsabgabe	0,48	" 0,05
Konzessionsabgabe	0,18	" 0,05
Kanzlei- und Augenscheinsteuer	0,4	" 0,04
Wasserkraftabgabe	3,2	" 0,6

Entsprechend den grösseren Erträgen bei den beiden Zwecksteuern (Wasserkraftabgabe und Wohnbausteuer) ergibt sich eine um 5,9 Millionen erhöhte Abfuhr.

Der Stand der eigenen Gelder der Gemeinde war am 31. Dezember 1925 S 66.064.508,--.

Der Haushaltsplan der Stadt Wien für das Jahr 1927. Der städtische Finanzausschuss begann heute nachmittags mit der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1927 über den wir bereits ausführlich berichtet haben. Finanzreferent Stadtrat Breitner leitete die Beratungen ein. Er gab eine Begründung zu den Ziffern der Gemeindeabgabenerträge im Voranschlag 1927. Die voraussichtlichen Steuererträge wurden auf Grund der Einnahmen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1926 errechnet. Dabei ergeben sich folgen-

de interessante Gegenüberstellungen. Die Grundsteuer ist mit 480.000 Schilling veranschlagt. In den ersten zehn Monaten hat sie der Gemeinde 503.369 S gebracht. Dieser etwas höhere Ertrag ist auf die Tilgung von Zahlungsrückständen aus dem Vorjahr zurückzuführen. Die Wohnbausteuer wird mit 35,3 Millionen Schilling veranschlagt; ihr Ertrag von Jänner bis einschliesslich Oktober 1926 war 29.210.212 S. Hier wird ein höherer Ertrag infolge der städtischen Wohnbautätigkeit, die einen starken Zuwachs an Wohnungen bringt, veranschlagt. Die Fürsorgeabgabe hat in den ersten zehn Monaten 1926 56.953.386 S gebracht. Ihr Ertrag für 1927 wird mit 68 Millionen Schilling veranschlagt. Der Zuwachs erklärt sich durch Lohnerhöhungen. Die Lustbarkeitsabgabe, die in den ersten zehn Monaten 12.518.180 S gebracht hat, ist für 1927 mit 13,5 Millionen Schilling veranschlagt. Hier musste mit Rücksicht auf die Ermässigungen für Theater und Varietés ein Minderertrag präliminiert werden. Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe ist für 1927 mit 13 Millionen Schilling veranschlagt. Ihr Ertrag in den ersten zehn Monaten 1926 war 11.427.945 S. Der wesentlich stärkere Fremdenverkehr brachte trotz Ermässigung der Steuer einen Mehrertrag. Veranschlagt werden 4,5 Millionen Schilling. Der Ertrag der ersten zehn Monate 1926 war 4.206.000 S. Veranschlagt waren für das Jahr 1926 3,5 Millionen Schilling. Die Wertzuwachsabgabe, die im Jahre 1926 mit 6 Millionen Schilling veranschlagt ist, hat in den ersten zehn Monaten 6.250.790 S gebracht; sie wird für 1927 mit 6,5 Millionen Schilling veranschlagt. Die Ankündigungsabgabe ist für 1927 mit demselben Betrag, wie für 1926, nämlich 750.000 S veranschlagt. Sie brachte in den ersten zehn Monaten 642.503 S. Die Anzeigenabgabe ist mit 4 Millionen Schilling veranschlagt, in den ersten zehn Monaten hat sie 3.191.025 S gebracht. Die Hauspersonalabgabe ist eine Jahresabgabe, die in den ersten zehn Monaten 2.537.988 S gebracht hat. Für 1927 ist ein Ertrag von 2,5 Millionen Schilling präliminiert. Die Kraftwagenabgabe wurde um 100.000 S niedriger veranschlagt was mit Rücksicht auf die vorgeschlagene Möglichkeit der monatlichen, statt der vierteljährigen An- und Abmeldung gerechtfertigt ist. Ihr Ertrag war in den ersten zehn Monaten 3.945.105 S, veranschlagt ist sie für 1927 mit 4,4 Millionen Schilling gegenüber 4,5 Millionen Schilling im Jahre 1926. Unwesentliche Veränderungen zeigen die Pferdeabgabe, die mit 45.000 S veranschlagt ist, die Hundeabgabe mit 1 Million Schilling, die Feuerwehrbeiträge mit 2,8 Millionen Schilling, die Feilbietungsabgabe mit 300.000 S, die Verwaltungsabgaben mit 600.000 S, die Wasserkraftabgabe mit 3,4 Millionen Schilling, die Zuschläge zu den Immobiliargebühren mit 1,5 Millionen Schilling und der Zuschlag zum Gebührenäquivalent mit 96.550 Schilling. Der Zuschlag zu den Totalisateuren und Buchmacherwetten war im Jahre 1926 mit 900.000 S veranschlagt. Durch die vom Nationalrat beschlossene bedeutende Ermässigung der Rennsteuer musste ein Minderertrag um 200.000 S für 1927 präliminiert werden. Die Konzessionsabgabe ist für 1927 mit 250.000 S präliminiert. Sie hat in den ersten zehn Monaten 883.750 S gebracht, was auf die sehr verspätet erfolgte Erwerbsteuerbemessung zurückzuführen ist.

Der Finanzausschuss ging dann in die Beratung des Voranschlages ein, die auch morgen nachmittags fortgesetzt werden wird.

Deutsche und Schweizer Approvisionierungsanlagen. Am Freitag um 6 Uhr abends hielt Veterinärarbeitsdirektor Dr. Hans Juritsch im Sitzungssaal des Gemeinderates einen Lichtbildervortrag über die Approvisionierungsanlagen einiger grösserer Städte Deutschlands und der Schweiz ab.